DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

166/167 | 15. JAHRGANG | Juli/August '98 | 8,00 DM

BESSERE QUARTIERSENTWICKLUNG DURCH BEWOHNERBETEILIGUNG

Solidarische Stadtpolitik

Foto: Archiv Redaktion Hamburg

Als Folge des Niederganges der Altindustrien und der *sogenannten Globalisierung entwickeln sich in den letzten Jahren weltweit die Wohnviertel in den* Großstädten unübersehbar auseinander. Selbst benachbarte Quartiere weisen oft völlig unterschiedliche Sozialstrukturen und dadurch Lebenschancen der BewohnerInnen auf.

Von Erich Jungnickel, Redaktion Hamburg ● Für die absteigenden Stadtteile haben die politisch Verantwortlichen folgende Problemfelder erkannt:

- Soziale und kulturelle Benachteiligung (etwa Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, geringes Bildungs- und Qualifizierungsniveau, obsolete berufliche Qualifikation der Bewohner);
- vernachlässigte und schlecht ausgestattete Bausubstanz;
- baulich-räumliche und städtebauliche Mängel;
- belastete und defizitäre natürliche Umwelt;
- mangelhafte soziale und private Infrastrukturen;
- Hinweise auf soziale Desorganisation (z.B. Vandalismus, Drogenmißbrauch, erhöhte (Jugend)Kriminalität). (1)

Die konservative Politik versucht auch in sozialdemokratisch oder wie neuerdings in Hamburg Rot/Grün regierten Städten, diesen Problemen durch repressive Instrumente Herr zu werden. Andererseits versuchen einige Städte (manchmal die selben) durch gezielte Förderung der am stärksten benachteiligten Gebiete dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Dabei soll eine verantwortliche Stadtpolitik die weitere soziale Entmischung verhindern, Auswirkungen der sozialen Polarisierung abschwächen und die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner in den benachteiligten Quartieren im Sinne der Chancengleichheit und gesellschaftlichen Teilhabe entschieden verbessern. Voraussetzung für eine erfolgversprechende Handlungsstrategie ist, daß alle Maßnahmen kleinräumig angelegt und aus der individuellen örtlichen Problemstruktur heraus entwikkelt werden. Dies erfordert eine räumliche Betrachtungsweise auf der Ebene von Straßenzügen, Quartieren, abgegrenzten Stadträumen. (2)

Als tragende Säulen der Programme gilt dabei die Bündelung von finanziellen Mitteln auf unterschiedlichen Haushalts- und Fördertöpfen und die Beteiligung der betroffenen Bürger. Aber schon Quelle und Umfang der Finanzmittel und auch das Verständnis von Bürgerbeteiligung weichen erheblich voneinander ab. Immerhin zeigen die wenigen Beispiele Ansätze einer sozialen und demokratischen Stadtentwicklung.

In Bremen-Osterholz-Tenever wurde von 1971 bis 1976 eine zur damaligen Zeit typische Hochhaussiedlung im sozialen Wohnungsbau mit ca. 2.600 Wohnungen in 5- bis 22geschossigen Häusern errichtet. Darin wohnen etwa 8.000 Menschen bei einer jährlichen Fluktuationsrate von 25%. Wer eben kann zieht weg. In einer Statistik nach Sozialindikatoren des Sozialressorts der Stadt Bremen belegt Tenever den letzten Platz von 78 Bremer Ortsteilen. (3) Für dieses Quartier ist 1989 ein städtebauliches Nachbesserungsprogramm aufgelegt worden, für das bis 1997 etwa 7,9 Mio. DM aus Städtebauförderungsmitteln bereitgestellt wurden. Darüber hinaus wurden Drittmittel von Wohnungsbaugesellschaften, Eigentümern, Stiftung Wohnliche Stadt sowie durch EU-Programme und -Projektförderung akquiriert. In der bisherigen Praxis sind dabei neue Formen der Bürgerbeteiligung, des Aufbaus von lokalen Partnerschaften und das »Stadtteil- und Quartiersmanagement« erprobt und umgesetzt worden. (4) Wenn auch bedingt durch die Finanzierung bauliche Maßnahmen im Vordergrund der Nachbesserung stehen, so ist doch die weit über das übliche gehende BewohnerInnenbeteiligung interessant genug, um hier dargestellt zu werden.

Im Hamburger Armutsbekämpfungsprogramm sollten Kooperationen öffentlicher und privater Akteure sowie von lokalen Netzwerken aufgebaut und entwickelt und die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der BewohnerInnen bei allen Fragen und Planungen, die das Quartier betreffen, gestärkt werden. (5) Wie dies in unterschiedlichen Gebieten durchgeführt wurde, ist aus unterschiedlichen Sichtweisen dargestellt. (Anm. s. S. 6)●

Schwerpunktthema auf den Seiten 6-9

SCHWERPUNKT

Bremen Osterholz-Teven: »Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst« Seite 6
Hamburg-Dulsberg: »Mook wat«
St. Pauli Nord: Quartiersmanagement Seite 7
Duisburg-Marxloh: »Strategien der Wirtschaftsentwicklung« Seite 8
Berlin: »Immigration und Stadtteilentwicklung« Seite 9

AUS DEM INHALT:

INTERNATIONALE AMBITIONEN

Die Republikaner, der belgische Vlaams Blok und der französische Front National wollten am letzten Maiwochenende an der deutsch-französischen Grenze bei Saarbrücken gegen den Euro und für ein Europa der Vaterländer demonstrieren. Stattgefunden haben eine Kundgebung der Rechtextremisten und mehrere Gegendemonstrationen: zwei am Ort des Geschehens und eine in der Saarbrücker Innenstadt.
Seite 3

BESCHÄFTIGUNGSWUNDER ?

In den 80er Jahren war die Arbeitslosenquote in den Niederlanden noch eine der höchsten in der EU. Zwischen 1983 und 1997 sank die offizielle Quote von 12 auf unter 6 %. Heiko Holtgrave vom Dortmunder Initiativkreis Emscherregion e.V. hat sich mit dem holländischen Beschäftigungswunder auseinander gesetzt. Seite 4/5

ERWERBSLOSENPROTEST

Am 12. September wird zu einer bundesweiten Erwerbslosendemonstration in Berlin aufgerufen.
Seite 5

TAUSCHRINGE

Über die »Arbeitsgemeinschaft Bundesdeutsche Tauschsysteme«, die sich Anfang Juni in Magdeburg traf, berichtet Elisabeth Hollerbach auf Seite 5.

GENOSSENSCHAFTEN: EVG'S

In den siebziger und achtziger Jahren gründeten sich *viele Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, um die* Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft aufzuhalten. Ihr Ziel ist, die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu etablieren. Christoph Gesang gibt einen Überblick über die EVG-Bewegung. Zusätzlich stellen wir zwei erfolgreich arbeitende EVG's aus Braunschweig und Dorfen (bei München) vor.
Seite 10/11

20 JAHRE TAK AÖ

»Globalisierung und ihre Alternativen« lautet der Titel des diesjährigen Sommerseminares des »Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie« (TAK AÖ) in der AG SPAK. Der TAK AÖ feiert gleichzeitig sein 20jähriges Bestehen, zu dem CONTRASTE hiermit herzlichst gratuliert.
Neben einer Erörterung zur »Globalisierung« mit namhaften Referenten sind eine Vielzahl von Arbeitsgruppen geplant. Bei einem »Alternativen Genossenschaftstag« stehen die Bereiche »Wohnungsgenossenschaften und Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften im Mittelpunkt der Diskussionen.
Seite 11

D 8008

FASCHISTISCHE VERBINDUNGEN UND IDEOLOGIEN

Sekten und Rechtsextremismus

Immer wieder werden den sogenannten Sekten rechtsextreme oder faschistische Verbindungen und Ideologien vorgeworfen. Wie sieht es nun konkret damit aus? Zunächst muß man sich bewußt sein, daß etliche totalitäre religiöse Organisationen nicht erfaßt sind, da bei diesen manchmal nach außen hin andere Meinungen vertreten werden als im inneren Kreis. Dieses oftmalige Tarnen gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit hat den Sinn, gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen und mögliche Verbotsgesetze zu umgehen.

Von Roman Schweidlenka ● So wirft z.B. Steven Hassan der *Mun-Bewegung* vor: »Beispielsweise bekannten sich die Munies nach außen hin stets zu Amerika, zur Demokratie und zur Familie. Die Munies waren tatsächlich proamerikanisch, in dem Sinne, daß sie das wollten, was ihrer Meinung nach das beste für Amerika wäre, nämlich zu einer Theokratie unter Muns Herrschaft zu werden. Die Demokratie, so glaubten sie, sei von Gott ausgerichtet, um der Vereinigungskirche Raum zu bieten, eine theokratische Diktatur zu organisieren.« (1)

Sehen wir uns die bekanntesten Sekten an, die nachweisbare Bezüge zum Rechtsextremismus, freilich in unterschiedlicher Intensität haben:

DIVINE LIGHT MISSION, ab Anfang der achtziger Jahre *ELAN VITAL*: Diese von Guru Maharaj Ji geleitete Organisation kooperierte nach den Recherchen von Robert Greenfield in den frühen siebziger Jahren mit dem CIA. (2) Intern wurde in den späten siebziger Jahren in der österreichischen Sektion Mund-zu-Mund-Propaganda für das christlich-rechtsextreme Weltverschwörungsbuch »Die Insider« von Gary Allen gemacht. (3)

ISKCON, volkstümlich: *HARE-KRISHNA-Bewegung*: Diese Bewegung verbreitet das Varnashrama-Manifest, wonach jede Gesellschaftsform, so auch unsere Demokratie, durch die hinduistische Kastenordnung ersetzt werden soll, in der Angehörige von *ISKCON* dann führende Machtpositionen besetzen. In dieser antidemokratischen Gesellschaftskonzeption erscheinen Fleischesser und Nicht-Krishna-Anhänger als minderwertige, niedere Wesen; ein Problem, das an Hand der Schüler der organisationseigenen Schulen (»Gurukula«) deutlich wurde, die sich schon in früheren Jahren als Teil einer erleuchteten Elite und abgesondert von einer »verwerflichen« Außenwelt empfinden. *ISKCON* findet Unterstützung durch Teile des erstarkenden rechtsgerichteten (bis rechtsextremen) hinduistischen Fundamentalismus.

BHAGWAN/OSHO-Bewegung

Der indische Guru *Bhagwan* war u.a. wegen seiner manchmal geäußerten Verachtung für die unteren indischen Kasten bekannt, deren Zwangssterilisation er begrüßte. Für die Demokratie fand er nur verächtliche Worte, während er sich positiv an der Gestalt Adolf Hitler ergötzen konnte. In Schülerkreisen wurde er gelegentlich als »positive Hitlerfigur« verehrt, in Oregon errichtete er nach seiner Flucht aus dem indischen Poona einen autoritären Sektenstaat mit bewaffneter paramilitärischer Miliz. Seine engste Vertraute, die mit ihm später verfeindete *Ma Anand Sheela*, fiel in dieser Zeit öffentlich durch antisemitische Witze auf. *Bhagwan*, der sich sodann in *Osho* umtaufte, gab später *Sheela* alle Schuld an den totalitären Entwicklungen und nannte den Oregon Sektenstaat nachträglich eine »Lektion in Sachen Faschismus«. (4)

Fortsetzung auf Seite 2/3

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Sekten und Rechtsextremismus

Von der zeitgenössischen *Osho-Bewegung*, die in einen fundamentalistischen und einen pluralistisch-liberalen Flügel zerfallen ist, sind keine rechtsextremen oder rassistischen Tendenzen bekannt.

TRANSZENDENTALE MEDITATION, TM:

Der Gründer *Maharishi Mahesh Yogi* tendiert zu einem Kult der Stärke und äußerte sich wiederholt recht zynisch über Arme, die zu passiv wären, um die angeblich alle Probleme lösende TM zu erlernen. Mit dieser Philosophie konnte er beachtliche Erfolge in den Reichen des big business erzielen. 1984 konnte *Maharishi* mit Unterstützung des philippinischen Diktators *Marcos* zwei Universitäten mit 60.000 Studenten käuflich erwerben, um dort meditative Massenexperimente durchzuführen. 1978 hatte ein deutscher TM-Lehrer erklärt, man sei grundsätzlich bereit, auch diktatorische Regierungen zu fördern und mit ihnen zusammenzuarbeiten, denn: »Eine Regierung ist immer mehr oder weniger das Spiegelbild des Bewußtseins eines Volkes«. 1984 kam es laut EZW auch zu Versuchen, TM mit der Anbetung von germanischen Göttern zu verbinden. Odin wurde dabei zum »kosmisch entfalteten Intellekt«, die Riesen zu »Herrschern über das kosmische Denkvermögen« etc. (5) Das *Publik Forum* berichtete 1984: »Die ohnehin elitären Dünkel der TM-Bewegung werden gewissermaßen germanisch verbrämt und mit alten arischen Herrschaftsansprüchen übermalt.« (6)

SCIENTOLOGY:

Zu der rechtsextremen, antisemitischen Weltverschwörungstheorien verbreitenden Zeitschrift *CODE*, die auch die »Auschwitzlüge« verbreitete, gab es einige Berührungspunkte. Dies bestätigte sowohl die Scientologykritikerin *Renate Hartwig*, als auch der Scientologyexperte und Sachverständige der 1997 aufgelösten österreichischen interministeriellen Arbeitsgruppe Sekten und destruktive Ideologien, *Heinrich Steiden*, der auch bei der Sektenenquete der »F« (20.1.97) darauf hinwies, daß das rechtsradikale Internetnetzwerk *»Thule«* seine Unterstützung für *Scientology* bekanntgab, um so den Kampf gegen die Bonner Regierung zu intensivieren.

CODE zählt zum Netzwerk des ariergläubigen, großindustriellen US-Rechtsextremen *Lyndon La Rouche*, dessen Frau 1974 die *EAP*, die rechtsextreme Europäische Arbeiterpartei gründete. In diesem Zusammenhang ist es mehr als sarkastisch, wenn sich *Scientology* in ihrem intensivem Kampf gegen europäische Regierungen in groß angelegten Pressekampagnen, unterstützt durch Schauspielerprominenz, mit den (jüdischen) Opfern des Nationalsozialismus vergleicht. Weiter arbeitet Scientology mit der »Johannesburg-Confessional-Liste«, bei der Scientologen die Frage 32 beantworten müssen: »Hast Du je mit einem Mitglied einer andersfarbigen Rasse geschlafen?«

Kritiker beton(t)en immer wieder, daß gerade Scientology eine totalitäre Ideologie aufweist und entsprechend dieser auch Handlungen setzt. So werden Kritiker gerne durch Klagen oder andere Methoden mundtot gemacht. Diese Ansicht wurde schließlich durch Gutachten bestätigt. Der Frankfurter Politikwissenschaftler *Hans Gerd Jaschke*, beauftragt vom nordrhein-westfälischen Innenministerium, erstellte im Dezember 1995 ein Gutachten, das bestätigte, das *Scientology* längerfristig verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Der Konzern wurde als totalitäre Organisation mit Berührungspunkten zum politischen Extremismus definiert. 1996 stellte der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung beauftragte Jurist *Ralf Bernd Abel* in seinem Gutachten fest, *Scientology* habe ein »nationalsozialistisches Rechtsverständnis«. Am 2.7.96 schockierte ein Bericht der ARD-Tagesthemen die Öffentlichkeit: Journalisten hatten bezüglich einer Vernetzung der *Scientology* mit dem *Universellen Leben* (siehe CONTRASTE Nr. 163), dem *VPM* und der rechten Szene recherchiert. Zu diesem Zeitpunkt erkannten deutsche Verfassungsschutzexperten Ähnlichkeiten zwischen *Scientology* und Rechtsradikalen. Neonazis betrachten sich wegen der staatlichen »Verfolgung« als Leidensgenossen von *Scientology*. Im Juni 1997einigten sich schließlich die deutschen Innenminister des Bundes und der Länder auf die Formulierung, daß es bei *Scientology* »Anhaltspunkte« gebe, daß die Organisation gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sei. (7)

FIAT LUX:

Diese Organisation hat schon öfters die Staatsanwaltschaft beschäftigt, so wegen des Vorwurfs des unerlaubten Waffenbesitzes und der antisemitischen Propaganda. *Fiat Lux* verbreitet die Mythen von der Weltverschwörung, die durch Freimaurer und »internationale Illuminatringe« betrieben werde. Der rechtsextreme *Andromedaversand* in Nürnberg, Drehscheibe der weltverschwörungstheoretischen braunen Esoterik, informierte seine Anhänger, daß auch *Fiat Lux* Schriften über die »hohle Erde« und Hitlers Kontakte zu den Aliens verbreitet. (8)

UNIVERSELLES LEBEN

Diese Vereinigung glaubt an die Weltverschwörung von Juden und Freimaurern, ein Bezug fand auf die Zeitschrift *CODE* sowie auf andere rechtsextreme Quellen statt. (Kontakte bestehen zur Bruderschaft Salem). Der Haß auf die christlichen Kirchen und der Antisemitismus sind Brücken zum politischen Rechtsextremismus. (9)

Nachdem »Der Christusstaat« (Sonderausgabe 9/91) und eine *Universelles Leben*-Broschüre nicht nur die Weltherrschaftsgelüste der Illuminaten »bloßgelegt« und als Quelle »Die Protokolle der Weisen von Zion« bemüht und Deutschland als Spielball der »herrschsüchtigen« Juden beurteilt hatte, erfolgte auf Grund öffentlicher Proteste 1995 eine Distanzierungserklärung des verantwortlichen UL-Redakteurs *German Murer*.

Dessen ungeachtet erfreut sich die UL-Zeitschrift *»Der Christusstaat«* in der rechtsradikalen Szene großer Beliebtheit. Artikel aus der UL-Zeitschrift werden in rechtsextremen Blättern nachgedruckt. *Hans-Walter Jungen* wies darauf hin, daß dieser Nachdruck manchmal sogar im gleichen Druckbild erfolgte. Einer, der antisemitische UL-Beiträge schätzt, ist der wegen NS-Wiederbetätigung eine Haftstrafe verbüßende *Walter Ortensberger*. Das UL rechtfertigt – eine beliebte Unsitte in der esoterischen Szene – den Holocaust an den Juden mit der Karmalehre. Wenn es nach UL-Denkern geht, so waren die von den Nazis vergasten Juden in einem früheren Leben Sklavenhändler im alten Rom. Sie trugen »nur« ihre karmische Schuld – dank Hitler – ab.

Der oberösterreichische Historiker *Christoph Trattnig* stellte die These auf, daß die Weltverschwörungsbücher des *Jan van Helsing* mit UL zusammenhängen, ja sogar von diesem in die Welt gesetzt wurden. Ein Indiz in diese Richtung wäre die Tatsache, daß wir bei unserem Bezug des ersten Helsingbandes (1993) einen Werbeprospekt für Schriften des UL mitgeliefert bekamen. Ein weiteres Indiz wäre das Buch »Jesus 2000«, verfaßt von einem *Hannes Holey*, den Helsing als einen Vater definierte. (Es könnte sich auch um ein Pseudonym für Helsing handeln). Das Buch enthält eine massive Werbung für den *Ewert Verlag*. Christen sind die deklarierten Ansprechpartner, vermittelt doch *Holey* laut Selbsteinschätzung die »Ur-Lehre-Jesu«, die »in den verwalteten Kanälen kirchlicher Naturschutzgebiete dahin (...) dümpelt(t)«. Die »wahre Religion« ortet der Autor auch bei dem »Christusstaat« der »neuen Urchristen«. Damit ist vermutlich das *Universelle Leben* (UL) gemeint. Literaturhinweise am Ende des Buches weisen ebenfalls auf das UL hin, womit die These erhärtet wird, daß es eine (inhaltliche) Nähe zwischen dem Umfeld des *Ewert Verlags* und dem UL gibt. (11)

1994 erlangte der *Ewert Verlag* das Copyright für das Buch »Tarot des Matto« von *Matthias Bormann*, der in einer Broschüre (Bormann, »Hexenjagd im 20. Jahrhundert, Radeberg 1997) zahlreiche sogenannte Sekten, vor allem die *»Kinder Gottes«*, aber auch *Scientology* gegen die »Hetzpropaganda« der internationalen Sektenaufklärung verteidigt. *Bormann*, der ein Thanatopsychologisches Institut in Radeberg leitet, kündigte weitere Enthüllungen über die »Hexenjagd«, so u.a. über die »Verfolgung der Scientology-Religion«, an, die im *TPI-Verlag* erscheinen soll.

Zurück zum UL: 1995 bescheinigte ein bayerisches Verwaltungsgericht dem UL einen Hang zum Totalitären. »Das interne Papier *Gemeindeordnung* könne ein Instrument totalitären Machtanspruchs in einem System von Bespitzelung und Überwachung sein«. (12a)

KINDER GOTTES/DIE FAMILIE

Von den *»Kindern Gottes«*, die seit 1992 meist unter dem Namen *»Die Familie«* auftreten, sind antisemitische Tendenzen aus zumindest einem Aussteigerbericht bekannt. (12b)

VEREINIGUNGSBEWEGUNG, volkstümlich: DIE MOONIES

Durch seinen Antikommunismus wurde Organisationsgründer *Sun Yung Moon* zum Bündnispartner rechtskonservativer, aber laut den Darstellungen seiner Kritiker auch rechtsextremer politischer Kräfte. So warf ihm z.B. der »Stern« vor, 1980 den vom ehemaligen Gestapochef von Lyon, *Klaus Barbie*, vorbereiteten faschistischen Putsch in Bolivien finanziell unterstützt zu haben. Gemeinsam mit geflüchteten Nazis und faschistischen Militärs hatte Barbie einen südamerikanischen Thule-Orden gegründet. (13)

Weiter werden der *Mun-Bewegung* Beziehungen zu *Le Pen*, den *Republikanern* und zur *Wehrsportgruppe Hoffmann* vorgeworfen, sowie eine internationale Zusammenarbeit mit rechtsextremen bzw. neofaschistischen Politikern, Parteien und Geheimdiensten. Weiter wird den *Moonies* »Antisemitismus, Sexismus und Rassismus« von Kritikern (*Jens Mecklenburg*) vorgeworfen. (14) Bei einem Gespräch im Rahmen des Symposiums »Vom (Un-)Wesen der Sekten in Österreich« (Graz, 6.-7.11.97) bestätigte mir gegenüber eine Moonie die Kooperation mit *Le Pen*, die nun aber wegen Meinungsverschiedenheiten beendet worden sei.

1995 veröffentlichte die Bewegung in ihrer Zeitschrift

Fortsetzung nächste Seite

Krishna-Mönche bitten zur Kasse

Foto aus: Psychokulte – Erfahrungsberichte Betroffener (1986)

ANMERKUNGEN

Für Tips und Hinweise danke ich Eduard Gugenberger.

(1) Steven Hassan, Ausbruch aus dem Bann der Sekten, Psychologische Beratung für Betroffene und Angehörige, Reinbeck bei Hamburg, S. 111

Wenn nicht anders angegeben, orientieren sich meine Ausführungen an folgender Sekundärliteratur:

Hans Gasper / Joachim Müller / Friederike Valentin, Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen. Fakten, Hintergründe, Klärungen, Freiburg/Basel/Wien (4) 1996

Horst Reller, Manfred Kießing, Helmut Tschoerner, Handbuch religiöse Gemeinschaften, Gütersloh, 4. völlig überarbeitete und erweiterte Ausgabe 1993

Hugo Stamm, Sekten. Im Bann von Sucht und Macht, o.O. 1994

Gunther Klosinski, Psychokulte. Was Sekten für Jugendliche so attraktiv macht, München 1996

Joachim Keden u.a., Sekten, Geister, Wunderheiler, Orientierungshilfen für den Markt der Sinnanbieter, Neukirchen-Vluyn 1995

Kurt-Helmut Eimuth, Die Sekten-Kinder, Freiburg im Breisgau 1996

Rüdiger Hauth, Die nach der Seele greifen. Psychokulte und Jugendsekten, Gütersloh (2) 1985

Peter Jennrich, Die Okkupation des Willens. Macht und Methoden der neuen Kultbewegungen, Hamburg 1985

In meine Ausführungen sich praktische Erfahrungen von E. Gugenberger und mir im Rahmen unserer Tätigkeit im ESO-Informationsdienst eingeflossen.

(2) Robert Greenfield, The Spiritual Supermarket. An Account of Gurus Gone Public in America, o.O. 1975

(3) Persönliche Erfahrungen von RS mit der Divine Light Mission-Österreich. (Mitte der siebziger Jahre)

(4) Eduard Gugenberger, Roman Schweidlenka, Mutter Erde, Magie und Politik. Zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft, Wien (2) 1989, S. 190f. Connection 3/97, S. 3

(5) Gugenberger/Schweidlenka, Mutter Erde, S. 193f

(6) Publik Forum 13/84, S. 38

(7) Eduard Gugenberger, Roman Schweidlenka, Gespräche mit Heinrich Steiden während Sitzungen der österreichischen interministeriellen Arbeitsgruppe Sekten und destruktive Ideologien. Gedächtnisprotokoll der F-Sektenenquette vom 20.1.97, Parlament, Wien

Renate Hartwig: Scientology. Das Komplott und die Kumpane, Düsseldorf/München 1995, S. 221-230

Jens Mecklenburg (Hg), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 391-393

Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport / Berlin, Informationen über neue religiöse und weltanschauliche Bewegungen und sogenannte Psychogruppen, Berlin 1994, S. 23

Hans-Peter Bartels, Macht über Menschen, in Zeitpunkte 4/97. Achtung Seelenfänger! Sekten, Gurus, Psycho-Freaks, S. 44, 46

Karin Daeke, Unveröffentlichtes Manuskript, o.A.

Auch das UL, das mit rechtsextremen, antisemitischen Weltverschwörungstheorien in Zusammenhang gebracht wird, verglich sich mit den NS-Opfern. In Österreich hat die gut organisierte rechtsextreme »Initiative Neue Linke« die Aufklärung über Sekten mit der NS-Judenverfolgung verglichen: (Kurier, 29.1.97)

(8) Hans-Otto Wiebus, Lexikon Jugendkulte. Esoterik, New Age, Satanismus, Hamburg 1995, S. 72

Harald Merz, Geistheilerin Uriella, in Zeitpunkt 4/97. Achtung Seelenfänger. Sekten, Gurus, Psycho-Freaks, S. 34 Infopacket Inside Andromeda, Sommer 1997

(9) Mecklenburg (Hg), S. 394

(10) Eimuth, Sekten-Kinder, S. 138-142

Die Broschüre: UL (Hg), Christus enthüllt – Der Dämonenstaat, seine Helfershelfer und seine Opfer, offenbart durch sein Instrument, Gabriele, Würzburg (2) 1990

Hans-Walter Jungen, Universelles Leben: Die Prophetin und ihr Management, Augsburg (2) 1996, S. 46-52, 162

(11) Christoph Trattning, Esoterik und Faschismus, unveröffentlichtes Manuskript. Trattning begründet seine Analyse mit den Aussagen in: Hans Walter Jungen, Universelles Leben

Hannes Holey, Jesus 2000. Das Friedensreich naht, Fichtenau 1997, speziell S. 31, 33, 37, 399, 401, 407

(12a) Mecklenburg (Hg), S. 394

(12b) Abgedruckt in Hassan, S. 171

(13) Stern 24/84, S. 89-98

(14) Mecklenburg, S. 396 Vergl. auch Hassan, passim

(15) Neue Perspektiven 43/95, S. 11
Dankenswerterweise haben wir Material zur Mun-Bewegung von Harald Janisch, einem Mitglied der Moonies erhalten.

(16) Werner und Ursula Haverbeck, Der Weltkampf um den Menschen. Eine deutsche Selbstbesinnung, Tübingen 1995 Dies., Der Weltkampf um die Gemeinschaft. Die Entwicklung der Demokratie zur Volksverordnung, Tübingen 1996

(17) Konrad Löw, Von »Hexen« und Hexenjägern. Die Moonies und die Glaubensfreiheit, Baierbrunn 1993, S. 73

(18) J.A. Livarga, Ordnung und Disziplin wozu? In Neue Akropolis 10/82/83, S. 5f

(19) Gugenberger / Schweidlenka, S. 151 z.B. J.A. Livarga, Irangate, Systemfehler oder geplante Falle, in Neue Akropolis 33/87, S. 19-24

(20) Friederike Valentin in Gasper/Müller/Valentin, S. 731 Vergl. dazu auch Wiebus, S. 138

(21) Ebd.

(22) AK gegen die Neue Akropolis (Hg), Neue Akropolis – Sekte mit braunen Flecken, Hamburg o.J. 1997

(23) Filosofica 1/98, S. 22f

(24) El Awadalla, »»Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist!« In: Wolfgang Purtscheller (Hg), Die Ordnung, die sie meinen. »Neue Rechte« in Österreich, Wien 1994, S. 188-203

(25) TAZ, 3.1.97

(26) Margaret Thaler-Singer / Janja Lalich, Sekten. Wie Menschen ihre Freiheit verlieren und wiedergewinnen können, Heidelberg 1997, S. 71

(27) Ebd. S. 27

INTERNATIONALE AMBITIONEN DER EUROPÄISCHEN RECHTEN

DGB und Freunde kämpfen mit Kaffee und Pädagogik gegen Faschismus

Republikaner, der belgische Vlaams Blok und der französische Front National wollten am letzten Maiwochenende an der deutsch-französischen Grenze bei Saarbrücken gegen den Euro und für ein Europa der Vaterländer demonstrieren. Ursprünglich war eine symbolträchtige Kranzniederlegung der Rechten an zwei Denkmälern für gefallene Soldaten beider Nationen im dtsch.-franz. Krieg von 1870/1871 geplant. Auf französischer Seite wurden alle Veranstaltungen gerichtlich untersagt, auf deutscher Seite wurde nur die geplante Demonstration aufgrund zu erwartender Ausschreitungen (Gefährdung der Sicherheit und Ordnung) untersagt. Die Kundgebung wurde mit Verweis auf das Demonstrations- und Parteienrecht erlaubt. Gegendemonstrationen gab es gleich mehrere: zwei am Ort des Geschehens und eine in der Saarbrücker Innenstadt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Marc van der Elst aus Saarbrücken ● Zwei Polizisten standen bei der Versammlung dreier europäischer faschistischer Parteien Ende Mai an der deutsch-französischen Grenze bei Saarbrücken und der DGB-Gegenkundgebung 5 km vom Ort des Geschehens entfernt, im Mittelpunkt. Der eine, Karl-Werner Weiss, hatte als saarländischer Rep-Chef und Ex-Polizist die Kundgebung der Republikaner angemeldet, der andere, Eugen Roth, war vor seiner Zeit als saarländischer DGB-Landesvorsitzender, Polizist und Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Während Weiss vor rund 300 Republikanern, Mitgliedern der Front National und dem belgischen Vlaams Blok redete, applaudierte das Gros der 3.000 GegendemonstrantInnen dem Polizisten Roth bei seiner Faschismusanalyse. Für ihn sind Republikaner »Blender und Hohlköpfe«, die sich »aus Außenseitern und Gestrauchelten der Gesellschaft« rekrutieren und einen Reflex auf Arbeitslosigkeit und Armut darstellen. In diesem Sinne hält er eine erfolgreiche Bekämpfung mit den Mitteln des Sozialstaates für möglich. Der Verweis auf zwei Diktaturen in Deutschland in diesem Jahrhundert und damit die Gleichsetzung zwischen NSDAP und SED, durfte nicht fehlen. Folgerichtig fehlten in seinem Redebeitrag jegliche Aussagen auf die autoritären und ausgrenzenden Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft oder gar das regelmäßige Singen von Naziliedern in den Standorten der Fallschirmjäger der Saarlandbrigade. Dafür war er sehr bemüht, die besondere Identität des Saarlandes im Blick auf die zufällig angrenzenden Lothringen und Luxemburg als weltoffen zu unterstreichen. »Glück auf« als Verweis auf die Identität als Bergbau- und Stahlregion lautete dann auch der Schlußsatz von Roth.

DGB warnt vor linkem Chaos und kämpft mit Kaffee gegen Faschismus

Wochen vor der Demonstration wurde der DGB nicht müde, mit dem auf Panikmache zielenden Verweis auf anziehende Chaoten und gewaltbereite Autonome für die eigene Demonstration weg vom Ort des Geschehens zu werben. Gebetsmühlenartig wurde dabei die ideologische Klammer des Links = Rechts Schemas wiederholt. Mehrere Gespräche des »Bündnisses gegen Rechts«, in dem sich neben VVN/BdA, PDS auch Antifa-Gruppen wiederfanden, mit dem DGB scheiterten am Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaft, die sich als Sprachrohr aller »echten Demokraten« sieht. Frei nach dem Tucholsky Motto – Hier können Familien Kaffee trinken – lud der DGB zu einem Spaziergang durch die Saarbrücker Innenstadt ein. 3.000 folgten dem DGB Aufruf. Davon zogen später knapp 1.000 zum Grenzübergang Richtung Frankreich. Dort wurden seit dem Vormittag 600 AntifaschistInnen von einem starken Polizeiaufgebot daran gehindert, die Republikaner zu stören. Das »Bündnis gegen Rechts« hielt seine Kundgebung etwa 800 Meter vom Aufmarschplatz der Republikaner entfernt. Die Wahl des Kundgebungsplatzes sollte den Anspruch unterstreichen, sich nicht aus dem öffentlichen Raum drängen zu lassen. Lautstarke Unmutsäußerungen gab es dort für den Redebeitrag von Christa Jenal, Pädagogin und eine der VertreterInnen des »Bündnisses gegen Rechts«, deren Faschismusanalyse sich darin erschöpfte die Politik der Republikaner und des JN-Umfeldes als das Ringen der Zukurzgekommenen nach ein bißchen Zuneigung zu titulieren. *»Allzu oft verbirgt sich in dem lautstarken, rechtextremistischen Gegröle nur ein dumpfer Schrei nach Liebe und in den Springerstiefeln der starken Helden ein sanfter Fuß«*. Bei der Polizei bedankte sie sich dafür, *»daß sie uns hier den Rücken stärkt.«*

Zoff zwischen JN und REP

Der Front National hatte sich wenige Tage zuvor aus dem rechten Bündnis zurückgezogen, weil auf deutscher Seite auch die JN, Jungen Nationaldemokraten, unter anderem über die Struktur der Nationalen Infotelefone, zur Teilnahme aufrief und Ordnerdienste angeboten hatte. Die Jugendorganisation der NPD ist im saarländischen Saarlouis stark vertreten und betrachtet diese Stadt als »befreite Zone«. Glatzen und Springerstiefel, dieses Bild wollten die Rep's den Medien nicht übermitteln. Sie waren trotzdem da und versuchten mehrmals die Kundgebung und Redebeiträge des saarländischen REP-Vorsitzenden Weiß und des Bundesvorsitzenden und baden-württembergischen Fraktionsvorsitzenden, Dr. Rolf Schlierer, zu stören. Während sie bei Weiß, anspielend auf seine Vergangenheit als Polizist, »Polizeispitzel« skandierten, antworteten sie Schlierer mit der Parole »Hoch die nationale Solidarität«. Obwohl der Front National nicht offiziell in Erscheinung trat, waren ca. 20 ihrer Mitglieder und Sympathisanten anwesend; etwa ebenso viele Mitglieder des VLAAMS BLOK aus Belgien. Wim Verreycken, Senator des VLAAMS BLOK und Schlierer betonten ihr »Nein zum Euro« und forderten ein »Europa der Vaterländer«. Der Euro sei ein Produkt des Maastrichter Vertrages und der Brüsseler EG-Bürokraten, zerstöre die nationale Identität und führe zum »sozialen Friedhof«. »Mein europäisches Haus soll die Freiheit der Völker garantieren«, so Verreycken. Symbolträchtig übergab der saarländische REP-Vorsitzende Weiss an seine Gäste jeweils eine Grubenlampe; als besonderen Ausdruck saarländischer Identität in der ehemaligen Bergbauregion. Als im Anschluß an die Gegenkundgebung AntifaschistInnen versuchten, dem ungehinderten Treiben der Rechten einige Nadelstiche zu versetzen, gab es nach Polizeiangaben 120 Festnahmen, die meisten davon aus dem linken Spektrum.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 2

»Neue Perspektiven« Inhalte, die zur Zeit auch gerne von rechtsextremen Magazinen verbreitet werden: So sei unsere Demokratie eine totalitäre Demokratie, die unter dem Diktat des Antifaschismus stehe. »Die Lage hat sich durch die bekannten Kampagnen der letzten Jahre »gegen Rechts«, »Ausländerfeindlichkeit«, »Neonazismus« etc. bis zur Kenntlichkeit verschärft. Im antifaschistischen Kostüm der political correctness erleben wir heute die Wiederkehr klassisch totalitärer Denk- und Verhaltensstile. ---politisch messianische Heilserwartungen erneut im Namen der »wahren«, antifaschistischen Demokratie; ... Wir erleben derzeit eine zweite Welle totalitärer Demokratie in Deutschland mit dem deutlichen Ziel, die freiheitliche Demokratie im wiedervereinigten Land durch eine »wahre« demokratisch-antifaschistische Orientierung und Ordnung zu ersetzen.« (15)

Das Feindbild: Der Antifaschismus und Demokratie, die als Diktatur hingestellt wird. Dies ist zur Zeit eine beliebte rechtsextreme Taktik, u.a. ablesbar an den neuen Werken des *Werner Haverbeck*. (16) In einer Rechtfertigungsbroschüre heißt es dazu: »Wenn ihnen (den Moonies / Anm. d.A.) Kontakte zu *Le Pen* in Frankreich und den *Republikanern* in der Bundesrepublik Deutschland nachgesagt werden, so sind vielleicht auch jene politischen Kräfte der Mitte mitverantwortlich, die diesen Menschen so ungerecht vor den Kopf stoßen«. (17)

NEUE AKROPOLIS

In einer Serie von Diskussionen, die wir bei verschiedenen öffentlichen Programmen seit dem Erscheinen unseres Buches »Mutter Erde, Magie und Politik« mit Vertretern der *Neuen Akropolis* führten, betonten diese, unpolitisch und daher auch nicht rechtsextrem zu sein. Dem steht u.a. eine Aussage des Gründers *J.A. Livarga* gegenüber: »Der Ausgang des 2. Weltkriegs, sowie die Entstellung und Verzerrung der Kriegsereignisse in den Jahren danach, führten zu einem wuchernden Wachstum der in jedem Menschen psychologisch latenten Instinkte und Gedankenformen. Diese Gedankenformen vereinigten sich zu ... Tumoren wie Sartre ... Kafka oder ... Picasso. ... Dazu kam noch eine wachsende physische und geistige Verschmutzung der Umwelt, so daß die Generationen der Nachkriegszeit schließlich über das Gute, die Schönheit und die Gerechtigkeit nichts mehr hörten und wußten ...« (18)Auf unsere Frage bei der Einweihungsveranstaltung einer Wiener Zentrale, ob die *Neue Akropolis* dem Faschismus nahestehe, antwortete Frau *de Benito*, Faschismus sei ja an sich etwas sehr Gutes; es müsse eben nur der »richtige« erleuchtete Führer sein. Weiter kam es bei der *Neuen Akropolis* zu gelegentlichen Anleihen bei dem rechtsextremen Verschwörungstheoretiker *Gary Allen*. (19)

Die katholische Sektenexpertin *Friederike Valentin* schreibt über diese Gruppe: »Ein straffes, hierarchisch aufgebautes Führersystem soll es dem Menschen ermöglichen, ein »neuer Mensch« für dieses neue Zeitalter zu werden. ... Die Missionierung ist generalstabsmäßig geplant und fordert gegenüber den Kursteilnehmern zunächst Zurückhaltung. Ein eigener Sicherheitsdienst (der von Kritikern übrigens auch Scientology vorgeworfen wird! Anm. d.A.) erinnert an gleichnamige Einrichtungen in Diktaturen und soll für Friede und Ordnung sowie für äußere Sicherheit und Kontrolle von Gegnern sorgen. Vom Gründer gibt es sogar die folgende Aussage: »Es ist ein größeres Verbrechen, eine Ameise grundlos zu töten, als einen Menschen im Namen eines Ideals, das das gerechtfertigt zu töten ... Es kann sogar ein Akt der Liebe sein, einen verirrten Bruder von seinem Vorhaben abzubringen – wenn kein anderes Mittel ausreicht, im extremsten Fall durch den Tod, wenn dadurch zumindest für diese Welt Schrecken und Leid verhindert werden können.« (20) Der evangelische Sektenexperte *Haack* schätzte die *Neue Akropolis* als »eine der radikalsten Gruppierungen mit politischem Anspruch« ein. (21)

1982 verlor die *Nouvelle Acropole*, der französische Arm des multinationalen esoterischen Unternehmens, einen Verleumdungsprozeß gegen *»Le Monde«*. Die Zeitung hatte die *Neue Akropolis* als rassistische Sekte dargestellt. 1987 ließ die *Neue Akropolis* sodann »die Hüllen fallen«: Gemeinsam mit der rechtsextremen neurechten Denkfabrik *GRECE* veranstaltete sie ein Kolloquium mit *Georges Dumézil* und *Mircea Eliade*. In Paris nahm der Widerstand der Bevölkerung gegen die *Neue Akropolis* sogar gewalttätige Formen an: Die Dependence der umstrittenen Organisation wurde 1996 durch ein Bombenattentat verwüstet. (22)

Seit 1997 setzt die *Neue Akropolis*, vor allem in Österreich, auf ein liberales und multikulturelles Programm: U.a. gab es auch Spendenaktionen für *SOS Mitmensch* und *Save Tibet*; (23)KritikerInnen sind aber der Ansicht, daß diese ideologische Wende der Neuen Akropolis nur der Imageaufbesserung dienen würde.

VPM

»Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntniss«, VPM (in Österreich: Institut zur Förderung der psychologischen Menschenkenntniss, IPM).

Diese Gruppe darf laut einem Gerichtsurteil des Landesgerichts Köln nicht als »Sekte« bezeichnet werden. Dieser auch in Österreich tätigen Organisation wird von Kritikern ein weit rechts stehendes inhaltliches Agieren vorgeworfen. (24) In der BRD beteiligte sich der *VPM* 1996/97 an der Kampagne gegen den antifaschistischen Aufdeckungsjournalisten *Anton Maegerle* (ein Pseudonym), die gemeinsam mit Rechtsintellektuellen und Neonazis durchgeführt wurde. *Maegerle* steht nunmehr samt Familie unter Polizeischutz. (25)

Auch außerhalb dieser großen, bekannten, sogenannten Sekten gibt es immer wieder Verbindungslinien personeller oder inhaltlicher Art zwischen religiösen/spirituellen Gruppen und dem Rechtsextremismus. So hat u.a. die katholische Kirche mit internen Gruppen zu kämpfen, denen KritikerInnen sektoide Strukturen und rechtsextreme Verbindungen vorwerfen: So z.B. das »Engelswerk«, das sich zur Zeit massiv in Niederösterreich etabliert. Dessen Lehre ist zwar verboten, nicht jedoch die Organisation als solche. Für Kritik sorgen weiter die innerkirchlichen Organisationen *»Opus Dei«* und *»Ritterorden vom heiligen Gral zu Jerusalem«*, in letzter Zeit auch die Laienvereinigung *»Kleine Seelen«*. Für rechtsextreme Ansichten sind weiter auch fundamentalistische christliche, hinduistische und islamische Gruppen anfällig, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

In den USA hat die Verbindung des Sektenwesens mit dem Rechtsextremismus noch intensivere Formen angenommen: »Manche Lehren der rechtsradikalen Gruppen – Wissenschaftler sprechen von rechten Identitätsgruppen – wurden auch von kleinen extremistischen Sekten, die übers ganze Land verstreut sind, aufgegriffen. Zu diesen gehören zum Beispiel *Posse Comitatus, La Porte Church of Christ, White Aryan Resistance (WAR), Silent Brotherhood, United American Front, Church of Creator (COTC), Aryan Nation, The Convenant, The Sword an The Arm of the Lord (CSA)* und die rassistischen Skindheads.« (26)

Bleibt abschließend meine Zustimmung zu folgender Aussage von *Margaret Thaler Singer*: »Ohne ein öffentliches Bewußtsein für die Macht und die Kontrolle, die manche Sekten ausüben, besteht die Gefahr, daß Demokratie und Freiheit Schritt für Schritt ausgehöhlt werden. Sekten sind ihrer Struktur und ihrem Wesen nach antidemokratisch, sie fördern nicht die Freiheit der Rede und die Freiheit des persönlichen Ausdrucks, sie stellen gegenüber Strukturen, in denen sich menschliches Wachstum entfalten kann, die Antithese dar.! (27)●

ARBEITSMARKT IN HOLLAND:

Das holländische »Beschäftigungswunder«?

Unsere holländischen Nachbarn warten mit eindrucksvollen Arbeitsmarktdaten auf. In den achtziger Jahren war die Arbeitslosenquote in den Niederlanden noch eine der höchsten in der EU, und Deutschland hatte eine der niedrigsten. Heute ist es umgekehrt. Zwischen 1983 und 1997 sank die offizielle Quote in Holland von 12 auf unter 6 Prozent. Woran liegt das? Der nachfolgende Beitrag stammt von Heiko Holtgrave, Initiativkreis Emscherregion e.V., Dortmund.

Foto: Aus MOMA, Nr. 6/98

Zunächst drei wichtige Befunde:

1. Trotz mehr oder weniger konstantem Gesamtarbeitsvolumen wuchs die Zahl der Beschäftigten in den NL innerhalb von 20 Jahren (1971-1991) um 1,7 Millionen, ein Zuwachs von sage und schreibe 36 Prozent, gegenüber nur 8 % in der BRD.
2. Die Erklärung hierfür liegt in einer massiven Arbeitsumverteilung während der letzten 20 Jahre zugunsten von mehr Teilzeitarbeit, bei gleichzeitiger Expansion weiblicher Beschäftigung
   - enorme Zunahme von Teilzeitjobs, insbesondere in den 80er Jahren – mit einer Teilzeitquote von 35% liegen die NL heute an der Spitze aller OECD-Länder (BRD: 18%)
   - Verdoppelung der Frauenerwerbsquote
   - Holland hat heute mit 1.370 Std. die niedrigste durchschnittliche Jahresarbeitszeit (BRD: 1.500 Std., USA: 1.950 Std. p.a.)
3. gab und gibt es in Holland eine Politik der massiven Ausgliederung von älteren oder behinderten Erwerbspersonen durch Frühverrentung
   - weltweit niedrigste Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer (über 55 J.)
   - riesige Quote verborgener Arbeitslosigkeit. Die sog. 'breite Arbeitslosenquote' (incl. Vorruheständler, Kurzarbeiter, ABM-Kräfte etc.) beträgt dann auch über 27%, gegenüber 22% in der BRD (OECD-Schätzungen für 1994).

Insgesamt ist die prozentuale Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben (1) trotz der massiven Schaffung von Teilzeitbeschäftigungen in Holland heute nicht höher als in Deutschland (und wesentlich niedriger als in Japan oder den USA) (2). Aufgeholt wurde immerhin der erhebliche (relative) Rückstand bei der Frauen-Erwerbsbeteiligung.

Zu beachten ist ferner, daß fast ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten weniger als 10 Wochenstunden arbeiten (in Deutschland 19,2%).

Diese Dinge sollte man zumindest wissen, ehe man ehrfurchtsvoll von einem Beschäftigungswunder in Holland spricht. Nun aber zu den Hintergründen.

Der Einfluß der Arbeitsmarktpolitik scheint eher unbedeutend, was die aktive Arbeitsmarktpolitik angeht. Die Ausgaben hierfür sind im Vergleich deutlich geringer. Außerdem konzentrieren sich die Maßnahmen in Holland auf besonders bedürftige Zielgruppen, insbesondere behinderte Arbeitnehmer, während die deutsche Arbeitsmarktpolitik zumindest bisher auch recht stark den Strukturwandel unterstützt hat.

Die soziale Sicherung von Arbeitslosen durch die Arbeitslosenversicherung ist hingegen in Holland ungleich großzügiger als in Deutschland. Besser auch die Absicherung von Teilzeitbeschäftigten, seitdem die Schwellen der Anspruchsvoraussetzung deutlich gesenkt wurden. Doch dazu unten mehr.

Unterschiede in den Beschäftigungssystemen,
oder: Der Pragmatismus der Gewerkschaften Zunächst ist in Rechnung zu stellen, daß die Gewerkschaften in Holland traditionell schwächer und die Einflußnahmen der Arbeitgeber auf politische Entscheidungen stärker sind als in der BRD. Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß dort Arbeitslosigkeit und öffentliche Verschuldung dramatische Ausmaße bereits nach den Rezessionsphasen Mitte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre annahmen, also wesentlich früher als hier in Deutschland.

So haben sich die holländischen Gewerkschaften schon Anfang der 80er Jahre – zu einer Zeit also, wo hier die Metaller noch heftig für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich stritten – unter Moderation des Staates auf einen Deal in Form eines Sozialpaktes eingelassen: Mehr Beschäftigung – überwiegend realisiert in Form von Teilzeitarbeit – sowie Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, gegen Zurückhaltung in Lohnrunden.

Eine Öffnung für Teilzeit-Jobs, das ist auch aus anderen Zusammenhängen bekannt, schlägt sich schneller und wirksamer in mehr Beschäftigung nieder als der deutsche Weg der Minderung der Normalarbeitszeit. Erleichternd kam in Holland hinzu, daß die Schere zwischen Brutto- und Nettolöhnen sich trotz hoher Sozialausgaben seit Mitte der 80er Jahre wieder langsam schließt – was sich tendentiell mäßigend auf Lohnforderungen auswirkt und den Arbeitsanreiz erhöht.

Eine Politik der Lohnmäßigung birgt nach Meinung vieler Volkswirtschaftler allerdings die Gefahr, daß sich die positiven Beschäftigungseffekte auf längere Sicht in ihr Gegenteil verkehren (über geminderten Innovationsdruck und die Schwächung der Kaufkraft). Und gerade die Niederlande sind in besonderer Weise von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft abhängig (1994 betrug die Exportrate 51 % des BIP, gegenüber nur 23 % in Deutschland). Nach den Zahlen der OECD hat das Land diese Gefahr jedoch bisher meistern können, die Wachstumsdynamik nicht gelitten. Die Stundenproduktivität Hollands gehört immer noch weltweit zu den höchsten.

Die Bedeutung des Hinterlands

Das Lohnniveau Hollands liegt offenkundig deutlich unter dem hiesigen (was allerdings zu guten Teilen ausgeglichen wird durch eine geringere Steuer- und Sozialabgabenbelastung). Unstrittig ist auch, daß die Zurückhaltung der Gewerkschaften bei den Tarifrunden ein wichtiger Faktor für das sogenannte Beschäftigungswunder gewesen ist.

Andererseits wird er in den Äußerungen hiesiger Politiker vielfach überschätzt, weil der Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung und Entwicklung der Arbeitslosigkeit nun so eindeutig auch wieder nicht ist, schon gar nicht in den letzten Jahren. Auch mit der Lohnflexibilität ist es in Holland nicht weit her: Bei der Tarifbindung bewegt es sich mit einem Anteil von gut 80% tarifgebundener Verträge durchaus im Mittelfeld, und im übrigen gibt es in Holland seit den 60er Jahren einen relativ hohen gesetzlich geregelten Mindestlohn. Ursächlich für die Beschäftigungsausweitung war zumindest in gleicher Weise die Öffnung des Arbeitsmarkts für Teilzeit- und Frauenerwerbstätigkeit. (3)

Bleibt aber die Frage, wie die mit einer so umfassenden Arbeitsumverteilung einhergehende Einkommensumverteilung, und das heißt ja in der Regel Einkommensverlust, von den Menschen in Holland aufgefangen werden konnte.

Anders als vielleicht zu erwarten, hat Holland keine hervorstechenden Armutsprobleme. Nach den offiziellen Statistiken hat die Armut zwar geringfügig zugenommen, liegt aber im internationalen Vergleich nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

Die zentrale These lautet: Holland verfügt über ein ergiebigeres und zuverlässigeres 'Hinterland', um schwankende oder zeitweise nicht ausreichende Erwerbseinkommen zumindest zu einem guten Teil ausgleichen zu können – teils in Form individueller Absicherungen (insbesondere Vermögensrücklagen), teils in Form besserer – weil zeitgemäßerer – institutioneller Sicherungssysteme.

Da auch hierzulande viel vom überfälligen Rückschnitt des Wohlfahrtsstaates gefaselt und dabei häufig auf die NL als angebliches Vorbild verwiesen wird (4), sollen im folgenden noch ein paar – wie ich meine – eindrucksvolle Einzelheiten des sozialen Sicherungssystems in Holland vorgestellt werden:

Das holländische Sozialversicherungssystem

- Die Alterssicherung ist staatlich organisiert (in Form einer Volksversicherung) und garantiert jedem Bürger ab dem 65. Lebensjahr eine Grundrente, und zwar unabhängig vom vorher erzielten Erwerbseinkommen.
- Für die Höhe der Grundrente, aber auch der Sozialhilfesätze sowie der Mindestleistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität, ist die jeweils aktuelle Höhe des gesetzlichen Mindestlohns maßgebend. So entspricht der Höchstsatz der Grundrente, also der Satz für Rentner-Paare, in etwa dem Mindestlohn;

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 1 *Beschäftigungswachstum in den Niederlanden, der EU und ausgewählten OECD-Ländern (jährliche Wachstumsraten, in %)*

	1983–1993	1994	1995	1996	1997[a]
Niederlande	1,8	0,8	2,4	1,9	2,0
Europäische Union	0,4	–0,7	0,5	0,1	0,4
Belgien	0,5	–0,7	0,3	0,1	0,5
Deutschland[b]	0,7	–1,8	–0,3	–1,2	–0,9
Frankreich	0,1	–0,4	0,9	–0,2	0,2
Dänemark	0,2	1,2	1,6	1,0	1,3
Schweden	–0,6	–0,7	1,6	–0,6	–0,4
Grossbritannien	0,6	1,2	0,8	0,5	1,3
Vereinigte Staaten	1,8	3,2	1,5	1,4	2,3

a Fortschreibung. *b* Bis 1993 nur Westdeutschland.
Quelle: OECD, Employment Outlook, Juli 1994 und Juli 1997

Tabelle 2 *Erwerbsquote nach Geschlecht in den Niederlanden, der EU und ausgewählten OECD-Ländern (%)*

	Männer			Frauen		
	1983	1990	1996	1983	1990	1996
Niederlande	69,1	76,2	76,6	34,7	47,0	55,0
Europäische Union[b]	75,8	74,2	69,8	42,9	46,7	48,4
Belgien	70,4	67,3	67,3	36,6	41,0	45,8
Deutschland[a]	76,6	76,4	73,4	47,8	52,8	54,3
Frankreich	74,4	70, 4	67,2	49,7	50,6	52,1
Dänemark	78,4	82,5	81,4	65,2	71,5	67,8
Schweden	84,7	86,9	74,7	75,5	81,8	70,6
Grossbritannien	78,7	83,7	77,7	55,3	63,7	64,1
Vereinigte Staaten	78,9	83,1	82,3	57,7	65,8	68,1

a Bis 1993 nur Westdeutschland.
b Nicht standardisiert (nach der landesüblichen verwendeten Definition), siehe Employment Outlook 1997, Tabelle B.
Quelle: OECD, Employment Outlook, Paris, Juli 1996 und Juli 1997, Tabellen B und C

Tabelle 3 *Anteil der Teilzeitbeschäftigung in Prozent aller Beschäftigten in ausgewählten OECD-Ländern nach Geschlecht, 1983 bis 1996*

	Männer			Frauen		
	1983	1990	1996	1983	1990	1996
Niederlande	6,8	14,8	16,1	22,0	36,4	38,0
Belgien	2,0	2,0	3,0	19,7	25,9	30,5
Westdeutschland	1,7	2,6	3,6[a]	30,0	33,8	33,8[a]
Frankreich	2,5	3,3	5,3	20,1	23,6	29,5
Dänemark	6,5	10,4	10,8	43,7	38,4	34,5
Schweden	6,2	7,4	9,3	45,9	40,4	39,0
Grossbritannien	3,3	5,2	5,6	41,3	44,3	42,7
Vereinigte Staaten	10,8	10,1	10,9	28,1	25,2	26,9

a 1995.
Quelle: OECD, Employment Outlook 1997, Paris, Juli 1997, Tabelle E

»Wenn ich erzähle, warum die niederländische Arbeitslosenquote halb so hoch ist wie in Deutschland, beginne ich mit dem Hinweis, daß der durchschnittliche Niederländer sich mit einem niedrigeren Durchschnittseinkommen begnügt als der Durchschnittsdeutsche. Sobald ich das gesagt habe, ist es mit dem Interesse für das niederländische Modell vorbei.«

Jan Revis, Generalkonsul der NL in NRW bei der »Europartner NRW 1998« in Dortmund, nach: WAZ Dortmund v. 7.2.1998

Aus der WAZ vom 5.3.98:

Niederlande: Bald fehlen Arbeitskräfte

In den Niederlanden werden die Arbeitskräfte knapp. Deswegen wird bereits über die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche diskutiert, bei vollem Lohnausgleich. Die Arbeitslosigkeit sinkt so schnell, daß einige Branchen Personalprobleme haben. Nun sollen verstärkt Arbeitskräfte in Deutschland angeworben werden.

DÄNEMARK: DAS ANDERE MODELL

Eine Schwierigkeit für die Entwicklung einer europäischen Beschäftigungspolitik ist die Verschiedenartigkeit der nationalen Beschäftigungsstrategien und Sozialsysteme. Das dänische Modell ist ein außergewöhnliches Beispiel und zwar ein erfolgreiches.

500.000 Streikende verlangten von den dänischen Arbeitgebern kürzlich eine Woche mehr Ferien. Ziel des Generalstreiks war, auch die Arbeitnehmenden am anhaltenen Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen, nachdem die Gewerkschaften in den letzten Jahren Lohnforderungen zugunsten der Beschäftigungsförderung zurückgestellt hatten.

Dänemark ist das EU-Land, das nicht nur den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, sondern auch die höchste Staatsquote in Europa aufweist. Trotzdem ist eine Senkung der Lohnnebenkosten (Lohnprozente) in Dänemark kein Thema. Denn die Sozialversicherungen werden wie die anderen Staatsausgaben zu 95 Prozent mit direkten Steuern und Mehrwertsteuern finanziert. Die Arbeit wird dadurch nicht einseitig durch Abgaben belastet.

Bis heute hat das Land der Deregulierungswelle getrotzt und stellt eine Art Gegenmodell zum neoliberalen, anglikanischen, aber auch eine Alternative zum niederländischen Modell dar. Und entgegen der auch in der EU vorherrschenden, neoliberalen Doktrin haben die Dänlnnen damit eine sehr erfolgreiche Beschäftigungspolitik betrieben: Von 1994 bis heute ist die Arbeitslosenquote von 12 auf rund 7 Prozent gesunken und die Erwerbsquote ist so hoch wie in keinem anderen EU-Land. Neben einem deutlichen Wirtschaftswachstum war dafür vor allem eine Politik der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen verantwortlich. Schon seit Jahren gilt die Regel, das einem jungen Arbeitnehmenden spätestens nach 6 Monaten eine Stelle oder ein Ausbildungsplatz angeboten werden muß. Dänemark hat heute mit 37 Stunden pro Woche schon eine der kürzesten Arbeitszeiten in Europa. Zusätzlich wurden neue Arbeitszeitmodelle eingeführt, die es z.B. ermöglichen, daß Erwerbstätige sich auf Kosten der Arbeitslosenversicherung bis zu einem Jahr weiterbilden, während ihr Arbeitsplatz von einem Arbeitslosen besetzt wird.●

Hans Baumann
Aus: MOMA, Nr. 6/98

BUNDESWEITE ERWERBSLOSENDEMONSTRATION AM 12.9.98 IN BERLIN

Mit der A-Klasse nach Berlin

»Jeder weiß, daß es so nicht weitergeht wie bisher. Jeder spürt, wie Unsicherheit und Existenzangst um sich greifen. Jeder hofft daß es ihn nicht trifft, daß er/sie doch weitermachen kann wie bisher... Aus Unsicherheit und Existenzangst bringen diejenigen, die drin sind oder vorübergehend reinkommen, mehr Leistung. Die draußen sind, halten sich fit. Sie laufen sich warm, um eingewechselt zu werden. Das Spielfeld wird kleiner. Die nicht von Nutzen sind, fliegen raus. Das Leben wird Leistungssport, die Auslese ist scharf ...«

Foto aus quer Nr. 3/98

So beginnt der Aufruf zur bundesweiten Erwerbslosendemonstration im September in Berlin. Erstaufrufer sind der »Arbeitslosenverband«, die Bundesarbeitsgemeinschaften der Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, die »Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen«. Die Demo soll vor der Bundestagswahl den vorläufigen Höhepunkt der monatlichen Arbeitslosen-Protesttage bilden und verdeutlichen, welche Anforderungen Erwerbslose und prekär Beschäftigte an einem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel stellen:

* Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen;
* Garantiertes Mindesteinkommen;
* Radikale Arbeitszeitverkürzung;
* Existenzsichernde Arbeitsplätze;
* Qualifizierende Ausbildungsplätze;
* Gerechte Verteilung von Reichtum und Arbeit.

Nachdem der DGB in Form der Vorstände der darin zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften entschieden hatte, eine bundesweite Demonstration der Arbeitslosen nicht *(!)* zu unterstützen *(über die Gründe wird noch zu berichten sein, d. Red)*, sondern aufs Land verteilt seine eigenen Aktionen zu machen, entschlossen sich die Erstaufrufer, am ursprünglichen Demo-Plan festzuhalten. Ausschlaggebend war, daß diese bundesweite Demo Erwerbslosen am ehesten Möglichkeiten bietet, ihren Forderungen zur grundlegenden Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Einkommensarmen und ungesichert Beschäftigten Ausdruck zu geben. Denn was nicht reicht, ist einfach mehr (prekäre) Arbeit, statt GERHARD KOHL ein HELMUT SCHRÖDER oder noch mehr für uns sinnlose Warteschleifen, Trainingsmaßnahmen, Beschäftigungsprojekte ...

Gefordert ist vielmehr die schonungslose Abrechnung mit den vorfindbaren Zuständen. Denn trotz »Wirtschaftswachstum«, »Wettbewerbsfähigkeit« und »Standortsicherung«, verdoppelter Wirtschaftsleistung der Industrienationen in den letzten 20 Jahren, nehmen Hunger, Armut, Verelendung und Ausgrenzung zu. Entgegen versprochener neuer Arbeitsplätze sind das Ergebnis jeden neuen Wirtschaftsaufschwungs mehr Arbeitslose, weitere Leistungskürzungen, steigender Druck, Schikane und Kontrolle. Es fehlen mehr als sieben Millionen Arbeitsplätze, außerdem hundertausende Lehrstellen.

Während über fünf Millionen Menschen unter der Armutsschwelle leben, geben zwei Millionen Haushalte 10.000 Mark und mehr im Monat aus, werden 25.000 Einkommensmillionäre ausgewiesen.

Die Erstaufrufer zur Demo wollen sich mit diesen Zuständen nicht abfinden, kein unkontrolliertes Wachstum, das zerstört, keine Ausweitung von Billigjobs und geringfügiger Beschäftigung, sondern eine Gesellschaft, die vernünftige Arbeit geben und menschenwürdige Existenz sichern kann, unabhängig von Nationalität, Alter und Geschlecht.

Deshalb muß Schluß sein mit Scham und falscher Bescheidenheit, bedarf es der öffentlichen Bekenntnis zu unserer Erwerbslosigkeit, des lauten Protestes, der Störung des täglichen »Friedens«.

Eine maßgebliche Veränderung der herrschenden Zustände wird zudem nur zu erreichen sein, wenn die Protestierenden mehr werden, wenn aus den seit Monaten laufenden Aktionstagen der Erwerbslosen eine breite soziale Bewegung für Arbeit, Existenzsicherung und soziale Gerechtigkeit wird. Hierzu könnte eine erfolgreiche Erwerbslosen-Demo ein Baustein werden.

Zur Unterstützung und Teilnahme an der Demonstration sind eingeladen und aufgefordert: Erwerbstätige und Erwerbslose, SchülerInnen und Studierende, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere.

Die Idee zum kollektiven Schwarzfahren nach Berlin – *man gönnt uns ja sonst nichts, d. Tipper* – bleibt weiter im Raum.●

Aus: quer – überregionale und unabhängige Monatszeitung für Arbeitslose, Nr. 3/98

Ansprechadressen sind u.a. die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, D-60329 Frankfurt/M., Tel. 069/25 00 30, und die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstr. 10, D-33602 Bielefeld, Tel. 0521/17 99 22.

AG TAUSCHRINGE TRAF SICH IN MAGDEBURG

AG Bundesdeutsche Tauschsysteme

Wie in CONTRASTE Nr. 164 berichtet, bildete sich auf dem 4. bundesweiten Tauschringtreffen Anfang Mai in München eine Arbeitsgruppe, die es sich u.a. zur Aufgabe gemacht hat, für die übergeordneten gemeinsamen Interessen eine Plattform zu entwickeln und diese verantwortlich nach außen zu vertreten.

von Elisabeth Hollerbach, München ● In einem Nachbereitungstreffen in Magdeburg am 5.6.98 entstand Einigkeit darüber, daß der auf dem Bundestreffen erarbeitete Zielekatalog vor allem beschreibenden Charakter besitzt: gesellschaftspolitische und ökonomische Anliegen der deutschen Tauschsysteme formuliert, in dem sich alle Tauschsysteme mit unterschiedlichen Prioritäten wiederfinden können.

Die Arbeitsgemeinschaft »Bundesdeutsche Tauschsysteme« wird auch die inhaltliche Arbeit zwischen den Bundestreffen fortführen, darüber hinaus Seminare anbieten, informieren sowie Unterstützung und Information für alle Tauschsysteme anbieten.

In Magdeburg wurden Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl entwickelt, die dieser Tage allen sich zur Wahl stellenden KandidatInnen zugestellt werden. Die zu erwartenden Stellungnahmen sollen auf einem Treffen am 3./4. September in Leipzig ausgewertet werden.

Ein weiteres Treffen dieser AG findet schon vorher am 12./13. Juli in Kassel statt. Da soll es um Fragen z.B. eines Fördervereines gehen, um inhaltliche Aufgabenverteilung, Organisationsstruktur usw. Jeder Tauschring ist zur Teilnahme herzlich eingeladen, Teilnehmende sollten sich vorher anmelden.

Die derzeitigen Mitglieder der AG sind: Angelika Keil (Leipzig), Klara Brendle (Berlin), Liljana Lapu-Fiedler (Wetzlar), Elisabeth Hollerbach (München), Helmut Bekker (Halle), Klaus Kiene (Bielefeld), Klaus Kleffmann (Osnabrück), Stefan Purwin (Berlin), Klaus Reichenbach (Kassel), Michael Rost (Magdeburg).●

Kontakt: LETS Tauschnetz München, Ligsalzstr. 20, D-80339 München
Elisabeth Hollerbach, Sonnentaustr. 7, D-80995 München, Tel./Fax (0 89) 150 40 02

FREIE RADIOS

Radio Rhein-Neckar

In Süddeutschland steht bei den »Öffentlich-Rechtlichen« Sendern eine Fusion zwischen dem Süddeutschen Rundfunk (Stuttgart) und dem Südwestfunk (Baden-Baden) an, die freie Frequenzen zurücklassen wird. Deren Neuvergabe wird im Sommer von der zuständigen Landesanstalt für Kommunikation (LfK) ausgeschrieben. In den Startlöchern steht auch eine Inititiative in Heidelberg/Mannheim/Ludwigshafen: der »Förderverein für ein freies Radio Rhein-Neckar«.

Das nicht-kommerzielle, unabhängige Radio in Selbstverwaltung will eine Plattform für Themen und Musikstile schaffen, die in öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern übergangen werden.

Die Initiative will den Sender »jedem zur Verfügung stellen, der eigenverantwortlich eine Sendung machen will und sich an die Redaktionsstatuten hält«, so ein Sprecher des Fördervereins. Jetzt kommt es darauf an, den Förderverein durch Beitritte zu stärken, damit die Initiative ihre Arbeit ausweiten kann. Gesucht werden aber auch Leute für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Technik und Verwaltung.

Eine Vielzahl von freien Radios ist schon seit Jahren erfolgreich auf Sendung (siehe auch CONTRASTE Nr. 158). Sie finanzieren sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Nähere Informationen über: Förderverein für das Freie Radio Rhein-Neckar e.V., Postfach 12 06 51, D-68057 Mannheim, Tel. (06 21) 854 70 74, Fax 27 79 77, E-Mail: freies-radio@gmx.de
Internet: http://www.freiesradio.home.pages.de●

dp

FORTSETZUNG VON SEITE 4

die Arbeitslosen- und Invaliditätsunterstützung wiederum darf den Mindestlohn nicht unterschreiten.

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt 1998 etwa 2.000 DM im Monat, netto ca. 1.750 DM. Er war ursprünglich an die durchschnittliche Lohnentwicklung gebunden, mußte aber im Laufe der 80er Jahre im Zuge der Bekämpfung des Haushaltsdefizits abgekoppelt werden und fiel dadurch von ca. 80% auf heute knapp 70% des Durchschnittslohns. Die Anpassung des Mindestlohns, und entsprechend auch der davon abhängigen Lohnersatzleistungen, erfolgt zweimal im Jahr.

● Ein erster Anspruch auf Arbeitslosengeld, in Höhe des Mindestlohns, entsteht bereits nach 26 Wochen Beschäftigung (bei uns: nach 12 Monaten). Das Arbeitslosengeld beläuft sich im übrigen auf 70% des zuletzt verdienten Bruttolohns und ist damit trotz einer 10-prozentigen Absenkung immer noch deutlich großzügiger bemessen als hiesige Sätze. Im Vergleich, also unter Berücksichtigung von Steuern und Transferleistungen, bekommt ein verheiratetes Paar ohne Kinder im ersten Monat der Arbeitslosigkeit in Holland 77%, in Deutschland 60% des letzten Nettolohns. Die entsprechenden Werte bei Paaren mit Kindern liegen bei 84 bzw. 78 Prozent.

Bei Teilarbeitslosigkeit wird die Leistung proportional zum Arbeitsausfall gekürzt – bei uns heißt es immer noch: entweder ganz oder gar nicht. (5) Die maximale Bezugsdauer von Alg beträgt in Holland 54, in Deutschland 32 Monate.

● Vor einigen Jahren abgeschafft wurde die eigenständige Arbeitslosenhilfe. Ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft, wechselt der/die Arbeitslose damit sofort in die – bedürftigkeitsabhängige – Sozialhilfe (»Sozialer Beistand«). Die Sätze der Hilfe rangieren – je nach Haushaltstyp – zwischen 50 und 100% des Nettomindestlohns; hinzukommen ggfs. Kinder- und Familienbeihilfen. Die Konstruktion der Sozialhilfe in Holland kennt also weder penible Warenkorbberechnungen noch ein Lohnabstandsgebot.

● Offensichtlich wird nirgendwo, weder bei der Sozialhilfe noch in irgendeinem anderen Zweig des sozialen Sicherungssystems, zwischen verheirateten und anderen zusammenlebenden Paaren unterschieden.

● Teilzeitjobs, einschließlich der Minimalbeschäftigungen, sind seit 1993 voll in das soziale Sicherungssystem einbezogen. Noch relativ neu ist eine Regelung, wonach unter bestimmten Voraussetzungen auch Abrufkräfte (Leiharbeit) und Beschäftigte auf Kurzzeitbasis Versicherungsansprüche erwerben können. (6)

Man sieht anhand dieser Einzelheiten, daß trotz verschärfter Konkurrenz innerhalb Europas und auf dem Weltmarkt, der ja wie schon erwähnt auch Holland besonders ausgesetzt ist, ein relativ generöser Sozialstaat aufrechterhalten werden kann. Niedrige Eintrittsschwellen und besonders das durchweg honorige und vom individuellen Einkommen entkoppelte Niveau der Renten und Lohnersatzleistungen bilden ein Arrangement, das die Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt auf jeden Fall begünstigt. Mit diesem »Hinterland« im Rücken verlieren Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlust, aber auch freiwillige Arbeitszeitreduzierungen (Job-Sharing) oder gar Freistellungen (Sabbatjahr u.ä.), erheblich an sozialer Brisanz. In einer Zeit, in der die kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung als Norm zunehmend obsolet wird, in der es vielmehr darum gehen muß, verbliebene Erwerbsarbeit gerecht zu verteilen, bedeutet ein solches System einen echten Startvorteil.

Sicherlich, ein neues strategisches Beschäftigungsziel, das an die Stelle des alten Leitbilds der Vollzeit-Vollbeschäftigung tritt, kann auch Holland nicht vorweisen. Ein großer Teil der Sozialausgaben fließt bisher noch in die bloße Kompensation von Arbeitsplatzverlusten, sei es in Form von – z.T. lang andauernder – Arbeitslosenunterstützung, sei es für die dauerhafte Ausgliederung durch Frühverrentung. Und das ist auf Dauer auch in Holland nicht durchhaltbar.

Am Horizont zeichnet sich ein Arbeitsmarkt ab, in dem die abhängige Lohnarbeit von weniger beständigen und starren Formen der Erwerbstätigkeit abgelöst wird. Erwerbsbiographien werden vielfältiger und individueller, wiederholtes Wechseln zwischen Erwerbsarbeit, (Weiter-)Bildung und unbezahlter Arbeit selbstverständlicher werden.

In beiden Ländern wird es darum gehen, neue institutionelle Arrangements zu finden, die echte Wahlmöglichkeiten eröffnen und den Wechsel (oder die Kombination) zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen (einschl. Phasen von Erwerbslosigkeit) in geregelte Bahnen lenken. Es besteht kein Grund, sich mit einer »post-industriellen Arbeitslosigkeit« abzufinden.●

Quellen:
Günther Schmid, Beschäftigungswunder Niederlande? In: LEVIATHAN 3/1997
Uwe Becker, Beschäftigungswunderland Niederlande? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. B 11/98 (v. 6.3.98)
EURO ATLAS. Soziale Sicherheit im Vergleich, Hrsg. BMA 1996

Anmerkungen:
(1) Erwerbstätigenquote=Erwerbstätige/Wohnbevölkerung
(2) Was auch bedeutet, daß das Arbeitsvolumen, bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl, in Holland deutlich geringer sein muß als in der BRD.
(3) Hohe Erwerbsbeteilgung von Frauen und hoher Beschäftigungsstand stellen also, das sollte hier am Rande auch einmal festgehalten werden, per se keinen Widerspruch dar.
(4) So schrieb beispielsweise Die Wirtschaftswoche vom 20.2.97 anläßlich der Vorstellung der Ergebnisse einer internationalen Recherche zum Carl Bertelsmann-Preis 1997: »Die Holländer demonstrieren, wie man den erstarrten Wohlfahrtsstaat zukunftstauglich macht.«
(5) Das jüngst in der deutschen Arbeitslosenversicherung eingeführte Teilarbeitslosengeld gilt nur für Leute, die zwei (oder mehr) sozialversicherungspflichtige Teilzeitjobs nebeneinander ausgeübt haben und einen davon verloren haben. Die Anspruchsdauer ist auf 6 Monate begrenzt.
(6) Erste Schritte in dieser Richtung gibt es in Deutschland erst seit dem jüngsten AFRG, namentlich die Abschaffung der beitragsfreien »kurzzeitigen Beschäftigung« und die Einführung eines Teil-Arbeitslosengelds. Ein regelrechter Glaubenskrieg wird hingegen immer noch um die Versicherungspflicht von sog. 620-Marks-Verhältnissen geführt – als würde die Aufhebung der Versicherungsfreiheit automatisch auch das Ende dieses Beschäftigungstyps bedeuten.

Literaturhinweis:
Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden, 1998, Campus Verlag. Gekürzte Auszüge daraus: MOMA – Monatsmagazin für neue Politik, 6/98, Postfach, CH-8031 Zürich, Einzelheft 8 sFr

BREMEN OSTERHOLZ-TEVEN:

Quartiersentwicklung

»Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst«

Von Joachim Barloschky, Bremen ● Besonders interessant sind die Erfahrungen, die in Tenever mit den erweiterten Bewohnerbeteiligungsrechten – ja Mitentscheidungsrechten –, die weit über die gesetzlich festgelegten Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger hinausgehen, gesammelt wurden.

Zunächst unsere Hauptgründe für eine Ausweitung der Bewohnerbeteiligung:

1. **Bewohner als Betroffene.**
   Sie haben mit den positiven, aber gegebenenfalls auch negativen Auswirkungen von Veränderungen tagtäglich zu leben. Als Betroffene sollten sie mitwirken und mitentscheiden über diese Maßnahmen.
2. **Bewohner als Experten.**
   Bewohner sind Experten ihrer Wohnung und des Wohnungsumfeldes. Sie sehen mehr und anders, was in ihrem unmittelbaren Bereich los ist, als Planer, der Architekt oder der Politiker aus der Innenstadt. Dieses »Expertenwissen des täglichen Lebens« muß als wichtige Kompetenz im Planungsprozeß einbezogen werden.
3. **Bewohner als Ideenproduzenten.**
   Drei fachlich kompetente Planer können viele gute Vorschläge für die Weiterentwicklung eines Quartiers machen. Aber 8.000 BewohnerInnen machen noch viele, viel mehr Vorschläge – ganz abgesehen davon, daß in einem Quartier wie Tenever sehr viele Ausländer und Aussiedler mit ihren spezifischen Bedürfnissen leben und diese auch zum Ausdruck bringen, während die Planer – das ist die Realität – in der Grundregel Deutsche sind. (Wir haben übrigens Glück: Wir haben einen finnischen Architekten als Planungsbeauftragten.)
4. **Bewohner als (handelnde) Subjekte**
   und nicht als Objekte, »für die« Politik und Verwaltung handelt. Das ist sowohl eine Frage des grundsätzlichen Blickwinkels als auch ein ganz praktisches Ding. BewohnerInnen handeln mit, planen mit, packen mit an, verändern.

Schließlich ermöglichen diese erweiterten Beteiligungsformen, daß Planung und Ergebnis ein einheitlicher Prozeß werden und daß gemeinsame Entwicklung von Veränderungen auch direktere Aneignungsmöglichkeiten nach sich zieht (gut gesagt Barlo, aber eine wichtige Erfahrung: leider dauern die Prozesse von der Idee über die Planung bis zur Umsetzung und Realisierung für die meisten Bewohner viel zu lang).

Ziel, Weg und auch Ergebnis der erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten für BewohnerInnen im Rahmen der Nachbesserung Tenevers ist eine Stärkung des Selbsthilfepotentials, eine Vergrößerung der Aktivität von BewohnerInnen (lange noch nicht genug!), die Stärkung von Bewohnerorganisationen und ein vergrößerter Einfluß der BewohnerInnen gegenüber Verwaltung, Politik und zum Teil den Wohnungseigentümern.

Nicht übersehen werden sollte, daß es durch diesen Prozeß auch zu einer Abmilderung von Widersprüchen (»Befriedung«) und zu einem Abbau der Kluft zwischen Politik, Verwaltung einerseits und Bewohnern andererseits kommen kann.

Kommen wir nun zu den Möglichkeiten, sprich Inhalten der Bewohnerbeteiligung:

1. Von den Bewohnerinitiativen kommen Ideen für Maßnahmen und Projekte, die direkt an die Verwaltung vor Ort herangetragen werden können.
2. Alle Projekte und deren Ausgestaltung werden mit den Bewohnern beraten.
3. Auch die Beschlußfassung über die Aufnahme von Projekten in das Nachbesserungsprogramm erfolgt mit den Bewohnern.
4. Die Bewohner sind beteiligt bei der Festlegung von Prioritäten. Welche Maßnahmen sind vordringlich, welche Maßnahmen sollen später realisiert werden.
5. Die Bewohner entscheiden mit über die finanzielle Realisierung von Projekten (Vergabe von Städtebauförderungsmitteln im investiven Bereich).
6. Die Tat: Bewohner beteiligen sich an der direkten Umsetzung von Maßnahmen (Eigenleistungen etc.).

Folgende Formen und Methoden der Bewohnerbeteiligung sind bisher im Nachbesserungsprojekt Tenever entwickelt und praktiziert worden:

1. Durchführung von Hausversammlungen, Straßen-, Hof- und Quartiersbewohnerversammlungen (räumlich bezogene Bewohnerversammlungen).
2. Thematische Bewohnerversammlung (Spielflächenkonferenz, Sicherheit von Frauen, etc.).
3. Zielgruppenversammlung beziehungsweise Aktivitäten (z.B. Seniorentreffen, Kinderwettbewerb zur Umgestaltung der Spielplätze etc.)
4. Bewohnerplanungsgruppensitzung, (insbesondere bei Wohnprojekten) in denen die Bewohner den gesamten Entwicklungs- und Umsetzungsprozeß mitbegleiten und mitentscheiden.
5. Informationen und Diskussionen mit dem Bewohnertreff, dem Ort der Selbstverständigung der aktiven Bewohnerinnen und Bewohner über das Quartier und die Nachbesserung.
6. Nutzung von Bewohnerzusammenhängen (wie zum Beispiel Elternbeiräte in Kindertagesheimen und Schulen, Ausländervereine, Bewohnerinitiativen, Zusammenkünfte in den sozialen Einrichtungen etc.).
7. Nutzung von Bewohner- und Stadtteilfesten sowie Hauspartys etc., um sowohl zu informieren als auch Anregungen und Kritiken aufzunehmen.
8. Beobachtungen und Umfragen (zum Beispiel Klingelaktionen an der Haustür, Spielflächenanalyse durch Eltern etc.).
9. Nutzung und Inanspruchnahme der Verwaltung vor Ort (Projektgruppe Tenever: Amt für Wohnungs- und Städtebauförderung, Amt für Soziale Dienste, Planungsamt).
10. Artikulation von Interessen und Forderungen durch Selbstorganisation der Bewohner beziehungsweise von Bewohnergruppen (Flugblätter, Zeitung, Aktionen, Unterschriftensammlung, Demonstrationen etc.).
11. Mitarbeit der organisierten Bewohnerschaft (Bewohnertreff) in Gremien, Verstärkung des Einflusses der BewohnerInnen auf Projekte, zum Beispiel: Vertreter des Bewohnertreffs arbeiten mit im Projektbeirat der REAG (Regionale Entwicklungsagentur Tenever) und sind im Arbeitskreis zur Attraktivierung des Einkaufszentrums vertreten und auch im Arbeitskreis Tenever, dem Zusammenschluß der sozialen Einrichtungen, Initiativen des Quartiers.
12. Ausweitung der Informations- und Mitbestimmungsrechte der Bewohner über die Nachbesserungsmaßnahmen hinaus durch einen Kooperationsvertrag zwischen der Mieterinitiative Demonstrativbauvorhaben Tenever/Bewohnertreff und dem größten Wohnungsverwalter in Tenever, der GEWOBA.
13. Die höchste Form der Bewohnerbeteiligung ist die Mitarbeit der Bewohner in der Stadtteilgruppe Tenever. Die Stadtteilgruppe Tenever ist als Entscheidungsgremium für die Nachbesserung entwickelt worden. Sie tagt ca. alle zwei Monate öffentlich. In ihr arbeiten Vertreter der Verwaltung, der Kommunalpolitik (Beirat und Ortsamt Osterholz), der Wohnungseigentümer (GEWOBA), der sozialen Einrichtungen/Initiativen (Arbeitskreis Tenever) sowie die Bewohner nach dem Konsensprinzip zusammen. In der Stadtteilgruppe werden alle Projekte beschlossen, eine Prioritätenliste festgelegt und über die Gewährung von finanziellen Zuwendungen (Städtebauförderungsmittel) entschieden. Alle beteiligten Gruppen haben ein Vetorecht (Entscheidung nach dem Konsensprinzip). Daß heißt nichts weiteres, als daß das objektive Vetorecht der Wohnungseigentümer (Eigentumsrecht), und der Verwaltung (Gesetze, Vorschriften) ergänzt wird um das Vetorecht für die Bewohner.

Die Stadtteilgruppe Tenever und auch die entsprechende Beschlußfassung über die Vergabe von Geldern haben keine gesetzliche Grundlage. Das Amt für Wohnungs- und Städtebauförderung, das die formalrechtliche Verfügung über die Städtebauförderungsmittel hat, handelt aber entsprechend der Beschlußfassung in der Stadtteilgruppe Tenever (Selbstverpflichtung der Politik/Verwaltung). (Zum Konsenzprinzip siehe auch: »Können Bürger planen? Bürgerbeteiligung und Dezentralisierung der`Entscheidungsbefugnisse: Kobe und Bremen« von Yoshihiko Nawata. Der Professor der Städtischen Universität Tokio hat in Bremen als Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung zu Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung geforscht und dabei auch 2 Jahre lang die Aktivitäten im Nachbesserungsprojekt Tenever begleitet.)

Wir haben gute – ja zum Teil sehr gute – Erfahrungen mit der Ausweitung der Bewohnerbeteiligung und auch gerade mit den Mitentscheidungsrechten über die Vergabe von Mitteln durch die Bewohner (Bewohner sind sehr sparsam!) gemacht.

Praktische Berufsausbildung ist immer ein Teil der Quartiersentwicklung

Foto: Archiv Redaktion Hamburg

Ein Beispiel: Mütterzentrum Tenever

Eine Gruppe von Müttern aus Tenever hatte sich zusammengefunden zur nachbarschaftlichen Stützung, Beratung und Hilfe – von Müttern für Mütter! Diese Initiative wurde von den sozialen Einrichtungen und Diensten und dem Bewohnertreff Tenever unterstützt, zumal es sich um eine originäre Bewohnerinitiative handelte und nicht um ein »erdachtes Projekt, das von der Hochschule in den sozialen Brennpunkt einfliegt.« Ziel der Frauen vom Mütterzentrum war es, einen Treffpunkt für Frauen, Kinder und auch Väter mit Kinderbetreuung und einem Secondhandladen einzurichten. Außerdem sollte eine Nähwerkstatt geschaffen werden, und Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten durchgeführt werden.

Die Suche nach einem geeigneten Standort für den Ausbau eines Mütterzentrums in einem der Wohnblökke zog sich hin, da die erste Planung aufgrund eines Vetos des Eigentümers in buchstäblich letzter Sekunde aufgegeben werden mußte. Schließlich gelang es uns, einen neuen Standort zu finden, ein leerstehendes Sockelgeschoß sollte ausgebaut werden. Der Planungsbeauftragte entwickelte eine wunderbare architektonische Lösung mit einem großen Müttercafe nach vorne zur Straße hin.

Bedenken der Bewohner, die Nachteile für ihre Wohnsituation zum Beispiel durch Lärmbelästigung von Kindern etc. befürchteten, wurden berücksichtigt. Nach mehreren Sitzungen wurde schließlich die Zustimmung aller erreicht. 800.000 DM Städtebauförderungsmittel und über 200.000 DM seitens des Hauseigentümers wurden für das Gesamtprojekt, das auch noch den Neubau eines Partyraumes vorsah, zur Verfügung gestellt. Die Bauplanungsphase und Bauantragsphase zog sich aus verschiedenen Gründen hin, aber schließlich lag die Baugenehmigung vor. Aber noch einmal formierte sich der Widerstand, und zwar sehr konsequent, von den Bewohnern des Hauses. Wir standen vor einem großen Konflikt: alle Beteiligten in der Stdtteilgruppe, die Mütter und insbesondere eben auch die »Gesamtbewohnerschaft« Tenevers sind für das Projekt. Nur die ca. 30 Bewohner in dem Haus, wo das Mütterzentrum errichtet werden soll, sind dagegen. Tenever-Gesamtinteressen gegen Partikularinteressen. Wir haben die Baugenehmigung und könnten durchziehen. Aber die Glaubwürdigkeit von Bewohnermitentscheidungen steht auch mit zur Diskussion, und schließlich brauchen die Mütter im Mütterzentrum ein direktes Umfeld, das ihnen positiv gegenüber steht. Nach erneuten Diskussionen wird der Plan noch mal entscheidend verändert. Das Mütterzentrumcafe wird nach hinten in den grünen Bereich verlagert. Dem Architekten gelingt auch hier eine hervorragende Lösung. Wir erreichen über diesen Weg auch Konsens mit den BewohnerInnen des Hauses. Mit dem Beschluß können nun schließlich alle leben und mittlerweile ist das Mütterzentrum ein ganz attraktiver Treffpunkt für Mütter Tenevers – und auch für die Mütter und Großmütter des Hauses, in dem sich das Zentrum befindet.●

Praktische Berufsausbildung ist immer ein Teil der Quartiersentwicklung

Foto: Archiv Redaktion Hamburg

Joachim Barloschky, Soziale Netze und BewohnerInnenbeteiligung in Neubau-Großwohnsiedlungen – das Beispiel Bremen-Osterholz-Tenever , in: Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst, ILS 1995, Auszug

Kontakt: Joachim Barloschky, Projektgruppe Tenever, Neuwiederstr. 99, D-28325 Bremen

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Anmerkungen

(1) Thomas Rommelspacher, Chancen lokaler Strategien für benachteiligte Quartiere, in Solidarische Stadt, Hamburg 1996
(2) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie der Stadt Berlin, 1998
(3) Joachim Barloschky, Soziale Netze und Bewohner/innenbeteiligung in Neubau-Großwohnsiedlungen – das Beispiel Bremen-Osterholz-Tenever,in Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst.., ILS, 1975
(4) Anlage zur Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) vom 19.3.98
(5) Armutsbekämpfung in Hamburg, Rahmenkonzept des Senats vom 6.12.94, Stadtentwicklungsbehörde 1995

HAMBURG-DULSBERG

Quartiersentwicklung

Mook wat

Mook wat e.V. wurde 1983 als gemeinnütziger und mildtätiger Verein von MitarbeiterInnen der Sozialbehörde gegründet. Ursprüngliches Ziel war die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für besonders schwervermittelbare ungelernte Arbeitslose. Seit 1986 ist Mook wat bezirklicher Beschäftigungsträger des Bezirks Hamburg-Nord.

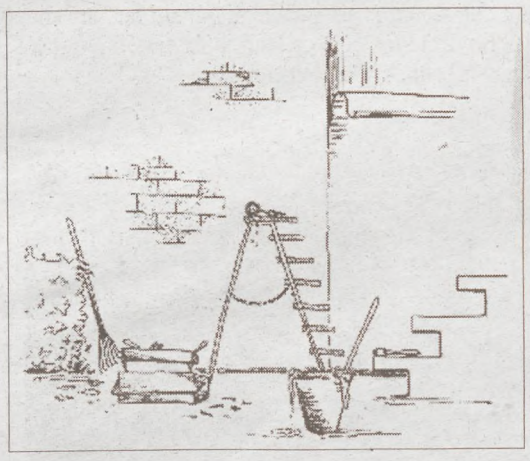
Von Erich Jungnickel, Redaktion Hamburg ● Dabei führt der Verein verschiedene zusätzliche Beschäftigungsprojekte in Kooperation mit dem Bezirksamt HH-Nord durch. Im Mai 1997 waren 181 Menschen, davon 150 auf befristet geförderten Stellen (ABM, LKZ, LKZ-West, § 19 BSHG, ESF) beschäftigt. Im Rahmen des Senatsprogramms »Zusätzliche Maßnahmen gegen Armut als Bestandteil sozialer Stadtentwicklung« hat der Bezirk Hamburg-Nord den Verein Mook wat e.V. 1997 mit der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Armutsbekämpfung beauftragt. Die Arbeit der »Projektentwicklung Dulsberg« basiert analog zum Senatsprogramm auf folgenden Leitzielen:

- Schaffung einer leistungsfähigen quartiersnahen Wirtschaftsstruktur;
- Sicherung preiswerten Wohnraums;
- Stärkung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers.

Die Projektentwicklung Dulsberg entwickelt und begleitet konkrete Einzelvorhaben und Projekte, die die jeweiligen Lebenslagen der BewohnerInnen verbessern sollen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren, den beteiligten Trägern öffentlicher Belange und den zuständigen Behörden.

Es entstehen neue projektbezogene Formen der Kooperation unter Einbeziehung der im Stadtteil lebenden Menschen. Daneben aktiviert der Verein privatwirtschaftliches Engagement für die Absicherung der sozialen Strukturen in Dulsberg und entwickelt Konzepte für den zielgerichteten Einsatz staatlicher Investitionen im Stadtteil mit langfristiger Beschäftigungswirksamkeit. Ebenso fördert er stadtteilbezogene Dienstleistungsangebote im Bereich der Nachbarschaftshilfe. Außerdem werden Arbeitsplätze in und um Dulsberg akquiriert und Arbeitssuchende beraten. Die Projektentwicklung unterstützt des Aufbau von Interessengemeinschaften der Gewerbetreibenden in Dulsberg, entwickelt neue Gewerbestandorte und unterstützt Existenzgründungen.

Außerdem betreibt Mook wat e.V. das Stadtteilbüro Dulsberg. Vorrangiges Ziel ist es, die BürgerInnen zu motivieren, sich am lokalen Geschehen zu beteiligen. Da es in Dulsberg sehr wenig Freizeitmöglichkeiten und Kulturangebote gibt, organisiert das Stadtteilbüro



regelmäßig Theateraufführungen, Straßen- und Stadtteilfeste, Ausstellungen und Musikveranstaltungen.

Ein wichtiges Ziel ist die Schaffung eines Bürgertreffpunktes. In verschiedenen Arbeitsgruppen arbeitet des Stadtteilbüo mit an der Verbesserung der Situation von Frauen, Kindern und Jugendlichen. Gefordert sind zum Beispiel mehr Kinderbetreuungsplätze und Treffpunkte für Frauen, sowie Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche. Außerdem ist das Stadtteilbüro Anlaufstelle für alle Menschen in Dulsberg, die Fragen haben zu Ämtern und Behörden, zu Initiativen und Einrichtungen im Stadtteil.

Für kleinere Reparaturen im Haushalt steht ein Hausmeister zur Verfügung. Darüber hinaus organisiert das Stadtteilbüro regelmäßige Beratungen zur Schuldenproblematik, zu Fragen des Mietrechts und der Einkommenssteuer sowie zu Verbraucherfragen.

Drittes Standbein von Mook wat in Dulsberg ist der Arbeitsladen Dulsberg. Der Arbeitsladen setzt sich zum Ziel, Menschen, für die selbst die Hürden des 2. Arbeitsmarktes zu hoch sind und die durch alle bestehenden Arbeitsangebote nicht mehr erreicht werden können, durch ein Stufenmodell wieder an den Arbeitsprozeß heranzuführen. Es besteht das Ziel, arbeitsbegleitend ihre fachlichen, insbesondere aber ihre sozialen Defizite abzubauen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Wohnungsrenovierung und der Gebäudereinigung. Gartenarbeiten für Kinderbetreuungseinrichtungen, Entrümpelungen und Kleinreparaturen werden zur allerbesten Zufriedenheit der Auftraggeber durchgeführt.

Am 17.4.98 konnte das Vorhaben »Stadtteilwerkstatt/Secondhand Kaufhaus« eröffnet werden. Die Proffessionalisierung des Gebäudereinigungsbereiches im Rahmen des Arbeitsladens ist bislang nicht gelungen. Ein weiterführendes Konzept für ein Dienstleistungsprojekt als mobiler Haushaltsservice in Kooperation mit einem Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen wurde erarbeitet und kann in Kürze realisiert werden.●

Hamburgs Geld in Bürgerhand

Im Hamburger »Armutsbekämpfungsprojekt« ist ein Betrag von 40.000 DM jährlich für jedes Entwicklungsgebiet vorgesehen, um schnell kleinere Maßnahmen zu fördern. Für die Verteilung dieser Gelder wurde in St-Pauli-Nord als besonderes Gremium der sogenannte Verfügungsfond geschaffen. Einmal im Monat konnten so »normale« aktive Bürger über öffentliche Gelder verfügen. Gewerbetreibende, Initiativen und BewohnerInnen haben jeweils 4 Vertreter in diesem Ausschuß. Wer Interesse an der Mitarbeit hatte konnte sich dafür bewerben. Durch ein Losverfahren wurden dann die Mitglieder für ein Jahr ermittelt. So konnte eine kleine Gruppe von aktiven des Viertels wenigstens über einen kleinen Betrag fast frei verfügen. Das Gremium ist beschlußfähig , wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind, und entscheidet mit einfacher Mehrheit der Anwesenden.

In 2 1/2 Jahren sind mittlerweile 71 Anträge an den Verfügungsfond gestellt worden. Selten wurde ein Antrag abgelehnt, eher schon zurückgezogen. Häufig aber wurde nicht die volle Antragssumme gewährt, wodurch das Ziel manches Antrages vielleicht nicht erreicht werden konnte.

Finanziert wurden Geräte für Spielplätze und Kindergärten, Straßenfeste, ein Wandbild und immer wieder Computer für Initiativen. Obwohl versucht worden ist den Verfügungsfond über Flugblätter und Zeitungsartikel bekannt zu machen, spielte Insiderwissen leider oft schon bei der Antragstellung eine große Rolle. So wurden einige Antragsteller zu Wiederholungstätern und stellten immer wieder neue Anträge, auch von Mitgliedern des Verfügungsfonds selbst kamen immer wieder mal ein Antrag. Problematischer war aber, daß einige Anträge die Einsparungen des Hamburger Haushaltes ausgeglichen haben. Da das »Armutsbekämpfungsprogramm« durch Umschichtung im Haushalt finanziert wurde, wurde bei solchen Anträgen diese unsinnige Haushaltspolitik punktuell zurückgedreht, aber nichts neues finanziert. Ein anderes Problem waren die engen auf dem Papier gezogen Grenzen des Entwicklungsgebietes. Der Verfügungsfond war unabhängig genug um auch Projekte zu fördern die zwar außerhalb des eigentlichen Gebietes ansässig waren, aber ins Gebiet hinein wirken.

Bei den Abstimmungen zeigte sich unerwartete Einmütigkeit. Nach langen Befragungen der Antragsteller durch die Mitglieder des Verfügungsfonds erfolgte meist ein einstimmiges Votum. Schwieriger war es (vor allem im Sommer) überhaupt die 7 Mitglieder zu versammeln, um überhaupt Abstimmungsfähig zu sein. Trotz regelmäßiger schriftlicher Einladung zur Sitzung schafften es einige Mitglieder nur sporadisch zur Sitzung zu erscheinen. Einige waren auch ehrlich genug wegen Zeitmangel aus dem Gremium wieder auszutreten. Der oder genauer die harten Kerne aber bilden neue persönliche Beziehungssysteme im Viertel, die sicherlich nicht das letzte mal zusammenarbeiten.●

Erich Jungnickel

QUARTIERSMANAGEMENT IN ST. PAULI NORD

Vom Sommerfest zum Stadtteilladen

Die Reeperbahn ist in der ganzen Welt ein Begriff. Daß die sogenannte sündige Meile im Stadtteil St. Pauli liegt, ist weniger Menschen bekannt. Ein noch viel kleinerer Kreis weiß darüber Bescheid, daß das Quartier Probleme hat und daher in das Hamburger Armutsbekämpfungsprogramm aufgenommen wurde. Um die Exclusivität auf die Spitze zu treiben: Vielleicht ein paar tausend Personen haben vom Stadtteilladen »vor ort« gehört, der in der Wohlwillstraße 11 seit Februar 1998 Quartiersmanagement betreibt.

Der Vorstand vom »vor ort e.V.«. Im Vorstand vertreten ist auch CONTRASTE-Autor Erich Jungnickel Foto: Archiv Red. Hamburg

Von Gudrun E. Hammer aus Hamburg ● Vor gut einem Jahr tat sich eine Handvoll St. PaulianerInnen zusammen und organisierte das nicht kommerzielle Sommerfest auf St. Pauli. Einige Leute aus dieser Gruppe hatten 1996 im Verfügungsfonds des Armutsbekämpfungsprogramms über finanzielle Unterstützung für kleine, dem Quartier zugute kommende Maßnahmen entschieden. Der Etat betrug zwar jährlich nur 40.000 Mark, aber Einzelpersonen und Initiativen konnten aus diesem Topf Projekte finanzieren, die ansonsten dem allgemeinen Sparzwang zum Opfer gefallen wären. Sowohl die Arbeit im Verfügungsfonds als auch die Organisation des Straßenfestes zeigte den LokalpatriotInnen, daß Aktivitäten von Vereinen, Initiativen und einzelnen NachbarInnen häufig isoliert ablaufen. Ein zentraler Ort könnte diesen Mangel beheben. So enstand die Idee für den Verein »vor ort – stadtteilladen st. pauli nord«.

Das Konzept kam bei der Stadtentwicklungsbehörde gut an: Die Finanzierung von Miete und Bürokosten sowie die Halbtagsstelle der Projektleiterin ist für ein Jahr gesichert. Die »vor ort«-lerInnen haben vor, den Laden in absehbarer Zeit durch Nutzungsentgelte, Sponsoring, Spenden und Patenschaften selbst zu unterhalten.

Der Verein hat eine bunte Mischung von Mitgliedern: Anwälte des Kindes sitzen neben Tauschenden, aufbrechende Väter neben Cult-Bewegten, Sommerfestler neben Verfügungsfondsmitgliedern und WählerInnenvereinigten. Alle nutzen den Laden, den Versammlungsraum und das Büro.

Während der Öffnungszeiten von »vor ort« berät die Projektleiterin AnwohnerInnen über (fast) alles, was den Stadtteil bewegt. Sie gibt Tips, wo welche Art von Hilfe zu holen ist, schreibt auch mal einen Brief an eine Behörde oder den Vermieter und kommt mit NachbarInnen über drängende Probleme des Quartiers ins Gespräch. Einmal in der Woche gibt ein Sozialwirt kostenlos Auskunft über den Bezug von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe.

Der Stadtteilladen soll auch als Forum für Diskussionen über Stadtteilverbesserungen dienen. Hier können zwar nicht hunderte von St. PaulianerInnen zusammentreffen, doch für Anstöße reicht auch ein Ort mit vierzig Stühlen.

In regelmäßigen Abständen geben die LadenbetreiberInnen ein Informationsblatt mit Neuigkeiten aus dem Quartier heraus. Im Laden sind Bilderausstellungen zu besichtigen. Kleine Kulturveranstaltungen, wie Lesungen oder Konzerte, sind geplant. Der Veranstaltungsraum kann auch für kleine private Feierlichkeiten gemietet werden. Kurse und Seminare sind im Gespräch.

Die Zukunft des Stadtteilladens ist abhängig von der Mitarbeit vieler St. Paulianer. »vor ort« soll Raum sein für Zukunftsideen, Klagen, Beratung, Bündelung von Kräften zugunsten des Quartiers, Vernetzung und natürlich für Lust auf St. Pauli: Am 29. August findet das zweite Sommerfest statt.....●

WER KANN HELFEN?

In unserer Beilage zur taz vom 4.5.98 stellten wir das Kölner »Institut für Theorie ind Praxis der Neuen Arbeit« vor. Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe erreichte uns der folgende Aufruf von der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM):

Realisierung des Institutes für Theorie und Praxis der Neuen Arbeit gefährdet

Am 31. August soll es losgehen: 15 junge Leute vom Service Civil Internalional kommen zum SSM in die Düsseldorfer Straße 74 nach Mülheim und verwirklichen mit uns den ersten Bauabschnitt für das »Institut für Neue Arbeit«. Eine Etage soll ab Oktober '98 für Seminare, Vorträge, Workshops und Forschungsarbeiten zur Verfügung stehen.

Die Arbeit machen wir immer selbst. Aber für Material und einige Bauleistungen, die wir nicht selbst erbringen können/dürfen, benötigen wir 30.000 DM. Das meiste davon haben wir bereits durch Spenden und Eigenleistung zusammengebracht. Damit wir anfangen können, fehlen uns bis Anfang August jetzt noch **7.000 DM**. Ohne diesen Betrag droht die Verwirklichung in diesem Jahr zu scheitern. Damit würde das ganze Projekt in eine ungewisse Zukunft verschoben, bereits geplante Veranstaltungen müßten ausfallen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Industriebrache Mülheim wären gefährdet, viele wichtige Vorhaben des Institutes könnten nicht fortgesetzt werden.

Spendet bitte auf das Konto unseres Fördervereins »Mach Mit e.V.«, Postbank Köln, Kto-Nr. 259 082-507, BLZ 370 100 50 , Stichwort »Institut«. Eine Spendenquittung erhaltet ihr automatisch zum Jahresende.●

DUISBURG-MARXLOH:

Quartiersentwicklung

Strategien der Wirtschaftsentwicklung

Seit etwa Mitte der 80er Jahre ist die Stadt Duisburg bemüht, die strukturellen Defizite des Stadtteils Marxloh abzubauen und den negativen Trends der Stadtentwicklung entgegenzutreten. Verschiedene Sachprogramme im Bereich Stadterneuerung wurden geschaffen, ein Umweltentlastungskonzept ins Leben gerufen und das »Sonderprogramm Hamborn/ Marxloh« aufgelegt. Im Mai 1993 beschloß der Rat der Stadt Duisburg in Rahmen der »Duisburger-Konferenz«, in Marxloh neue Wege der Stadterneuerung zu gehen.

Von Anke Gorres, Duisburg ● Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung dieses Zieles war die Einrichtung des »Projekts Marxloh«. Dieses gliedert sich in zwei Teile:

- Das *»Stadtteilprojekt Marxloh«*, das Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger/innen sowohl in sozialen als auch in gewerblichen Berufen durchführt.
- Die *»Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh mbH«* (EGM), die als Sanierungsträger im Auftrag der Stadt im baulichen Bereich tätig ist und seit Anfang 1996 die stadtteilbezogene Wirtschaftsentwicklung abdeckt.

Insbesondere im Bereich der Stadterneuerung arbeiten das Stadtteilprojekt und die EGM eng zusammen: Die durch die Architekten der EGM geplanten Baumaßnahmen werden weitestgehend durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stadtteilprojektes ausgeführt.

Lokale Wirtschaftsentwicklung

Im Laufe der Arbeit vor Ort wurde deutlich, daß die begonnenen Maßnahmen insbesondere durch den verfolgten »ganzheitlichen Ansatz« erfolgversprechend und wegweisend sind, jedoch alleine nicht ausreichten, die zu verzeichnenden negativen Entwicklungen des Stadtteils – insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht – zu beenden. Im Rahmen der durch das Land Nordrhein-Westfalen erfolgten Anmeldung des »operationellen Programmes für den Stadtteil Duisburg-Marxloh« zur Förderung durch die »Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union für städtische Gebiete URBAN« konnte das integrative Konzept um das Handlungsfeld *»Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten«* erweitert werden. Die Aufgabenstellung der EGM wurde dementsprechend Anfang des Jahres 1996 um die stadtteilbezogene Wirtschaftsentwicklung erweitert und ein *Büro für Wirtschaftsentwicklung* (BfW) als eine Abteilung der EGM eingerichtet. Dieses Büro hat seine Tätigkeit in einem Ladenlokal an einem zentralen Standort des Stadtteils aufgenommen.

Ziel dieser »Anlaufstelle« der EGM ist es, die Beschäftigungs- und Versorgungssituation in Marxloh zu verbessern, Abwanderungen und Kaufkraftabflüsse zu stoppen, die Identifikation von BewohnerInnen und Gewerbetreibenden mit ihrem Stadtteil zu stärken und Eigenaktivitäten in Marxloh zu fördern. Letzteres ist insofern bedeutendes Ziel, als die EGM – da zeitlich begrenzt finanziert – vorerst nur bis 1999 im Stadtteil wirken wird.

Die hier tätigen Wirtschaftsfachleute bieten den BewohnerInnen und Unternehmen praktische Unterstützung zu allen Fragen des Wirtschaftslebens in Marxloh an. Sie

* helfen einzelnen Gewerbetreibenden bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und klären Standortfragen,
* regen Existenzgründungsvorhaben an, überprüfen Konzepte und zeigen Finanzierungswege auf,
* mobilisieren Gewerbeflächen und Räumlichkeiten für interessierte NutzerInnen,
* entwickeln Ideen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtteil,
* organisieren Kooperation/Austausch zwischen ausländischen und deutschen Gewerbetreibenden,
* beschaffen Daten, vermitteln AnsprechpartnerInnen und geben Wissen weiter.

Die Eingliederung des BfW in die Entwicklungsgesellschaft trägt dem internen interdisziplinären Projektansatz in dem Sinne Rechnung, daß insbesondere die Zusammenarbeit mit dem baulich orientierten Bereich sowie den Aktivitäten der Stadterneuerung gewährleistet ist. So wurde gemeinsam ein Förderprogramm für Marxloh entwickelt, mit dem Hauseigentümer oder Mieter Fassaden gewerblicher Einrichtungen renovieren und modernisieren können. Darüber hinaus erfolgt eine punktuelle Zusammenarbeit mit dem Stadtteilprojekt z.B. im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und Existenzgründungsseminare für Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Projektes. In vielen Fragen arbeite die EGM eng mit projektexternen Institutionen auf Duisburger und auf Stadtteilebene zusammen (zum Beispiel gemeinsame Projekte in Schulen mit sozialen Trägern des Stadtteils, mit dem örtlichen Arbeitsamt, mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Sachen Gewerbeflächenmobilisierung).

Stärkung der »lokalen Ökonomie« als theoretischer Anspruch

Auf Anregungen aus dem wissenschaftlichen Raum sowie der Internationalen Bauausstellung Emscherpark und praktischer Projekte der Lokalökonomie im In- und Ausland entstand ein mit allen wirtschaftsrelevanten Duisburger Institutionen abgestimmtes Konzept für das BfW. Anlaß dafür war, zum einen die zukünftige Aufgaben- und Zielstellung der Arbeit klar zu formulieren sowie Schnittstellen und Abgrenzungen zu den bereits von anderen Institutionen wahrgenommenen Aufgaben herauszustellen. Auf dieser Grundlage werteten alle einschlägigen, wirtschaftsrelevanten Duisburger Institutionen die Arbeit des BfW als positiv.

Die Aktivitäten der lokalen Wirtschaftsentwicklung stützen sich auf das Prinzip »Hilfe zur Selbsthilfe«. Das Büro will Anschubhilfe leisten für eine eigenständige, stadtteilbezogene Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung durch Eigeninitiative und Selbsthilfe. Dabei ist das Konzept kein »Papier, das im Laufe der Jahre abzuarbeiten« ist. Es ist prozeßhaft angelegt in dem Sinne, daß konkrete, auf den Stadtteil bezogene Vorhaben geschildert werden, die Arbeit sich jedoch auch an den aktuellen Problemlagen und bereits initiierten Aktivitäten im Stadtteil orientiert. Das Konzept hat somit den Charakter eines Leitfadens. Die wesentlichen Aufgabenfelder der lokalen Wirtschaftsentwicklung in Marxloh können – belegt mit konkreten Vorhaben – hier wie folgt beschrieben werden (dabei stellt die Reihenfolge der Auflistung keine zeitliche Rangfolge dar):

- Bestandsaufnahme im Stadtteil
- Informationssammlung und Erfahrungsaustausch
- Beratung, Wissensvermittlung, Qualifizierung
- Anlaufstelle im Stadtteil (Kontaktpflege, Vermittlung und Integration)
- Interessenvertretung des Stadtteils nach außen
- Ideenkonzepte und Projektentwicklung
- Gewerbeflächenmobilisierung

Alle Aktivitäten sind vorrangig darauf gerichtet, den historischen Bezugspunkten des Stadtteils durch Revitalisierung des Gewerbes eine neue Bedeutung zu verleihen.

BewohnerInnen an der Entwicklung beteiligen

Die Beteiligung der BewohnerInnen und lokalen Akteure an der Entwicklung und Gestaltung ihres Stadtteils ist eines der obersten Ziele des Gesamtprojektes Marxloh. Konfrontiert wird dieses Ziel mit der Tatsache, daß BewohnerInnen nach jahrzehntelangem Entwicklungsstillstand in Marxloh entweder

* innerlich schon aus dem Stadtteil weggezogen sind,
* statt konstruktiv mitzuarbeiten, erstmal ihren Ärger loswerden müssen,
* nicht glauben können, daß jetzt etwas passieren soll oder
* sich mit den Verhältnissen vor Ort abgefunden haben.

Es stellt sich hier eine der schwierigen Fragen: Wie kann die Bevölkerung in die Arbeit miteinbezogen werden, wie wird ihnen die Sinnhaftigkeit ihrer Mitwirkung bewußt? Das BfW bemüht sich, die Aufgaben des Sich-selbst-Bekanntmachens, der Informationssammlung, der Motivation zum eigenen Handeln in seiner Arbeit zu verknüpfen. So können notwendige Untersuchungen zur Verbesserung der Daten- und Wissensbasis im Stadtteil im Sinne der Bürgerbeteiligung mehrfachen Nutzen aufweisen:

Im Rahmen des Planungsprozesses zur Umgestaltung der Marxloher Hauptstraße präsentierte und erläuterte das BfW die *Planungsvorschläge* des Stadtplanungsamtes Duisburg über einen Zeitraum von vier Wochen in seinem Ladenlokal. Die Bewohner/innen nutzten die Gelegenheit, die Vorschläge zu sichten, sich Erläuterungen einzuholen und auf einer Wandzeitung ihre Meinungen direkt zu Papier zu bringen. Das Ergebnis waren zahlreiche Anmerkungen, eine ungewohnt große Beteiligung an einer abschließenden Bürgerversammlung und mehrere schriftliche Stellungnahmen zu den Planungen durch Interessenvertretungen (Einzelhandel, Fahrradinitiativen, Haus- und Grundeigentümer). Einzelne BürgerInnen konnten so als engagierte Akteure für Marxloh identifiziert werden.

Eine *Untersuchung zur Situation der Selbständigen* im Stadtteil wurde anhand persönlicher Interviews mit Geschäftsleuten durchgeführt. Die studentischen InterviewerInnen wohnen im Stadtteil, so daß eine stärkere Identifikation mit dem Frageinhalt gesichert wurde und eine erhöhte Sensibilisierung für den Stadtteil erfolgte. Die Selbständigen wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die EGM ihnen Hilfestellungen im Einzelfall anbietet. Dieses Angebot wurde durch einzelne Unternehmen anschließend nachgefragt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden im Schaufenster des Ladenlokals anschließend vorgestellt.

1997 erhob eine *Haushalts- und Passantenbefragung* die Bedürfnislage der Marxloher BürgerInnen. Auch diese Untersuchung hatte das Ziel, durch eine problemangepaßte Auswahl der Erhebungsmethoden (zum Beispiel intensive Straßengespräche durch professionelle Kräfte) die BürgerInnen weitestgehend an der Zukunftsgestaltung des Stadtteils zu beteiligen.

Im Sinne der Wirtschaftsentwicklung im Stadtteil kann schon »der Weg das Ziel« sein, nämlich die Art und Weise wie die Bevölkerung – wenn auch nur einzelfallbezogen – in die städtisch organisierte Entwicklungsarbeit einbezogen wird. Der Einzelfallbezug macht auch heute noch einen großen Anteil der EGM-Arbeit aus und hat sehr stark den Sinn einer »vertrauensbildenden Maßnahme«.

Kooperation fördern

Um sich langfristig aus der Einzelfallorientierung zu lösen wird es erforderlich sein, die Gewerbetreibenden des Stadtteils untereinander stärker zu vernetzen. Die EGM hat die Kooperationsförderung in mehrfacher Hinsicht aufgegriffen.

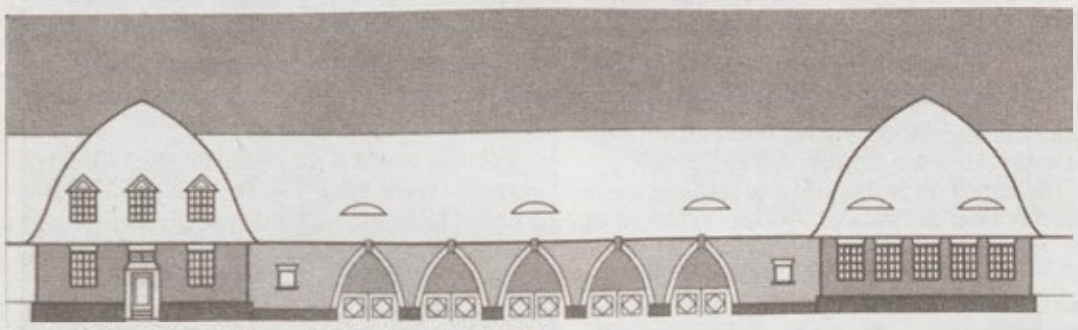
Ein von der EGM verfolgtes wesentliches Kooperationsziel ist die *Zusammenarbeit deutscher und türkischer Einzelhändler*. Mittlerweile ist es gelungen, durch intensive Gespräche einen Kreis türkischer Geschäftsleute im Stadtteil für dieses Ziel zu interessieren. Ein erster Schritt – die Gründung eines Vereins türkischer Geschäftsleute aus Duisburg und Umgebung – wurde getan. Auch dem praktischen Ziel sind die Händler in Marxloh ein Stück näher gekommen: der erste verkaufsoffene Sonntag im Stadtteil wurde etwa zur Hälfte von deutschen und türkischen Geschäftsleuten getragen.

Im Bereich möglicher deutsch-türkischer Kooperationen sind weitere Modelle denkbar, an denen die EGM arbeitet. In Anbetracht der massiven Schwierigkeiten oft überalterter und zu großer Einzelhandelsgeschäfte bietet es sich an, Kooperationen mit jungen türkischen Existenzgründern einzugehen. Die Vorteile sind einerseits die Ansprache eines breiteren Kundenkreises sowie Aspekte der Kostensenkung. Andererseits profitieren die Neueinsteiger vom Standort, den alten Kunden bzw. Know-how der »alten Hasen«. Sind keine potentiellen Interessenten für solcherart Kooperationen sichtbar, arbeitet die EGM eng mit dem örtlichen Arbeitsamt auf dem Gebiet Personalakquisition und Fördermöglichkeiten nach dem Arbeitsförderungsgesetz zusammen. Die Fördermittelberatung für Gründungsinvestitionen übernimmt wieder die EGM. Ein Beispiel für die Institutionen-Kooperation im Stadtteil. ●

Kontakt: Anke Gorres, Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh GmbH (EGM) Diesterwegstr. 44, D-47169 Duisburg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.



Schwelgern-Stadion. Sitz der Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh mbH (EGM)

DUISBURG-MARXLOH:

Quartiersentwicklung

Strategien der Wirtschaftsentwicklung

Seit etwa Mitte der 80er Jahre ist die Stadt Duisburg bemüht, die strukturellen Defizite des Stadtteils Marxloh abzubauen und den negativen Trends der Stadtentwicklung entgegenzutreten. Verschiedene Sachprogramme im Bereich Stadterneuerung wurden geschaffen, ein Umweltentlastungskonzept ins Leben gerufen und das »Sonderprogramm Hamborn/ Marxloh« aufgelegt. Im Mai 1993 beschloß der Rat der Stadt Duisburg in Rahmen der »Duisburger-Konferenz«, in Marxloh neue Wege der Stadterneuerung zu gehen.

Von Anke Gorres, Duisburg ● Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung dieses Zieles war die Einrichtung des »Projekts Marxloh«. Dieses gliedert sich in zwei Teile:

- Das *»Stadtteilprojekt Marxloh«*, das Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger/innen sowohl in sozialen als auch in gewerblichen Berufen durchführt.
- Die *»Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh mbH«* (EGM), die als Sanierungsträger im Auftrag der Stadt im baulichen Bereich tätig ist und seit Anfang 1996 die stadtteilbezogene Wirtschaftsentwicklung abdeckt.

Insbesondere im Bereich der Stadterneuerung arbeiten das Stadtteilprojekt und die EGM eng zusammen: Die durch die Architekten der EGM geplanten Baumaßnahmen werden weitestgehend durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stadtteilprojektes ausgeführt.

Lokale Wirtschaftsentwicklung

Im Laufe der Arbeit vor Ort wurde deutlich, daß die begonnenen Maßnahmen insbesondere durch den verfolgten »ganzheitlichen Ansatz« erfolgversprechend und wegweisend sind, jedoch alleine nicht ausreichten, die zu verzeichnenden negativen Entwicklungen des Stadtteils – insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht – zu beenden. Im Rahmen der durch das Land Nordrhein-Westfalen erfolgten Anmeldung des »operationellen Programmes für den Stadtteil Duisburg-Marxloh« zur Förderung durch die »Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union für städtische Gebiete URBAN« konnte das integrative Konzept um das Handlungsfeld *»Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten«* erweitert werden. Die Aufgabenstellung der EGM wurde dementsprechend Anfang des Jahres 1996 um die stadtteilbezogene Wirtschaftsentwicklung erweitert und ein *Büro für Wirtschaftsentwicklung* (BfW) als eine Abteilung der EGM eingerichtet. Dieses Büro hat seine Tätigkeit in einem Ladenlokal an einem zentralen Standort des Stadtteils aufgenommen.

Ziel dieser »Anlaufstelle« der EGM ist es, die Beschäftigungs- und Versorgungssituation in Marxloh zu verbessern, Abwanderungen und Kaufkraftabflüsse zu stoppen, die Identifikation von BewohnerInnen und Gewerbetreibenden mit ihrem Stadtteil zu stärken und Eigenaktivitäten in Marxloh zu fördern. Letzteres ist insofern bedeutendes Ziel, als die EGM – da zeitlich begrenzt finanziert – vorerst nur bis 1999 im Stadtteil wirken wird.

Die hier tätigen Wirtschaftsfachleute bieten den BewohnerInnen und Unternehmen praktische Unterstützung zu allen Fragen des Wirtschaftslebens in Marxloh an. Sie

* helfen einzelnen Gewerbetreibenden bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und klären Standortfragen,
* regen Existenzgründungsvorhaben an, überprüfen Konzepte und zeigen Finanzierungswege auf,
* mobilisieren Gewerbeflächen und Räumlichkeiten für interessierte NutzerInnen,
* entwickeln Ideen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtteil,
* organisieren Kooperation/Austausch zwischen ausländischen und deutschen Gewerbetreibenden,
* beschaffen Daten, vermitteln AnsprechpartnerInnen und geben Wissen weiter.

Die Eingliederung des BfW in die Entwicklungsgesellschaft trägt dem internen interdisziplinären Projektansatz in dem Sinne Rechnung, daß insbesondere die Zusammenarbeit mit dem baulich orientierten Bereich sowie den Aktivitäten der Stadterneuerung gewährleistet ist. So wurde gemeinsam ein Förderprogramm für Marxloh entwickelt, mit dem Hauseigentümer oder Mieter Fassaden gewerblicher Einrichtungen renovieren und modernisieren können. Darüber hinaus erfolgt eine punktuelle Zusammenarbeit mit dem Stadtteilprojekt z.B. im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und Existenzgründungsseminare für Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Projektes. In vielen Fragen arbeite die EGM eng mit projektexternen Institutionen auf Duisburger und auf Stadtteilebene zusammen (zum Beispiel gemeinsame Projekte in Schulen mit sozialen Trägern des Stadtteils, mit dem örtlichen Arbeitsamt, mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Sachen Gewerbeflächenmobilisierung).

Stärkung der »lokalen Ökonomie« als theoretischer Anspruch

Auf Anregungen aus dem wissenschaftlichen Raum sowie der Internationalen Bauausstellung Emscherpark und praktischer Projekte der Lokalökonomie im In- und Ausland entstand ein mit allen wirtschaftsrelevanten Duisburger Institutionen abgestimmtes Konzept für das BfW. Anlaß dafür war, zum einen die zukünftige Aufgaben- und Zielstellung der Arbeit klar zu formulieren sowie Schnittstellen und Abgrenzungen zu den bereits von anderen Institutionen wahrgenommenen Aufgaben herauszustellen. Auf dieser Grundlage werteten alle einschlägigen, wirtschaftsrelevanten Duisburger Institutionen die Arbeit des BfW als positiv.

Die Aktivitäten der lokalen Wirtschaftsentwicklung stützen sich auf das Prinzip »Hilfe zur Selbsthilfe«. Das Büro will Anschubhilfe leisten für eine eigenständige, stadtteilbezogene Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung durch Eigeninitiative und Selbsthilfe. Dabei ist das Konzept kein »Papier, das im Laufe der Jahre abzuarbeiten« ist. Es ist prozeßhaft angelegt in dem Sinne, daß konkrete, auf den Stadtteil bezogene Vorhaben geschildert werden, die Arbeit sich jedoch auch an den aktuellen Problemlagen und bereits initiierten Aktivitäten im Stadtteil orientiert. Das Konzept hat somit den Charakter eines Leitfadens. Die wesentlichen Aufgabenfelder der lokalen Wirtschaftsentwicklung in Marxloh können – belegt mit konkreten Vorhaben – hier wie folgt beschrieben werden (dabei stellt die Reihenfolge der Auflistung keine zeitliche Rangfolge dar):

- Bestandsaufnahme im Stadtteil
- Informationssammlung und Erfahrungsaustausch
- Beratung, Wissensvermittlung, Qualifizierung
- Anlaufstelle im Stadtteil (Kontaktpflege, Vermittlung und Integration)
- Interessenvertretung des Stadtteils nach außen
- Ideenkonzepte und Projektentwicklung
- Gewerbeflächenmobilisierung

Alle Aktivitäten sind vorrangig darauf gerichtet, den historischen Bezugspunkten des Stadtteils durch Revitalisierung des Gewerbes eine neue Bedeutung zu verleihen.

BewohnerInnen an der Entwicklung beteiligen

Die Beteiligung der BewohnerInnen und lokalen Akteure an der Entwicklung und Gestaltung ihres Stadtteils ist eines der obersten Ziele des Gesamtprojektes Marxloh. Konfrontiert wird dieses Ziel mit der Tatsache, daß BewohnerInnen nach jahrzehntelangem Entwicklungsstillstand in Marxloh entweder

* innerlich schon aus dem Stadtteil weggezogen sind,
* statt konstruktiv mitzuarbeiten, erstmal ihren Ärger loswerden müssen,
* nicht glauben können, daß jetzt etwas passieren soll oder
* sich mit den Verhältnissen vor Ort abgefunden haben.

Es stellt sich hier eine der schwierigen Fragen: Wie kann die Bevölkerung in die Arbeit miteinbezogen werden, wie wird ihnen die Sinnhaftigkeit ihrer Mitwirkung bewußt? Das BfW bemüht sich, die Aufgaben des Sich-selbst-Bekanntmachens, der Informationssammlung, der Motivation zum eigenen Handeln in seiner Arbeit zu verknüpfen. So können notwendige Untersuchungen zur Verbesserung der Daten- und Wissensbasis im Stadtteil im Sinne der Bürgerbeteiligung mehrfachen Nutzen aufweisen:

Im Rahmen des Planungsprozesses zur Umgestaltung der Marxloher Hauptstraße präsentierte und erläuterte das BfW die *Planungsvorschläge* des Stadtplanungsamtes Duisburg über einen Zeitraum von vier Wochen in seinem Ladenlokal. Die Bewohner/innen nutzten die Gelegenheit, die Vorschläge zu sichten, sich Erläuterungen einzuholen und auf einer Wandzeitung ihre Meinungen direkt zu Papier zu bringen. Das Ergebnis waren zahlreiche Anmerkungen, eine ungewohnt große Beteiligung an einer abschließenden Bürgerversammlung und mehrere schriftliche Stellungnahmen zu den Planungen durch Interessenvertretungen (Einzelhandel, Fahrradinitiativen, Haus- und Grundeigentümer). Einzelne BürgerInnen konnten so als engagierte Akteure für Marxloh identifiziert werden.

Eine *Untersuchung zur Situation der Selbständigen* im Stadtteil wurde anhand persönlicher Interviews mit Geschäftsleuten durchgeführt. Die studentischen InterviewerInnen wohnen im Stadtteil, so daß eine stärkere Identifikation mit dem Frageinhalt gesichert wurde und eine erhöhte Sensibilisierung für den Stadtteil erfolgte. Die Selbständigen wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die EGM ihnen Hilfestellungen im Einzelfall anbietet. Dieses Angebot wurde durch einzelne Unternehmen anschließend nachgefragt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden im Schaufenster des Ladenlokals anschließend vorgestellt.

1997 erhob eine *Haushalts- und Passantenbefragung* die Bedürfnislage der Marxloher BürgerInnen. Auch diese Untersuchung hatte das Ziel, durch eine problemangepaßte Auswahl der Erhebungsmethoden (zum Beispiel intensive Straßengespräche durch professionelle Kräfte) die BürgerInnen weitestgehend an der Zukunftsgestaltung des Stadtteils zu beteiligen.

Im Sinne der Wirtschaftsentwicklung im Stadtteil kann schon »der Weg das Ziel« sein, nämlich die Art und Weise wie die Bevölkerung – wenn auch nur einzelfallbezogen – in die städtisch organisierte Entwicklungsarbeit einbezogen wird. Der Einzelfallbezug macht auch heute noch einen großen Anteil der EGM-Arbeit aus und hat sehr stark den Sinn einer »vertrauensbildenden Maßnahme«.

Kooperation fördern

Um sich langfristig aus der Einzelfallorientierung zu lösen wird es erforderlich sein, die Gewerbetreibenden des Stadtteils untereinander stärker zu vernetzen. Die EGM hat die Kooperationsförderung in mehrfacher Hinsicht aufgegriffen.

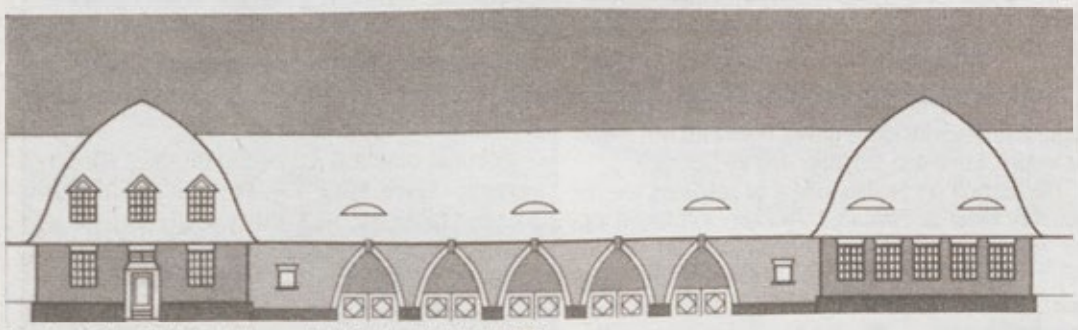
Ein von der EGM verfolgtes wesentliches Kooperationsziel ist die *Zusammenarbeit deutscher und türkischer Einzelhändler*. Mittlerweile ist es gelungen, durch intensive Gespräche einen Kreis türkischer Geschäftsleute im Stadtteil für dieses Ziel zu interessieren. Ein erster Schritt – die Gründung eines Vereins türkischer Geschäftsleute aus Duisburg und Umgebung – wurde getan. Auch dem praktischen Ziel sind die Händler in Marxloh ein Stück näher gekommen: der erste verkaufsoffene Sonntag im Stadtteil wurde etwa zur Hälfte von deutschen und türkischen Geschäftsleuten getragen.

Im Bereich möglicher deutsch-türkischer Kooperationen sind weitere Modelle denkbar, an denen die EGM arbeitet. In Anbetracht der massiven Schwierigkeiten oft überalterter und zu großer Einzelhandelsgeschäfte bietet es sich an, Kooperationen mit jungen türkischen Existenzgründern einzugehen. Die Vorteile sind einerseits die Ansprache eines breiteren Kundenkreises sowie Aspekte der Kostensenkung. Andererseits profitieren die Neueinsteiger vom Standort, den alten Kunden bzw. Know-how der »alten Hasen«. Sind keine potentiellen Interessenten für solcherart Kooperationen sichtbar, arbeitet die EGM eng mit dem örtlichen Arbeitsamt auf dem Gebiet Personalakquisition und Fördermöglichkeiten nach dem Arbeitsförderungsgesetz zusammen. Die Fördermittelberatung für Gründungsinvestitionen übernimmt wieder die EGM. Ein Beispiel für die Institutionen-Kooperation im Stadtteil. ●

Kontakt: Anke Gorres, Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh GmbH (EGM) Diesterwegstr. 44, D-47169 Duisburg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.



Schwelgern-Stadion. Sitz der Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh mbH (EGM)

BERLIN:

Quartiersentwicklung

Immigration und Stadtteilentwicklung

Die Lebenslagen von ImmigrantInnen in deutschen Städten sind vielfach beschrieben worden. Auch aktuelle Analysen stellen ihre Situation auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten als weiterhin mehrheitlich marginalisiert, diskriminiert, unterbezahlt dar. Die Stadtteile, in denen Einwanderer konzentriert wohnen – die gründerzeitlichen Altbauquartiere sowie die Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus – sind trotz »behutsamer Erneuerung« und »Nachbesserung« weiter unterversorgt mit sozialer Infrastruktur, Freiflächen und vor allem mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die Bewohner.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Jürg Schwarz, Berlin ● Anfang der 80er Jahre wiesen erstmals in Deutschland soziologische Studien auf die Bedeutung dieser Quartiere für die »Integration« der ethnischen Minderheiten hin, welche aller Erfahrung nach über Generationen hinweg verläuft, und für die die Entfaltung einer eigenen, gebietsbezogenen Ökonomie ein wesentlicher Baustein ist. In der ethnischen Ökonomie drückt sich der Wille von ImmigrantInnen zu Selbständigkeit und Erfolg aus, sie schafft Brücken in das deutsche Sozialsystem und für soziale Interaktionen. Die türkischen Bäckereien und Gemüseläden, die arabischen und indischen Imbisse haben längst die deutschen Tante-Emma-Läden ersetzt und dazu beigetragen, Wohngebiete lebendig zu halten.

Auf Quartiersebene entfalten sich auch die sozialen Netzwerke von gegenseitiger Hilfe, Information und Solidarität. Sie bewirken das spannungsarme Einleben zunächst in die eigene, die Einwanderergesellschaft und die allmähliche Annäherung an die Kultur der Mehrheitsgesellschaft. Daß die Bedeutung dieser alltäglichen Netze gegenüber aktuellen Bildungen von fundamentalistisch-religiösen oder nationalistischen Gruppen weit überwiegt, sollte nicht übersehen werden.

Ebensowenig dürfen die Ursachen für das Zunehmen sozialer Probleme in den beschriebenen Stadtteilen aus dem Blick geraten. Diese sind primär dem Verlust industriell-gewerblicher Arbeits- und Ausbildungsplätze geschuldet, der mit Modernisierung und Rationalisierung der Wirtschaft einhergeht. Die Modernisierungsverlierer und Ausgegrenzten finden sich von der Arbeitswelt ausgeschlossen in den Wohngebieten wieder als von Transferzahlungen in Form von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und Wohngeld Abhängige. Sinkende Kaufkraft und die Expansion von Selbstbedienungsmärkten setzen zunehmend auch den lokalen Einzelhandel unter Druck. In den Stadtteilen schlagen sich zudem die Folgen einer einseitig an Eigentümerinteressen orientierten Gesetzgebung in den Bereichen bauliche Erneuerung und Mieten nieder.

Einerseits gewinnt nun eine restriktive Ordnungs- und Sicherheitspoltik in den Städten an Boden. Verbunden mit Kürzungen der Transfers (Stichwort Asylbewerberleistungsgesetz) drängt sie die Bewohner weiter in die Marginalität, engt ihre Spielräume ein. Sie hat keine Perspektive, aber durchaus Konjunktur.

Als Alternative steht eine sozial orientierte Stadtpolitik hat als eine Komponente die Verbesserung der Lebensqualität in den Innenstadtquartieren, verbunden mit einer Stärkung der Selbsthilfepotentiale und der Selbstartikulation der Bewohner. Da der Anteil von Bewohnern mit nichtdeutschem Hintergrund dort Anteile von 20 bis über 50% erreicht, punktuell auch 80%, und da Migranten eigene Probleme wie auch Ressourcen haben, ist besonders nach ihrer Einbeziehung zu fragen.

Das Forschungsprojekt »Immigration und Stadtteilentwicklung in Berlin-Wedding« widmet sich diesen Fragen, bezogen auf ein solches Einwanderungsquartier. Vorläufig ergeben sich als Thesen:

Es sind viel zuwenige Angehörige ethnisch-kultureller Minderheiten im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, um ihre Interessen in Parlamenten und in Stadtteilgremien hörbar werden zu lassen. Zudem verfügt die Hälfte der Bevölkerung ohne deutschen Paß über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus. Rund 15% der »Ausländer« sind bereits in Deutschland geboren.

Aber auch künftig soll nach dem Willen der politischen Mehrheit die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft und die mit ihr verbundenen Rechte und Pflichten der Schlußpunkt einer einseitigen Anpassung an deutsche Lebensweisen sein. Solange dieses Signal besteht, kann von Einwanderern kaum erwartet werden, daß sie sich an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen.

Erhöhte Investitionen in den Bildungsbereich, v.a. beim Spracherwerb und der Förderung von Schulabschlüssen, sind eine Voraussetzung für bessere Kommunikation über alle öffentlichen Anliegen.

Die Förderung der Unternehmertätigkeit von ImmigrantInnen ist in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden integrierter Bestandteil von Stadtteilentwicklung. In Deutschland wird ihr durch Politk und Wirtschaftsverbände noch immer zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Beteiligungsangebot, das auch für die deutsche Bevölkerung oft zu abstrakt ist, sollte konkreter werden, und mit lebensnahen, niedrigschwelligen Verfahren auf die Erneuerung oder Entwicklung der Wohnung, des Hauses und seines Umfeldes bezogen werden. Ein Verfahren ist die Planungswerkstatt, welche die Lösungsfindung anhand eines Modells des Quartiers beginnt. Es wird öffentlich präsentiert und steht für spielerische Veränderungen zur Verfügung.

Inhaltlich wünschen die Bewohner mit nichtdeutschem Hintergrund angemessene Mieten für maßvoll modernisierte Wohnungen, mehr Grün- und Freiflächen, soziale Infrastruktur und Verkehrsberuhigung, häufig auch Nutzgärten und wohnungsnahe Wirtschaftsräume. Wo letztere Wünsche umgesetzt werden, setzt oft eine intensive Nutzung ein, eine haushaltsbezogene, mitunter auch eine erwerbsbezogene Reproduktion.

Daß »planning for real« auch in großem Umfang und mit dem erklärten Ziel ökonomischer Selbsthilfe funktioniert, haben Immigrantenorganisationen in den vergangenen Jahren im Londoner Stadtteil Spitalfields gezeigt. Gemeinschaftlich fanden sie Konsens mit den öffentlichen Institutionen, wo die Grenzen zwischen Dienstleistungscity und Quartier verlaufen sollten, wo Grundstücke gekauft werden konnten. Die Flächen werden nun für Wohnungs- und Gewerbebau im Sinne der »community« entwickelt.●

Kontakt:
Forschungsprojekt »Immigration und Stadtteilentwicklung in Berlin-Wedding«, c/o Jürg Schwarz, Fakultätsinstitut Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, D-10999 Berlin

Jürg Schwarz, Stadt- und Regionalplaner, bearbeitet das Forschungsprojekt »Immigration und Stadtteilentwicklung in Berlin-Wedding«, unter Leitung von Prof. Dr. Hartmut Häußermann. Ein Abschlußbericht ist für 1999 zur Veröffentlichung vorgesehen.

MOLKEREI ALS INITIATIVPROJEKT GESTORBEN

Die Entscheidung

Am 16. April sitzen zwei Vertreter des Vereins »Künstlerhaus Alte Molkerei Sottrum e.V. in Gründung« in unserem Redaktionsbüro, erläutern ihre Ideen, die sie mit der ehemaligen Sottrumer Molkerei (Nähe Bremen) haben und erklären ihre Kaufabsichten. Zwei Tage später sitze ich einem von beiden erneut gegenüber. »Es sieht schlecht aus,« sagt Hanswerner Kirschmann vom Verein dann zu mir.

Von Götz Paschen, Redaktion Bremen ● 16. April: »Wenn man so etwas macht, kann man nur positiv denken. Wenn es baden geht, haben wir eben Pech gehabt,« meinte Karsten Vögele von der Initiative. Seit Januar gibt es die Bestrebungen, den Verein zu installieren. Das Amtsgericht Rotenburg hat ihn bereits als gemeinnützig anerkannt. Primäres Ziel ist, die Molkerei über den Verein zu kaufen und dort Wohnen, Arbeiten und Kultur unter ein Dach zu bringen: Atelierplätze, Übungsräume, Kulturveranstaltungen wie Theater und Galerie, Cafébetrieb ... Aktuell gibt es dort zwei Wohngemeinschaften mit zusammen zehn Leuten, drei Bildhauerateliers, ein Malerateliер, einen Videokünstler, einen Musiker, die Werkstatt für Korbflechterei und die Kühl-und Lagerräume des Bioladens Ökomarkt.

Finanzierung ungeklärt

Am 7. April hat der Verein dem Eigentümer ein Kaufangebot unterbreitet. Eigentümer ist nach wie vor die Bäuerliche Gemeinschaftsmolkerei GmbH & Co. KG. Der Korbflechter Herr Kirschmann: »Die Bauern wollen das Kaufangebot auf Höhe und Solvenz prüfen.« Der Verein trifft sich meist Dienstags um 20 Uhr in der Molkerei. Bei diesen Treffen wurde auch gerechnet. Die jährlichen Mieteinnahmen aus dem gesamten Molkereikomplex schätzen die Kaufinteressierten auf 70.000,– DM. Damit wäre eine Finanzierung möglich. Bei konkreter Frage nach dem Finanzierungsmodell und Zahlen antwortet Karsten Vögele humorvoll: »Wir haben alle schon so dicke Sparstrümpfe!« Gedacht sei an GLS-Bank-Bürgschaftskredite und entsprechendes. Hanswerner Kirschmann erläutert, daß aktuell nur eine Anzahlung möglich wäre, und es ein halbes Jahr dauern würde, bis die Finanzierung komplett geklärt sei. Neben der Initiative sind noch weitere Kaufinteressierte im Rennen. Die zentralen Unterschiede zwischen den Bewerbern sieht Hanswerner Kirschmann im vorhandenen oder fehlenden Bewohnerstatus, den unterschiedlichen Nutzungsabsichten und der Solvenz der Käufer.

Zwei Tage später sieht es so aus, daß die Entscheidung bereits gefallen ist. Herr Kirschmann: »Die Verhandlungen mit dem anderen Kaufinteressenten sind weiter als wir dachten. Es wird beispielsweise bereits geklärt, wer die Kosten für die Altlasten übernehmen soll.« Genau ein Jahr nach dem letzten Produktionstag der Molkerei scheint alles entschieden. Obwohl sich am Vortag die Hamburger Geldberatungsgenossenschaft Trion e.G., die viele Initiativen und Projekte finanziert und von dem Verein ad hoc um Hilfe gebeten wurde, noch bei den Bauern für die Gruppe einsetzte, scheint nichts mehr möglich zu sein. Während im November letzten Jahres noch die Rede davon war, daß die Initiative ein Jahr Zeit habe, sich zu formieren und ihre Finanzierung auf die Beine zu stellen, sind die Würfel nun bereits vorher gefallen. Hanswerner Kirschmann: »Die Bauern hatten gesagt, wir hätten ein Jahr Zeit zur Gruppenbildung und Konkretisierung unseres Kaufinteresses.«

Aus der Traum

Die aktuellen Mietverträge, die geschlossen wurden, sind befristet bis Ende Dezember 1998. Dann ist der Traum wohl aus vom Künstlerhaus in diesem Gebäude, und die Gruppe muß sich nach einem anderen umtun. Die Befürchtung, die Hanswerner Kirschmann am 16.4. aus einer Broschüre zitierte, scheint sich zwei Tage später zu bestätigen: »Künstler und Kreative werden wieder einmal nur als Zwischennutzer für Immobilien in unklaren Eigentumssituationen benutzt.« Die Ursache für den erfolglosen Verlauf der Verhandlungen sieht er klar: »Wir hatten als Gruppe noch keine gemeinsame Struktur und sind gestoßen auf die Bauern, die auch keine hatten.«●

Anzeige

In der Türkei sind über 3500 kurdische Dörfer zerstört, 37000 Menschen sind getötet worden. Die türkische NATO-Armee führt einen Krieg gegen die um Selbstbestimmung kämpfenden KurdInnen - auch mit deutschen Waffen. Vier Millionen KurdInnen sind, ihrer Existenzgrundlagen beraubt, auf der Flucht. Allein in der BRD leben eine halbe Million kurdischer Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Viele sind von Abschiebungen bedroht. Sie müssen als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden und ein Aufenthaltsrecht erhalten. Der Kurdistankonflikt muß politisch gelöst werden.

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

AKTION 3.WELT Saar, Postfach 1133, 66674 Losheim

Plakate DIN A 2, 2-farbig (0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse zzgl. Porto: (bis 50 Ex. 6,90 DM, ab 50 Ex. 10 DM)
Kto. Nr:15967660, BLZ: 590 100 66 (Postbank Saarbrücken)

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFTEN

Strategie der Marktnische oder praktische Herrschaftskritik?

Um die Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft aufzuhalten und um die Versorgung mit qualitativ hochwertigen, weitgehend naturbelassenen und preiswerten Nahrungsmitteln zu sichern, wurden in den siebziger und achtziger Jahren Zusammenschlüsse von (städtischen) Verbrauchern und (Klein-) Bauern gegründet. Ihr Ziel ist, die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte stärker zu etablierten. Sie verstehen sich dabei als ökologische Entwicklungsprojekte, die sowohl bei der Produktion als auch beim Konsum die gegenwärtig herrschende Ausbeutungswirtschaft von Natur und Menschen beenden wollen.

Christoph Gesang, Red. Genossenschaften ● Die ersten EVGs entstanden in der BRD um 1980. Ihre heutige Zahl im Bundesgebiet läßt sich schwer schätzen. Denn nirgendwo sie sind systematisch registriert. Ihre Mitgliederzahlen reichen von zehn bis weit über hundert. Entsprechend unterschiedlich sind auch ihre Organisationsformen. EVGs variieren von lockeren Einkaufsgemeinschaften mit einem Patenhof bis hin zu gut durchstrukturierten Genossenschaften. Werden auch die Kleingruppen ohne besondere Rechtsform hinzuzählt, beträgt die Anzahl sicherlich viele hundert, werden nur die als Vereine oder Genossenschaften eingetragenen EVGs gerechnet, so reichen vermutlich einige Zehner aus.

Die Direktvermarktung bietet für die an einem EVG-Modell beteiligten Höfe die Möglichkeit, einen großen Teil der Wertschöpfung aus Verkauf und teilweise auch Weiterverarbeitung ihrer Produkte selbst zu realisieren. Dadurch entziehen sie sich teilweise den Marktbedingungen, die einen Strukturwandel in Form von »Wachse oder Weiche« aufherrschen. Den Konsumenten wiederum schafft Direktvermarktung die Möglichkeit, die Margen des Zwischenhandels bzw. der Nahrungsmittelindustrie deutlich zu mindern und an vergleichsweise preiswerte und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu gelangen.

Marktwirtschaftliche Zwänge

Der Wandel der Marktstrukturen auf dem Biomarkt vom Nachfrage- zum Angebotsmarkt wird die zukünftige Arbeit von EVGs stark beeinflussen. Marktwirtschaftliche Zwänge prägen zunehmend die Struktur auf den Biohöfen: Rationalisierung, Spezialisierung, Betriebswirtschaft kontra ideelle Zielsetzung. Gleichzeitig wachsen neue Abhängigkeiten von Lebensmittelketten. Die in den letzten Jahren verstärkte staatliche Förderung von Extensivierungsmaßnahmen oder Umstellung von Betrieben auf ökologischen Landbau und der immer stärkere Preisverfall auf dem konventionellen Agrarmarkt führen auch auf dem Biomarkt zu zunehmender Konkurrenz und Preisdruck.

Die Macht der Nahrungsmittelkonzerne wächst zusätzlich durch die tendenzielle Entmachtung der Anbauverbände. Mit der am 20. Januar 1993 in Kraft getretenen EG-Verordnung 2092/91 wurde ein E.U.-weites Gesetz geschaffen. Das stützt einerseits den Bioanbau, indem es für pflanzliche Produkte den Anbau rechtlich festlegt. Dies geschieht in relativ naher Anlehnung an die IFOAM-Richtlinien, den Richtlinen des 1972 weltweit gegründete Dachverband des ökologischen Landbaus. Somit wird definiert, was den nun geschützten Namen »Bio« tragen darf. Andererseits erlaubt sie an den renommierten Anbauverbänden aus der Pionierzeit vorbei, jedem Landwirt seine im Rahmen der EG-Verordnung angebauten Produkte als »Bio« zu bezeichnen.

Die einzelnen Erzeuger sind unter dem EG-Kennzeichen austauschbar geworden. Mit dieser »Liberalisierung« ist der Nahrungsmittelindustrie Tür und Tor geöffnet. Sie kann nun mit eigenen Markenzeichen Bioprodukte in Vertragslandwirtschaft produzieren lassen und über die großen Supermarktketten vertreiben. Die Verbandsbezeichnungen der Anbauverbände fehlen. Verarbeiter und Händler sind in ihrer Einkaufsmöglichkeit frei. Der billigste Anbieter, der die homogensten Partien liefern kann, kommt zum Zuge. Dies führt zu einem Preisverfall und einem Verdrängungswettbewerb analog der Entwicklungen in der konventionellen Landwirtschaft. Das gilt ebenfalls für die nachgelagerten Verarbeitungs- (z.B. Molkereien und Bäckereien) und Verkaufsstrukturen (Supermarkt versus Bio-Laden).

Professionelle Direktvermarktung ...

Welche Auswirkungen hat diese Tendenz nun auf EVGs? Wird die klein strukturierte Direktvermarktung der EVGs von der Entwicklung des Biomarktes einfach »überrollt«? Ist das Ziel einer großflächigen Umstellung auf ökologischen Landbau aus Umwelt- und Verbrauchergründen (bequemerer und billigerer Einkauf von Bioprodukten) höher zu werten, als die Erhaltung bäuerlicher Landwirtschaft und direkter Vermarktungswege?

Eine erste Antwort ergibt sich aus der zunehmenden Differenzierung des Marktes und dem damit verbundenen Angebot, sich in einer Nische festzusetzen. Die Grundprinzipien der EVG-Bewegung sollen konsolidiert werden. Entsprechend schreibt Antje Brink im kritische Agrarbericht 1993 »Ihre Hauptaufgaben sehen sie also auch unter den veränderten Bedingungen darin, weiterhin die kleineren Betriebe zu unterstützen und damit dem Verdrängungswettbewerb entgegenzusteuern; die eigenen Strukturen der Direktvermarktung zu erhalten und auszubauen; durch stärkere Qualifizierung und Professionalisierung ihre Stellung zu stabilisieren. (...)

Die bisher so kleine Nische der Direktvermarktung zu vergrößern und auszubauen, könnte angesichts der existenzbedrohenden EG- und Weltagrarmarktentwicklung für viele Betriebe eine sberlebensstrategie werden. Diese Strategie erscheint jedenfalls heute nicht weniger erfolgversprechend, als die Hoffnung auf kurzfristig wechselnde Beihilfeprogramme (...). Die Ausweitung der Direktvermarktung aber setzt eine wachsende Verbrauchernachfrage nach bäuerlichen und regionalen Produkten in allen Bereichen der Lebensmittelversorgung voraus. In der entsprechenden Bewußtseins- und Aufklärungsarbeit haben EVGs schon vielfältige Erfahrungen und ein an Bedeutung zunehmendes Betätigungsfeld.«

... oder konfrontativen Bewegung

Diese Beschreibung einer Nischenstrategie, in einem sich stark differenzierenden Markt (neben den kapitalkräftigen Unternehmen des agro-industriellen Komplexes) ein bewußteres Einkaufen für Konsumentinnen der Mittelschicht zu organisieren, ist eine Antwort auf die Zukunftsfähigkeit der EVG-Bewegung. Eine andere Antwort könnte in der Einbindung der EVG-Bewegung in die Debatte um die »Entmachtung des Nordens« liegen. Diese Orientierung würde an wesentlichen Punkten die Konfrontation mit dem transnational agierenden globalen Sektor suchen. Das würde die EVGs von einer nur reaktiven und die allgemeinen Verwertungs- und Herrschaftsbedingungen unangetastet lassenden Bewegung, wachsen lassen hin zu einer offensiven und konfrontativen, die sich gegen die Macht des globalen Sektors richtet.

Das von ihr dann verfolgte Leitbild der Landwirtschaft müßte eine flächendeckende, extensive und vielfältige bäuerliche Landwirtschaft sein. Konkrete Forderungen könnten sein:

- Keine Subventionierung von Großbetrieben;
- Keine Gentechnik in der Landwirtschaft;
- Stopp von Futtermittelimporten;
- Verbot von Pestiziden und Wachstumsreglern.

Eine solche Entwicklung wäre verbunden mit der wiederzubelebenden Suche nach den Entstehungsorten regionaler, widerständiger, nicht in ungebrochener Zustimmung zur Maximierungsgesellschaft verharrenden Kultur. Diese ist eng verbunden mit einer städtischen bzw. ländlichen Subsistenzorientierung und einer erneuten Politisierung der Suchenden. Die EVGs, mit ihrer impliziten Kritik an jeder Form von Agrarimperialismus und ihren Potentialen für Erzeuger und Verbraucher in einem selbstorganisierten subsistenzorientierten Markt, könnten dann Teil einer sozialen Bewegung werden, die an der »Entmachtung des Nordens« arbeitet.●

Neuerscheinung

Christoph Gesang: Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik. Die Bremer Erzeuger-Verbraucher Genossenschaft (EVG) und der regionale Diskurs, Yetipress, Bremen 1998.

EVG KERNBEISSER, BRAUNSCHWEIG

Unbezahlte Mitarbeit gehört zum Selbstverständnis

Lebensmittelkooperativen entstanden in den siebziger Jahren als Teil der Naturkostbewegung, die ihrerseits unter anderem eine Reaktion auf die Fehlentwicklungen in der konventionellen Landwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie sowie dem Nahrungsmittelhandel war. Auch die Wurzeln der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Kernbeisser reichen so weit zurück. Sie sind eng mit der über zwanzig Jahre alten Geschichte der Braunschweiger Lebensmittelkooperativen verbunden.

von Jörn Klostermeyer und Gisela Stöckmann, Red. Genossenschaften ● Neben dem Interesse am Einkauf gesunder und vollwertiger Lebensmittel gewannen bei den in den siebziger und achtziger Jahren gegründeten Lebensmittelkooperativen ökologische Aspekte zunehmend an Bedeutung. Dies betrifft besonders die Bedingungen, unter denen die Lebensmittel erzeugt und gehandelt werden. Bis heute ist außerdem ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses solcher Verbraucherzusammenschlüsse das eigenbestimmte und gemeinsame Handeln. Sie wollen so versuchen, der zugewiesenen Rolle als ohnmächtige Konsumenten ein Stück entkommen.

Auch die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Kernbeißer entstand aus Konsumentenaktivitäten heraus. Bereits 1976 gründete sich eine Braunschweiger »WG-Cooperative«, die auf verschiedene Formen der Selbsthilfe zurückgriff. Dazu gehörte unter anderem der gemeinsame Einkauf von Lebensmitteln. Sie war eine der ersten Verbraucherzusammenschlüssen für alternative Ernährung in dieser Region.

Zwei Jahre später, Anfang 1978 eröffnete eine Food Coop einen Laden im Jugendzentrum »Bambule«. Schnelles Wachstum, Bildung weiterer Coops und der Anschluß von Gruppen aus verschiedenen Stadtteilen an das gemeinsame Bestellsystem führten zu komplexeren Kooperationsstrukturen. 1980 arbeiteten bereits sechs Gruppen zusammen, die zunehmend auf Waren aus kontrollierten Anbau zurückgriffen. Vorher stammten die meisten noch aus konventionellem Anbau oder waren Reformwaren. Zwar löste sich 1982 die -Bambule-»Ur-Coop« auf, der gemeinsame Warenbezug der sieben weiter existierenden Coops über ein Kellerlager wurde aber fortgeführt und professionalisiert.

Fotos: Kernbeisser e.G.

Konfliktfeld Naturkosthandel

Im Jahre 1990 spitzen sich die bereits länger auch im regionalen Rahmen geführten Diskussionen über die Beziehungen von Food Coops zum gewerblichen Naturkost Groß- und Einzelhandel zu. Als Reaktion darauf wurde aus der Food Coop-Szene heraus am 14. Oktober 1990 die Verbraucher-Erzeuger-Genossenschaft Kernbeißer gegründet. Sie mieteten ein großes Lager an, aus dem zehn Bestellgruppen ihre Waren bezogen. Zu Beginn des Jahres 1991 wurde dann auch mit einer systematischeren Vermarktung von Frisch- und Landwaren begonnen. Die Eintragung der Genossenschaft erfolgte erst fünf Jahre nach ihrer Gründung und zwar nach Abschluß der erforderlichen umfangreichen Formalitäten am 1. Oktober 1995 in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Braunschweig.

Ein Jahr nach der Eintragung erweist sich das Projekt »Kernbeißer« als so erfolgreich, daß der erste Laden »aus allen Nähten platzt«. Hintergrund ist die große Zahl neuer Mitglieder, die vor allem durch Mund zu Mund Propaganda dazukommen. So kann am 11. Mai 1996, aufbauend auf dem Elan und Engagement alter und neuer GenossenschaftlerInnen, ein weiterer nach dem gleichen Prinzip arbeitender Laden eröffnet werden.

Direkte Handelsbeziehungen

Zu den Zielen der EVG Kernbeißer gehört das Herstellen und Entwickeln von möglichst direkten (Handels-)Beziehungen zwischen Erzeugern, Lieferanten und den Mitgliedern, die die Produkte einkaufen. Diese gehen bis hin zu Anbauabsprachen, gemeinsamen Hofbesuchen und teilweise sogar Mithilfe. Wichtig ist dabei eine größtmögliche Transparenz in Bezug auf Herkunft, Transportweg sowie der (biologischen) Qualität der angebotenen Produkten.

Mit ihrer Arbeit will die EVG möglichst viele VerbraucherInnen an die Naturkost heranführen. Konsequenterweise muß viel aktive Informationsarbeit geleistet werden. Dazu gehört der Abbau von Anonymität und Verunsicherung mittels offener Treffen (Jour Fixe) im Laden, informelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit. Durch die ehrenamtliche Mitarbeit werden günstige Mitgliederpreise ermöglicht.

Schwerpunkt Regionalität

Das Sortiment setzt sich zusammen aus regional erzeugten Frischwaren aus kontrolliert ökologischem Anbau, wie Obst und Gemüse nach Jahreszeit, Eier, sowie Milch- und Fleischprodukte aus artgerechter Tierhaltung. Direkt bezogene und regional erzeugte Produkte werden bevorzugt. Bei diesen strebt die Genossenschaft einen hohen Umsatz an, unter anderem unterstützt durch gezielte Preispolitik mit differenzierten Aufschlägen und große Präsenz.

Außerregionale Ware wird zugekauft, wenn das regionale Angebot nicht ausreicht. Vom Naturgroßhandel bezieht die EVG Ware, überwiegend Trockenprodukte, sofern sie regional nicht erhältlich sind. Ergänzt wird dieses Sortiment durch Produkte aus Ländern der 3. Welt, gehandelt zu fairen Bedingungen. Eine minimale Verpakkung der angebotenen Waren gehört ebenso zum Selbstverständnis wie der Einsatz von Mehrweg- und Pfandbehältnisse. Entsprechend gibt es einen hohen Anteil an Waren zur Selbstabfüllung.

Probemitgliedschaft möglich

Alle anfallenden Arbeiten werden ehrenamtlich und unbezahlt geleistet. Aus diesem Grund ist jedes Genossenschaftsmitglied laut Satzung verpflichtet, bestimmte Dienste zu übernehmen. Die Mitarbeit umfaßt etwa drei bis fünf Stunden im Monat. An Arbeitsfeldern gibt es gegenwärtig Ladendienste, Großhandelsgruppen, Kontaktpersonen für regionale Lieferanten, Reinigungsgruppe, Abpackgruppe, Dienste für Warenannahme, Transport, Information und Kassenwesen. Finanzielle Gewinne werden keine angestrebt. Eventuelle Überschüsse würden zur Förderung des regionalen ökologischen Landbaus einzelnen Erzeugern für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Mitglied kann jeder durch Zahlung eines oder mehrerer Genossenschaftsanteile von DM 100 werden. Dazu kommt ein jährlicher Kostendeckungsbeitrag von DM 90 der erst zum kostengünstigen Einkauf im Laden berechtigt. Eine Probemitgliedschaft ist möglich für drei Monate. In dieser Zeit muß nur der Kostendeckungsbeitrag von DM 25 bezahlt werden.●

SOMMERSEMINAR DES TAK AÖ

Alternativer Genossenschaftstag

Die Diskussion über verbesserte Bedingungen für neue Genossenschaften wird mittlerweile seit rund 20 Jahren in Deutschland geführt. Unbürokratischere Gründungsmöglichkeiten, größere Offenheit der Genossenschaftsverbände, eigenständige Rechtsform, verringerte Kostenbeiträge sind nur einige der vielfältigen Ansätze, wie das Genossenschaftswesen in Deutschland wieder einen Aufschwung erfahren könnte. Auf jeden Fall fehlt ein eigenes Forum für neue Genossenschaften, da die Treffen der traditionellen Verbände wenig Raum für interessante Themen und offene Aussprachen ermöglichen. Das Experiment mit einem alternativen Genossenschaftstag hilft zu klären, ob und wie groß das Interesse an einem solchen Forum ist.

von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Idee zu einem alternativen Genossenschaftstag soll am 24.08.98 in Oberursel bei Frankfurt umgesetzt werden. Er wird eingebettet in die parallele Veranstaltung »Globalisierung und ihre Alternativen«, die der Theoriearbeitskreis Alternative Tkonomie vom 21.-27.08.1998 in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel organisiert. Zwei Schwerpunkte sind geplant: Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und Neue Wohnungsbaugenossenschaften. In diesen beiden Bereichen sind in den letzten Jahren mit die meisten neuen Genossenschaften entstanden.

Vorbereitete Beiträge sind geplant. Vorrangig geht es aber um einen offenen Austausch zwischen den TeilnehmerInnnen über ihre positiven und negativen Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Genossenschaftswesen.

Programmbereich Wohnungsgenossenschaften

1. Aktuelle Gründungen von Wohnungsgenossenschaften – ein Überblick
Ein Einblick in die Vielzahl und Unterschiedlichkeit neuer Wohnungsgenossenschaften ist schwierig zu bekommen. Durch einen quantitativen Gesamtüberblick, aber auch durch einzelne Projektvorstellungen, soll hier ein erster Überblick ermöglicht werden.
2. Wohnen und Arbeit – ein Programm mit Perspektive?
Der GdW, der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, hat ein programmtisches Papier zum Thema Wohnen und Arbeiten veröffentlicht. Gleichzeitig existieren zahlreiche neue Wohnungsgenossenschaften, die in ihrer Praxis schon weiter sind. Durch bezahlte Arbeit, sanieren ursprünglich Arbeitslose ihre eigenen Wohnungen. »Abgeklopft« werden soll, ob in solchen Ansätzen grundlegendere Perspektiven stecken.
3. Innovative Finanzierungsüberlegungen für Wohnungsgenossenschaften
Zentraler Knackpunkt der meisten wohnungsgenossenschaftlichen Initiativen ist die Finanzierung. Eigenheimzulagegesetz, Muskelhypothek, Fondslösungen, Genußrechte etc. sind denkbare Ansätze, die diskutiert werden sollen.
4. Kritik und positive Erfahrung mit den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden
Über die wohnungsgenossenschaftlichen Revisionsverbände wird im Vergleich zu den anderen Genossenschaftsverbänden wenig Kritik laut. Trotzdem kann ein Austausch über die bisherigen Erfahrungen helfen, Lösungen für auftretende Probleme zu erarbeiten.

Programmbereich Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften

1. Stand und Entwicklung der EVGs in Deutschland
Immerhin haben die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften einen kleinen Verband gegründet und führen jedes Jahr ein Treffen durch. Trotzdem ist das Wissen über ihre Anzahl und ihre Arbeitsweise verschwommen. Versucht werden soll deshalb einen sberblick zu bekommen,

belebt durch konkrete Projektdarstellungen.
2. Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und nachhaltiges Wirtschaften
Stärker als alle anderen Genossenschaftsformen sind EVGs als Lösungsmöglichkeit in die Auseinandersetzung über Nachhaltigkeit, Agenda 21 und eigenständiger Regionalentwicklung eingebunden. Eine politische Diskussion über Mythos und Realität kann helfen, das jeweilige Selbstverständnis zu »schärfen«.
3. Alternative Vermarktungsformen – Hindernis oder Chancen für die Entwicklung
Auch EVGs wollen, wenn sie Erzeuger mit Produkten aus kontrolliertem biologischen Anbau bei der Vermarktung unterstützen, dies möglichst wirkungsvoll tun. Direktvermarktung, Marktstände, Ladenangebote, Abokiste, Bringdienst, Abhofverkauf sind nur einige der vielfältigen alternativen Möglichkeiten über die ein Erfahrungsaustausch sinnvoll ist.
4. Kritik und positive Erfahrung mit der genossenschaftlichen Organisation
Ein konzentrierter Austausch der EVGs unter genossenschaftlichen Blickwinkel fehlt bisher. Vielleicht unterstützt er einzelnen EVGs bei einer Entscheidung in Richtung Genossenschaft? Vielleicht hilft auch der gemeinsame Beitritt zu einem Verband, die gegenwärtige Vereinzelung und Aufsplitterung zu beheben? Erfahrungen mit den einzelnen Prüfungsverbänden werden deshalb ein wichtiger Themenschwerpunkt sein.

Für beide Teile haben Projektmitglieder und Fachmenschen bereits ihre Beteiligung zugesagt. Trotzdem sind noch Hinweise auf kompetente ReferentInnen, einzelne Genossenschaften als auch auf weitere Themen von hohem Interesse.

Wichtig ist zudem: Die Organisation der gesamten Veranstaltung beruht auf ehrenamtlicher Arbeit, so daß für Referate keine Honorare gezahlt werden können. Wer allerdings schon zu der damit zusammenhängenden Wochenendveranstaltung vom 21. bis 23.08 kommt, kann von der DGB Jugendgewerkschaftsschule einen Fahrtkostenzuschuß erhalten. Ein Tag kostet für Übernachtung und Essen 80 DM. Der Teilnahmebeitrag für die ganze Zeit (6 Tage) beträgt 450 DM. bei Vorabsprache ist ein Sozialtarif möglich. Rückfragen aller Art können gerichtet werden an: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23, Fax: 70 90 84.●

20 JAHRE TAK AÖ

Globalisierung und ihre Alternativen

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, wird in diesem Jahr 20 Jahre alt. Er hat in der Zeit seines Bestehens so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten, gelegentlich auch mit vorangetrieben. Sein Jubiläum feiert der TAK AÖ vom 21.-27.08.1998 in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel.

von Rolf Schwendter, Red. Genossenschaften ● Vom abendlichen Kulturprogramm abgesehen, wird die Jubiläumstagung aus drei Schwerpunkten bestehen:
● Vom 21.-23.08. findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Erörterung zur »Globalisierung« statt, zu der namhafte Referierende eingeladen werden. Elmar Altvater, Hochschulprofessor aus Berlin, hält am Freitag Abend das Einführungsreferat. In diesem Schwerpunkt geht es um die allgemeine Betrachtung und Kritik dieser weltweiten Tendenzen.
● Am 24. und 25.08. stehen aktuelle Entwicklungsprozesse Alternativer Ökonomie im Mittelpunkt. In einer Vielzahl kleiner Arbeitsgruppen werden die Wechselwirkungen der Globalisierungstendenzen für alternativökonomische Ansätze diskutiert. Bisher sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorgesehen:

1. Netzwerke – Selbsthilfe in der lokalen Ökonomie
2. Gemeinwesenwirtschaft aus feministischer Sicht
3. Die Rolle des Internets in der Alternativen Ökonomie
4. Vernetzung von Weiterbildungsangeboten
5. Lebensgemeinschaften – Resümee, Wünsche und Perspektiven
6. Geben Stiftungen Alternativer Ökonomie eine Chance?
7. Alternativer Genossenschaftstag
8. Beiträge zur Kulturarbeit

Abschließen wird die Tagung am 26.08. mit kleinen Zukunftswerkstätten unter der Fragestellung »Zukunft der Alternativen Ökonomie angesichts der Globalisierung«. In diesen sollen aktuelle alternativökonomische Entwicklungen für das 3. Jahrtausend utopisch und strategisch gewendet werden.

Für Rückfragen steht zur Verfügung: Dr. Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023 Angebote zur inhaltlichen Mitarbeit: Prof. Dr. Dr. Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel.
Das Programm kann angefordert werden bei: Martina Racki, Scheffelstraße 46, 79102 Freiburg oder Haus der Gewerkschaftsjugend, Königssteiner Straße 29, 61440 Oberursel.●

TAGWERK EVG, DORFEN

Ökologie ins Leben umsetzen

Jeder, der TAGWERK-Produkte kauft, weiß, er hilft damit einem Bauern in der Region: »Das ist praktizierter Naturschutz in seiner Heimat.« Unterstützt wird dies dadurch, daß der TAGWERK e.V. als regionaler Anbauverband mit Bioland zusammenarbeitet. In der Region selbst existiert kein Unternehmen, das etwas Ähnliches praktiziert: TAGWERK ist als Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft in der Gegend um München und von der Größe her einzigartig.

von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Ökologie ins Leben umsetzen,« so lautet das wichtigste Unternehmensziel der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft TAGWERK e.G. mit Sitz in Dorfen bei München. Dazu gehört die Förderung ökologischer Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung, regionalen Wirtschaftens sowie das Erhalten heimischer Strukturen und traditioneller Berufe. Das Sortiment des Unternehmens umfaßt alles, was aus dem ökologischen Landbau kommt: Gemüse, Getreide, Brot, Fleisch, Wurst. Für das breite Sortiment an gut schmeckenden Wurstsorten erhielt die Genossenschaft sogar eine Gourmet-Auszeichnung.

Gegründet wurde TAGWERK 1984, also vor dreizehn Jahren, und zwar in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Mit acht Naturkostläden und mit Ständen an zehn Markttagen in verschiedenen Orten einschließlich München gehört sie zu den großen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften der Bundesrepublik. Die Umsätze von TAGWERK steigen jedes Jahr etwa um 300.000 bis 400.000 DM. Im Jahre 1996 betrugen sie etwa vier Millionen DM.

Kernbeisser e.G.: Am 11. Mai 1996 eröffneten wir mit viel Elan und Engagement alter und neuer Mitglieder einen zweiten Laden (Laden-Nord)

Teil der Umweltbewegung

Die ersten Mitglieder waren Naturschützer aus der Region. »Wir verstanden uns als Partner der landwirtschaftlichen Erzeuger zur Verwirklichung der ökologischen Idee. Mit Hilfe der Genossenschaft konnten die Bauer voll Vertrauen umstellen,« erläutert Rudi Oberpriller, einer der Pioniere der ersten Stunde. »Vorher entgegneten die Bauern auf Kritik gegen den Einsatz von Pestiziden: Wer zahlt und wer nimmt uns die Waren aus kontrolliert ökologischen Anbau ab?« Heute umfaßt die Genossenschaft 650 Mitglieder, überwiegen Verbraucher aus der Region und Landwirte, die ökologisch produzieren wollen.

Überregional werden die Produkte unter dem Bioland-Label vertrieben, während die Produkte der angeschlossenen sechs Bäckereien und drei Metzgereien vor Ort vorrangig mit dem TAGWERK-Zeichen ausgestattet sind. Wichtig ist vor allem das Engagement der Beschäftigten für den Absatz: Sobald jemand hinter dem Tresen steht und die Sachen verkauft, weil er von den Produkten überzeugt ist, funktioniert dies besser. Potentielle Kunden werden nach dem Motto »Liebe geht durch den Magen« dazu veranlaßt werden, Produkte der Genossenschaft zu probieren.

Viele Teilzeitarbeitsplätze

Im Unternehmen sind regelmäßig 48 Personen beschäftigt, davon 46 in Teilzeitarbeit. Drei Viertel von ihnen haben Genossenschaftsanteile gezeichnet. Einmal im Monat werden Mitarbeitertreffen durchgeführt. An zentralen Unternehmensentscheidungen sind der Vorstand und alle Aufsichtsratsmitglieder beteiligt. Sechs Aufsichtsräte kommen aus den Läden, arbeiten also auch im Unternehmen mit. Der Aufsichtsrat wird jedes Jahr zu einem Drittel neu gewählt, der Vorstand jährlich komplett neu.

Von anderen Betrieben unterscheidet sich TAGWERK dadurch, daß vieles in der Freizeit gemacht wird. Außerdem werden die einzelnen Läden autonom geführt. Jeder Laden kann bei den eigenen Bauern einkaufen. Regionalität wird also selbst innerhalb von TAGWERK praktiziert, indem die einzelnen Läden bei den jeweiligen Bauern vor Ort kaufen. »Das hat allerdings Grenzen,« betont Oberpriller, der sich selbst als Ökorealist sieht: »Den Kunden muß Abwechslung bei den Produkten geboten werden. Sie wollen nicht immer nur die gleiche Wurst oder den gleichen Käse essen.« Deshalb erweist sich das Produktspektrum jedes Ladens breiter als nur aus der unmittelbaren Region.

AgrarBündnis:

Auf dem Weg zur »Gewinner-Allianz«?

Das AgrarBündnis, der bundesweite Zusammenschluß der ökologischen Anbauverbände, der Naturschutzverbände, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL, der Tierschutz-, Verbraucher- und Dritte-Welt-Gruppen (mit wenigen Ausnahmen) zur Durchsetzung einer akzeptablen Agrarpolitik, traf sich am 18. Mai 1998 in Bonn zur Jahreshauptversammlung. Der ungewöhnliche Tagungsort – die Landwirtschaftskammer Rheinland – verwies schon laut Einladung auf »neue Offenheit und neue Formen des Dialogs«, auf die das AgrarBündnis in agrarpolitisch bewegter Zeit gefaßt sein müsse.

Von Titus Bahner ● Im Mittelpunkt des Treffens stand denn auch die Agenda 2000, in der die EU-Kommission im März ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik vorgelegt hatte. Kernpunkte sind dabei

- weitgehende Freigabe der Märke, Ersatz noch existierender Preisstützungen durch direkte Prämien an die Erzeuger;
- Bindung dieser Prämien an ökologische und soziale Kriterien;
- Dezentralisierung und Regionalisierung der Prämiengewährung;
- Förderung ökologischer und sozialer Leistungen der Landwirtschaft im Rahmen einer umfassenden Politik für den ländlichen Raum.

In der Aussprache zeigte sich durchgehende Anerkennung der vertretenen Organisationen für diese Grundtendenz der Agenda 2000 und auch die Bereitschaft, zugunsten eines gemeinsamen politischen Vorgehens kleinere Differenzen in der jeweiligen Beurteilung zurückzustellen. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Europa-Abgeordneter der GRÜNEN und AbL-Vorsitzender, betonte, daß das »planwirtschaftliche« System der gestützten Erzeugerpreise nur den spezialisierten Wachstumsbetrieben und ihren staatlich subventionierten Investitionen etwas bringt, während freie Märkte, unterstützt durch Direktzahlungen für ökologische und soziale Kriterien, viele Möglichkeiten zur kreativen Weiterentwicklung der Betriebe eröffneten.

Hubert Weiger vom BUND verwies auf die noch starke Weltmarktorienterung der Agenda 2000; der Weltmarkt aber zerstöre überall standortangepaßte Agrarstrukturen. Gerd Billen vom NABU erntete breite Unterstützung mit seiner Anregung, eine »Gewinner-Allianz« für die Agenda 2000 zu schmieden, um die öffentliche Unterstützung für die Brüsseler Pläne möglichst offensiv zu organisieren und die nötigen Verbesserungen in Einzelfragen politisch durchzusetzen. Die Öffentlichkeit sehe das AgrarBündnis als politischen Neinsager; sich auf die Gewinnerseite zu verlegen sei erfolgsträchtiger, freilich auch gefährlicher als das Protestieren.

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, verwies auf die anhaltende Unfähigkeit der konventionellen Landwirtschaft, der Gesellschaft ein »ökologisches Angebot« zu unterbreiten. Die Umweltseite solle sich davor hüten, spiegelbildlich in den selben Fehler zu verfallen und einseitig ökologische Landnutzung einzuklagen, ohne dabei die soziale Seite – Einkommen und Arbeitsplätze auf dem Lande –mitzubedenken.

Immer wieder wurde betont, daß die unternehmerische Freiheit des Bauern (von manchen lieber als bäuerliche Freiheit bezeichnet) die Voraussetzung dafür sei, ökologisch, sozial und regionalwirtschaftlich vertretbare Wege in die Zukunft zu finden. Die AbL fordert dazu z.B. Direktzahlungen, die an den tatsächlichen AK-Besatz der Betriebe gebunden sind. In den kommenden zwei Jahren werden in der europäischen Agrarpolitik die Weichen neu gestellt. Das AgrarBündnis verabredete dazu regelmäßige Beratungen der beteiligten Verbände im kleinen Kreis, um deren Stoßrichtung im politischen Raum zu koordinieren. Das AgrarBündnis will kein übergeordneter Verband sein, sondern in innovativer Form die Arbeit selbständiger Verbände koordinieren.

Bleibt zu hoffen, daß auch die Basis der Verbände – Landwirte, Naturschützer, Verbraucher – sich zu lokalen »Agrarbündnissen« zusammentut, um in »Gewinner-Allianzen« an einer Agrarpolitik vor Ort vielfältig mitzugestalten.●

INTERNETZUGANG FÜR FRAUEN

Bundesweit zum Ortstarif

Web for Women (w4w) wird zukünftig bundesweit zum Ortstarif ein weitgefächertes Spektrum von Diensten anbieten. Der einfache Zugang zum weltweiten Datennetz einschliesslich e-mail ist ebenso selbstverständlich im Angebot wie die die Gestaltung von Webseiten und die Einrichtung von Domains und Webservern.

Im November 1997 haben Nicola Tiling und Nora Etukudo »web for women«, den ersten Internetdienst von Frauen für Frauen mit Zugängen in Hamburg und Berlin gegründet. Ab sofort werden weitere 8 Städte – Bremen, Hannover, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München – in Betrieb genommen. Ab August 1998 wird von jedem Ort in der BRD der Zugang zum Ortstarif möglich sein.

Ziel von *w4w* ist, alle Dienstleistungen eines Providers zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig einen auf Belange von Frauen zugeschnittenen Service zu bieten. Dies betrifft nicht nur Beratung bei Problemen, sondern auch Extraleistungen wie z.B. die Bereitstellung von newsgroups, in denen nur unter Frauen diskutiert, geplaudert und gestritten werden kann.

w4w unterstützt ausserdem das Hamburger Frauen-InternetProjekt (http:// internetfrauen.w4w.net), das inzwischen fast alle Hamburger Frauenprojekte, von Bildungszentren über den Frauenbuchladen bis zu Mädchentreffs und Künstlerinneninitiativen, beherbergt.

Für Privatkundinnen gibt es drei Zugangstarife:
12.00 DM bis 5 Stunden,
20.00 DM bis 10 Stunden oder
35.00 DM für zeitlich unbegrenztes Surfen.
Freiberuflerinnen und Geschäftskundinnen können die aktuelle Preisliste anfordern:
w4w Internetservices, Friedensallee 62a,
D-22765 Hamburg, Tel. (0 40) 723 55 67, Fax 723 55 10
oder im Internet unter http://www.w4w.net●

Nicola

BUCHBESPRECHUNG

Agenda, Expo, Sponsoring

Schon lange vor Erscheinen sorgte das Buch »Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz« von Jörg Bergstedt für Furore. Vorabdrucke von Auszügen – u.a. in CONTRASTE – führten zu harscher Kritik und Vorwürfen gegen den Autor. Peter von Rüden aus Verden, CONTRASTE-Fachredakteur für Jugendumweltbewegung, hat das umstrittene Buch rezensiert.

Peter von Rüden, Redaktion Jugend und Umwelt ● Ich bekenne, daß ich kein unbeteiligter Rezensent bin, der von der hohen Warte akademischer Diskurse einen kritischen Blick werfen könnte. Nein, mit dem Autor Jörg Bergstedt verbindet mich eine lange und intensive gemeinsame Geschichte. Vieles, was Gegenstand des Buches ist, ist mir selbst nur zu gut aus eigenen Erfahrungen und Erlebnissen vertraut. Die Wut, die Enttäuschung und die Verzweiflung, die zwischen den Zeilen des nüchtern gehaltenen Textes durchscheint, ist mir näher als die objektivierende Fassade, die der Autor seinem Buch schon mit dem Untertitel »Recherchen im Naturschutzfilz« zu geben versucht.

Ein Versuch, diesem Text gerecht zu werden, muß persönlich geprägt sein, eben weil »Agenda, Expo, Sponsoring« entgegen dem ersten Anschein ein sehr persönliches Buch ist, eigentlich fast eine politische Autobiographie. Eben hier liegt die Stärke und die Schwäche des Buches. Jörg Bergstedt ist kein akademischer Autor, kein politischer Theoretiker und Analytiker. Er ist ein »Insider« der Umweltbewegung, der wie kaum ein zweiter die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in ihren Details und Facetten miterlebt, mitgestaltet und miterlitten hat.

Im ersten – »Statt eines Vorwortes« – betitelten Kapitel stellt sich der Autor denn auch selbst vor und weist darauf hin, daß es keine politische Objektivität gibt. Zugleich betont er aber, daß es ihm um die Inhalte und nicht ihn als Person gehe. Durchgängig schreibt er über sich in der dritten Person, verklausuliert oft sogar eigene Erlebnisse hinter neutralen Formulierungen. Unbedarften LeserInnen muß vieles unstrukturiert erscheinen; gesamtgesellschaftlich unbedeutsame Details werden teilweise unverständlich ausführlich behandelt, manche Punkte werden wiederholt und tauchen verschieden formuliert immer wieder auf. InsiderInnen erkennen dahinter oft die Diskurse, in denen Jörg Bergstedt selbst wesentlich beteiligt war. Der Autor versteckt sich selbst hinter einem Distanz zum Geschehen suggerierenden Stil und einer Fülle von mehr oder minder gut recherchierten Fakten und Details. Um wichtig genommen zu werden, konstruiert der Autor um seine Erfahrungen eine Objektivität, an die er doch selbst nicht glaubt. Er sichert sich damit eine schwer angreifbare vorgeblich neutrale Position. Dem objektivierenden Anspruch kann Jörg Bergstedt dabei nicht gerecht werden. Das Buch läßt weitergehende theoretische Analysen der beschriebenen Entwicklungen vermissen und bleibt bei einer persönlich gefärbten Aufzählung von Ereignissen. Schade – ein offeneres Bekenntnis zur eigenen Rolle im Geschehen hätte zu einem ehrlicheren und damit auch glaubwürdigeren Ergebnis führen können.

Dabei ist »Agenda, Expo, Sponsoring« ein wichtiges und notwendiges Buch. Kein zweiter hat die Etablierung weiter Teile der Umweltbewegung so hautnah und umfassend miterlebt und so streitbar und engagiert bekämpft wie Jörg Bergstedt. Und so enthält das Buch in seiner Grundausrichtung einige zentrale Thesen, die Ansatzpunkte für eine neue Diskussion über Wege der Umweltbewegung bieten könnten.

Selten wurde so klar herausgearbeitet, daß die Umweltverbände nicht institutioneller Rahmen der Umweltbewegung sind, sondern daß zwischen Verbänden und Bewegung von Anfang an eine Kluft bestand, daß bestehende Organisationen teilweise auf die Umweltbewegung aufgesprungen sind und selbst Initiativenzusammenschlüsse wie BBU und Grüne Liga rasch den Bezug zur Bewegung verloren haben. Die in den letzten Jahren stark gewordene Forderung nach politischer Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (neudeutsch »NGO's«) ist keine Neugewichtung sozialer Bewegungen sondern wird deutlich als Bildung einer zusätzlichen Machtelite herausgestellt. Allein mit dieser These bietet das Buch schon den Sprengstoff für eine neue Debatte über Institutionalisierung bzw. Vereinnahmung durch Institutionen und Selbstorganisation. Nicht minder brisant die zweite Hauptthese: Es gibt eine Umorientierung vom Konflikt zum zahmen »Dialog« mit Industrie und Politik. Die Verbände aber auch gute Teile der freien Initiativen haben sich durch wirkungslose Beteiligungsangebote, gesellschaftliche Anerkennung und finanzielle Unterstützung ködern lassen; die Umweltbewegung hat ihre Zähne verloren. Eine zentrale Rolle dabei mißt Jörg Bergstedt dem Nachhaltigkeitsdiskurs und damit verbunden der Agenda 21 bei.

Hier endet die Analyse dann aber auch schon. Die deutliche Formulierung o.g. Thesen allein kann nur als Ausgangspunkt für weitergehende Diskussionen dienen. Aber war es dazu nötig, auf fast 400 Seiten z.T. recht dürftig belegte Fakten zu sammeln und eigene Erfahrungen immer neu auszuwalzen? Dadurch – verbunden mit dem künstlich objektivierenden Stil – erinnert das Buch teilweise frappierend an einen Verfassungsschutzbericht, nur eben von der »anderen Seite«.

Fehl am Platze erscheint mir das Kapitel über rechte Einflüsse in der Umweltbewegung, das im Wesentlichen altbekannte Fakten und Zusammenhänge wiederkaut. Die Wiederholung ist an sich zwar unspektakulär aber nicht weiter problematisch – in der Umweltbewegung gibt es schließlich genügend Leute, die von der Ökofaschismus-Diskussion noch nichts mitgekriegt haben; sie wird für mich jedoch bedenklich, wenn damit das Erstarken rechter Ideologien in der Umweltbewegung unter die Etablierungserscheinungen subsumiert wird. Diese Sicht legt vor allem die Betrachtung der Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten nahe, wo der Autor Ökofaschismus und Sexismus in Lebensgemeinschaften unter die Überschrift »Aufgabe politischer Positionen« subsumiert – als ob rechte Ideologien keine politischen Positionen wären. Ganz im Gegensatz dazu macht Jörg Bergstedt an anderer Stelle am Beispiel von Hubert Weinzierl (BUND) und den Diskussionen um Goldisthal selbst den Konflikt deutlich, den er zwischen den »jungen« EtabliererInnen und den konsequenter gebliebenen »Alten« auch in den Verbänden sieht. Daß Weinzierl zugleich auch in diesem Buch wieder als Schnittstellenperson zur Rechten auftaucht ist m.E. kein Zufall. Im Gegensatz zu Jörg Bergstedt sehe ich die stärksten Einfallstore für neurechte Positionen gerade nicht bei denen, die auf der Anpassungswelle mitreiten, sondern bei denen, die vom Versagen der (linken) Umweltbewegung enttäuscht, nach neuen/alten konsequenten Alternativen suchen. Gerade der auch von Jörg Bergstedt erwähnte und kritisierte Rudolf Bahro ist ein gutes Stück dadurch für viele so überzeugend geworden, daß er in Zeiten der Anpassung Fundamentalist geblieben ist (und sich immer so bezeichnet hat). Das Erstarken des neurechten Teils der Umweltbewegung hängt für mich gerade mit der Suche nach klaren Denkgebäuden und konsequenten Prinzipien zusammen, die die linke Umweltbewegung im Rahmen der im Buch geschilderten Anpassungen nicht mehr bietet.

Daß Jörg Bergstedt mit seiner verabsolutierenden Schreibweise und seiner unbedingten Forderung nach Konsequenz und moralischer Integrität seine Autorität aus Quellen bezieht, die denen von rechten Führungspersonen sehr ähnlich sind, fällt ihm selber nicht auf. Ich sehe seine Abgrenzungen als Versuch, sich als Identitätsstifter für einen radikalen Flügel der Umweltbewegung aufzubauen – eine Strategie die strukturell ihren Platz eher in den autoritären Ansätzen hat, die Jörg Bergstedt so vehement bekämpft. Er schafft sich eben jene Autorität, die er bewußt ablehnt. In diesem Zusammenhang kann ich verstehen, daß er die eigene Person in seinem Buch so zurücknimmt – Persönliche Distanz, Abgrenzung und Suggerieren von Objektivität sehe ich als seine entscheidenden Machtstrategien.

So ist »Agenda, Expo, Sponsoring« ein Projekt, das trotz aller wertvollen Impulse letztlich scheitern mußte. Und dieses Scheitern ist beileibe kein persönliches Problem des Autors, so sehr das Buch auch mit seinem Lebenslauf verbunden ist. Das Scheitern dieses Projektes ist selbst Teil des Scheiterns der Jugendumweltbewegung. Vielleicht ist das Wertvollste an »Agenda, Expo, Sponsoring« gerade das Scheitern, das schonungslos zeigt, wie Selbstorganisation und Eigenverantwortung gepredigt und gerade darin der Autor zum unangreifbaren Priester erhoben wird.

Hier kommt meines Erachtens eine Grundstruktur auf den Punkt, die die Jugendumweltbewegung in ihrer ganzen Entwicklung geprägt hat: Die Macht der Führungspersonen, die gerade dadurch unangreifbar werden, daß die Werte die sie verkörpern und aus denen sie ihre Autorität beziehen, die Ablehnung von Macht beinhalten. Daß diese subtile Macht nie aufgedeckt, nie die Führungsansprüche wirklich abgelegt wurden, ließ meines Erachtens die Jugendumweltbewegung geradewegs in die Auflösung schlittern – in die endlosen teils aggressiven teils umarmenden, teils offenen aber meist untergründigen Kämpfe um Führungspositionen. In diesen Kämpfen ist Jörg Bergstedt nur einer der Kontrahenten, und auch ich kann mich nicht frei davon sprechen.

Ich halte nichts von Verschwörungstheorien und will niemanden der bewußten Täuschung anklagen. Ich sehe hier jedoch eine Grundstruktur, deren Aufdeckung Ausgangspunkt für eine herrschaftskritische Analyse der Etablierungs- und »Radikalisierungs-«Erscheinungen sein könnte. Wenn diese Reflektion gelänge, könnte eine Menge alter Ballast von der Jugendumweltbewegung abgeschüttelt werden und vielleicht ein Neubeginn entstehen, ein Neubeginn, bei dem Selbstorganisation wieder mehr als Kampfbegriff von Führungspersonen ist.

Den Kritikern(-innen?) des Buches sei empfohlen, nicht den Autor rundweg zu verdammen und sich an Empörung und Distanzierung zu ergötzen, sondern nach den Quellen von Empörung und Distanzierung zu fragen und vielleicht die eigene Rolle in Jörg Bergstedt wiederzuerkennen. Denen, die das Buch emphatisch begrüßen, wünsche ich einen kritischen Blick auf das eigene Verhältnis zum Autor, auf die Gefahr von Abhängigkeit und blinder Gefolgschaft. Wenn es gelingt, in der Diskussion um »Agenda, Expo, Sponsoring« die Ebene stupider gegenseitiger Vorwürfe zu verlassen und eigene Eingebundenheiten in Machtspiele auf allen Seiten zu erkennen, dann hat das Buch eine bei weitem größere Aufgabe erfüllt, als die, die der Autor ihm zugewiesen hat – und darüber hinaus eine Voraussetzung dafür, daß eine selbstorganisierte, kreative und unhierarchische Bewegung zu neuem Leben erwachen kann. Vielleicht ist »Agenda, Expo, Sponsoring« dann doch kein gescheitertes Projekt, denn dies Neuerwachen ist schließlich das elementare Anliegen Jörg Bergstedts.●

Jörg Bergstedt: Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz. IKO-Verlag Franfurt/Main, ISBN 3-88939-615-5, 39,80 DM

Nicht

mehr am Kiosk.
Nur noch bei uns.

1977, das Jahr der Eskalation:
Die RAF willgefangene Genossen freikämpfen,
die Bundesregierung festigt nochmals ihre harte Linie.
Die linke Öffentlichkeit erstarrt in Ohnmacht.

Viele Details der Ereignisse konnten bis heute nicht geklärt werden.
Die taz befragt Akteure und Zeitzeugen,
analysiert Hintergründe, bündelt Erfahrungen.

Das taz-Journal „20 Jahre Deutscher Herbst“
nur noch beim taz-Leserservice zu beziehen.
Knallrot, 104 Seiten zum Preis von 9 DM.

Verrechnungsscheck über 12 DM
(9 DM plus 3 DM Porto)
an den taz-Leserservice. PF 61 02 29, 10923 Berlin schicken.
Kennwort „Deutscher Herbst“ und Absender nicht vergessen.

die tageszeitung

DERRICK UND DIANA:

Vom Todeswahn der Massenmedien und ihren spießbürgerlichen Rechtsauslegern

Im Konkret-Literatur-Verlag sind vor kurzem zwei schmale Bücher erschienen, die sich mit Massen-Medien-Kultur und deren Phänomenen und Auswüchsen beschäftigen.

»Derrick und die Dorfmusikanten« stammt vom Medienkritiker und Vielschreiber Georg Seeßlen, der hier zwölf Essays über Erscheinungsformen, Mythen und Kuriositäten der deutschen Unterhaltungskultur versammelt hat. Das Spektrum ist breit und reicht thematisch vom »Autoaufkleber als Kommunikationssystem«, den literarischen Werken Rosamunde Pilchers, dem »Hörzu«-Redaktionsigel Mecki, neurechten Feuilletons wie etwa in der »Jungen Freiheit« über die »Lindenstraße« und »Entenhausen« (der Heimat von Donald Duck) oder Tierfilme im Fernsehen, bis zum titelgebenden Derrick, dem mittlerweile zum Kult gelangten (»Harry, fahr schon mal den Wagen vor!«) TV-Oberinspektor und -Mustermann.

Seeßlens Analysen sind wie immer tiefschürfend und originell, etwa wenn er in der »Lindenstraße« den allwöchentlichen Untergang der Kleinbürgerklasse konstatiert oder Mecki als typisch deutschen Archetypen der Nachkriegszeit entlarvt. Zum Glück leidet Seeßlens Stil diesmal nicht unter dem Wust von Schwerverständlichkeiten, der ihn sonst leider auszeichnet und fast unerträglich macht, so daß »Derrick und die Dorfmusikanten« auch als genußvolle Bettlektüre rundum zu empfehlen ist.

Seeßlen ist auch in »The Neurose of England« vertreten, dem zweiten Band, der sich mit den (u.a. massenmedialen) Auswüchsen nach dem Tode von Lady Diana beschäftigt. Das Buch enthält elf Aufsätze von AutorInnen, die unter verschiedenen – u.a. politischen, soziologischen, psychoanalytischen, medien- und verschwörungstheoretischen – Aspekten eine Analyse und Bewertung des Ereignisses unternehmen. Die Texte sind abwechslungsreich und teilweise amüsant geschrieben, so daß tatsächlich eine »wundervolle Aufsatzsammlung« (*Journal Frankfurt*) dabei herausgekommen ist.●

Jörg Petersen

Georg Seeßlen: Derrick und die Dorfmusikanten. Miniaturen zur deutschen Unterhaltungskultur. 160 Seiten, DM 19,80, Konkret Texte 14
Rayk Wieland (Hg): The Neurose of England. Massen, Medien, Mythen nach dem Tod von Lady Di. 152 Seiten, DM 24,–, Konkret Literatur Verlag

Marx und Punkrock: Cultural Studies

Cultural Studies sind schwer in Mode gekommen. Das ist zu begrüßen, hilft doch die Beschäftigung mit kulturellen Praktiken, Medien und Repräsentation etliche blinde Flecken bisheriger politischer und ökonomischer Theorie und Praxis zu überwinden. Blinde Flecken gibt es dort, wo das eigene kulturelle Leben der Linken ausgeblendet wird und dort, wo Populärkultur – mit der *deutsche* Linke ja eher Probleme haben – widerständige Aspekte hat. Nicht zuletzt hat Kultur auch immense politische Dimensionen, werden in ihr doch Verhältnisse dargestellt. Obwohl heute viele von Cultural Studies, von »hybriden Identitäten« und anderem reden, gibt es nur wenige deutsche bzw. ins deutsche übersetzte Texte: Greifbar sind einige Aufsätze, die aber meist schlecht zugänglich publiziert wurden und mehrere Bücher (z.B. von *bell hooks, Stuart Hall* oder den Sammelband *Yo! Hermeneutics*). Dies scheint sich aber derzeit zu bessern, da die Verlage auf die Diskussion reagieren und vermehrt Bücher zum Thema erscheinen.

Global Kolorit ist ein Sammelband zu Multikulturalismus und Populärkultur. In ihm werden kolonialistische, exotisierende und rassistische Sichtweisen thematisiert, indem z.B. über das »deutsche« Bild von Griechenland, MigrantInnenkino, die mediale Bewältigung des deutschen Kolonialismus oder Modemagazine und ihre Bilder geschrieben wird. Natürlich darf ein Beitrag zu türkischem HipHop nicht fehlen und auch der Kino-Blockbuster *Independence Day* wird unter dem Gesichtspunkt, wie in ihm verschiedene Ethnien dargestellt werden, kritisch unter die Lupe genommen. Alles in allem ist der Band eine Ansammlung netter Beiträge, deren einigendes analytisches (oder auch politisches) Band ich nicht zu erkennen vermochte. Dies scheint überhaupt das Problem bei Cultural Studies zu sein: der Unterschied zwischen einer kritischen Analyse der kulturellen Darstellung, Artikulation und vor allem Subversion sexistischer oder kapitalistischer Herrschaftsstrukturen und dem kritiklosen »interessant-finden« von allem möglichen ist sehr fließend.

Diese Hinwendung zur wissenschaftlichen Begleitung des Konsums in den Cultural Studies und der damit einhergehenden Verluste beschreibt auch Dominik Bloedner. Er ist Redakteur bei der Internationalismuszeitschrift *blätter des Iz3W* und vertreibt seine Magisterarbeit *Cultural Studies – Vom Klassenkampf zur postmodernen Politik des Genusses*. In ihr zeichnet er die Entstehung von Cultural Studies in Großbritannien als aus der Neuen Linken der beginnenden britischen Wohlfahrtsgesellschaft kommende Theorieschule nach. Er erklärt kurz die Einflüsse französischer Theorie und des Hegemoniebegriffes des italienischen Marxisten Antonio Gramsci auf das, wie Bloedner es nennt »Projekt« der Cultural Studies. Zum Schluß diskutiert er das Verhältnis von Cultural Studies und postmoderner Theorie: Die Postmoderne führe zu einer Kritik der auch in Cultural Studies verwendeten Identitätsannahmen und Wesenszuschreibungen (»Menschen sind so und so«). Zusammengefaßt sieht Bloedner innerhalb Cultural Studies einen Übergang von der marxistischen inspirierten Beschäftigung mit Ideologie in den 60er Jahren, über die mit kultureller Hegemonie in den 70ern zur jetzigen des (widerständigen) Genusses als zentralem Bezugspunkt in Cultural Studies. Sein Text ist eine gute Arbeit vor allem über die britischen Cultural Studies, die Entwicklung in anderen Ländern kommt kaum vor. Er ist vom Anspruch und Umfang etwas mehr als eine Einführung in Cultural Studies, und trotz seines akademischen Entstehungshintergrundes ist in ihm vieles gut und verständlich erklärt und nacherzählt.

Zwei Neuerscheinungen sind desweiteren angekündigt: Für Oktober beim Verlag zu Klampen (Lüneberg) Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung (ca. 330 S., ca. 38 DM). Laut Verlagsprospekt will der Band vor allem »eine historische und inhaltliche Einführung geben« und besteht aus Übersetzungen von Texten englischsprachiger Männer. Im November erscheint dann bei Argument der dritte Band der ausgewählten Schriften von *Stuart Hall*, dem Mitbegründer der britischen Cultural Studies und des legendären *Centre for Contemporary Cultural Studies* (CCCS) in Birmingham (240 S., ca. 34,80 DM).

Der Vollständigkeit wegen sei noch auf das Buch *British Cultural Studies* von Jürgen Kramer hingewiesen, das zum annehmbaren Preis von 28 DM eine etwas biedere Einführung in britische Kultur(wissenschaft) gibt und auch die Disziplingeschichte – an deutschen Universitäten entstanden die British Cultural Studies aus der Landeskunde und der Anglistik – deutlich macht.●

Bernd Hüttner

Ruth Mayer/Mark Terkessidis (Hg.): Global Kolorit. Multikulturalismus und Populärkultur. Hannibal Verlag St. Andrä/Österreich 1998, 332 S., 35 DM (ISBN 3-85445-152-0)
D. Bloedner: Cultural Studies, 110 S. A 4, 18 DM. Bezug über Iz3W Freiburg, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, fax 0761-709 866.

10 Jahre FJNSB

Das *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* wurde 10 Jahre alt. Dies nahm die Redaktion zum Anlaß, ein umfangreiches Sonderheft zu erstellen, das Impulse, Bilanzen und Perspektiven der neuen sozialen Bewegungen und der Forschung über sie zusammentragen soll. Im Heft finden sich vier lesenswerte Fallstudien über Alternativ-, Friedens-, Frauen- und die Ökologiebewegung. Zwei Beiträge diskutieren das Demokratiepotential der sozialen Bewegungen in den neuen Bundesländern. Die grundsätzlicheren Artikel der Bewegungsforschungspäpste Dieter Rucht, Joachim Raschke, Roland Roth und Karl-Werner Brand zu Beginn des Bandes beschreiben die Situation der sozialen Bewegungen zwischen Protestindustrie, Bewegungsgesellschaft, Institutionalisierung und Zerfall. Diese vier Aufsätze sind akademischer Natur und in der dementsprechenden Fachsprache abgefaßt.

Das *FJNSB* geht davon aus, dies zeigt sich auch in vorhergehenden Heften, daß die neuen sozialen Bewegungen die Gesellschaft demokratisiert hätten. Sie haben Deutschland normalisiert und zivilisiert. Das *FJNSB* steht auf dem Boden des Grundgesetzes und mitten im Mainstream der langweiligen halbwegs kritischen Soziologie und Politikwissenschaft. Wer Anregungen für das Agieren in und mit den neuen sozialen Bewegungen oder gar für die Kritik von Politik und Ökonomie sucht, wird von diesem Heft enttäuscht werden. Für ein solches Anliegen wird es auch nicht gemacht.

Als Zukunftsaufgabe der Bewegungs*forschung* – und das ist dann noch interessant – werden zwei genannt: zum einen die »Wiederkehr der sozialen Frage« und damit verbundener (alter?) sozialer Bewegungen, sowie das Wiedererstarken (alter? neuer?) rechter und faschistischer Bewegungen. Die relative Überraschung, mit der die Bewegungsforschung, aber auch z.B. die *Grünen* auf diese beiden Ereignisse reagieren, ist hausgemacht. Die neuen sozialen Bewegungen hatten sich bis 1989 doch immer durch zwei Dinge auszeichnen wollen:. »nicht links oder rechts zu sein« (und damit auf dem rechten Auge blind) und die sozialen Frage von Arbeit, Fabrik, Armut und Einkommen, kurz von »Sozialismus«, für erledigt und historisch überholt zu halten. Einige Jahre nach dem Zusammenbruch des sog. Realsozialismus, wundert man sich nun plötzlich ...●

Bernd Hüttner

FJNSB 1/98, 172 S., 24 DM; Westdeutscher Verlag, im Buchhandel (ISSN 0933-9361)

NOAM CHOMSKY

Wer »Manufacturing Consent: Noam Chomsky and the Media«, die sehenswerte »Dokumentation besonderer Art«, die jüngst in »ARTE« zu sehen war, versäumt hat, dem bietet sich die Gelegenheit, den Film anhand des vorliegenden »Bilderbuchs« nachzulesen und dabei in die Gedankenwelt und Biographie dieses amerikanischen enfant terrible einzutauchen. Daß es Chomsky um Durchblick und – bisweilen beißende – Kritik geht, wird in allen Teilen des Buches deutlich, das übersichtlich gegliedert ist und alle gesprochenen Passagen des Films enthält.

Die von seinen Kritikern als »zu einseitig«, »linkslastig« oder »zu wenig differenziert« bezeichnete Gesellschaftsanalyse Chomskys geht davon aus, daß das Establishment, bestehend aus den wichtigsten Entscheidungsträgern in Politik, Militär, Wirtschaft und Medien ganz gezielt den Machterhalt und -ausbau betreibt – und gerade deswegen alle Minderheitsmeinungen und -informationen zurückdrängt und unterdrückt. Damit besteht die Demokratie (mit Meinungsfreiheit etc.) gar nicht, zumindest nicht so, wie dem unbedarften Zeitgenossen vorgegaukelt wird. Chomsky kennt keine unabhängigen, sachlich orientierten MeinungsmacherInnen oder -trägerInnen, wenn er sagt: »Ein Experte ist ein Mensch, der den Konsens der Mächtigen in Worte faßt.« (S. 219)

Zugegeben: Chomsky, der ja selbst nicht »nur« Wissenschaftler (Linguist) ist, sondern auch politischer Aktivist, der sich besonders für verfolgte Volksgruppen (z. B. in Osttimor) einsetzt, schießt bisweilen über das Ziel hinaus. Dennoch kenne ich ganz wenige AutorInnen, die in dieser Radikalität zu Gesellschaftsanalyse und -kritik fähig sind. Von diesem Standpunkt ist diese Dokumentation (und darüber hinaus das Opus Chomskys) uneingeschränkt zu empfehlen, besonders jenen, die von der oftmals verflachenden Diskussion über Gesellschaft, Politik usw. enttäuscht sind.●

P. A.

Aus: Pro Zukunft, Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Imbergstr. 2, A-5020 Salzburg

Chomsky, Noam: Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens. Hrsg. v. Mark Achbar. München: Marino-Verl., 1996. 240 S., DM 39,– / sFr 36,– / öS 285,–

Neue Wege Peene-Nord

1993 begann ein mehrjähriges Modellvorhaben unter Beteiligung des Deutschen Bauernverbandes, des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Förderwerk Land- und Forstwirtschaft im Nordosten von Vorpommern. Inzwischen ist aus dem Modellprojekt »Neue Wege Peene-Nord« ein fest installiertes Regionalentwicklungsprojekt geworden. Den weiten Weg von der Idee über die Vorplanung und Installierung bis hin zu einer festen Größe in der regionalen Entwicklung beschreibt der frühere Projektleiter Josef Bühler in der vom Deutschen Bauernverband herausgegebenen Dokumentation »Modell und Projekt. Neue Wege Peene-Nord. Der Bericht«. Die Veröffentlichung ist jedoch mehr als nur Dokument einer spannenden Entwicklung, sondern vor allem auch ein anregendes und nützliches Werkbuch für alle Interessierten an der Dorf- und regionalentwicklung aus Initiativen, Verbänden, Fachbüros, aus Politik und Verwaltung – für alle, die sich für vitale ländliche Räume stark machen wollen.

In der Dokumentation werden in Wort und Bild und anhand vieler konkreter Beispiele geschildert:

- der Aufbau von Strukturen eines Regionalentwicklungsvereins einschließlich Satzung, Organisation und Finanzierung;
- die Schaffung eines ländlichen Forums im Rahmen des Europäischen Carrefour-Netzwerkes mit den damit verbundenen Dienstleistungen;
- die Konzepte und deren methodische Umsetzung;
- Erfolge und Mißerfolge, insbesondere in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Gewerbeförderung, Jugend- und Frauenarbeit, Dorf- und Regionalentwicklung;
- übertragbare Umsetzungshinweise für andere Projekte.

Der Verein »Neue Wege Peene-Nord« hat zweifellos Vorbildcharakter. In eindrucksvoller Weise zeigt die Dokumentation auf, daß neue Organisationen für ländliche Entwicklung, die Entwicklungschancen einer bedrohten ländlichen Region wesentlich erweitern können. Das Investieren in prozeß- und beteiligungsorientierte Entwicklungsansätze und die Finanzierung eines regionalen Managements können lohnend sein: Bei »Neue Wege« beweisen es die neuen Strukturen, die erhöhte Wertschöpfung, die zusätzlichen Fördermittel und Arbeitsplätze.●

dp

Modell und Projekt. Neue Wege Peene-Nord. Der Bericht. 64 Seiten, 6 Grafiken, zahlreiche Fotos und Abbildungen, 19 DM
Bezug: Josef Bühler, neuland GbRmbH, Esbach 6, D-88326 Aulendorf

Der Castor-Skandal

Die Atomwirtschaft in der Krise – Fakten, Berichte, Analysen

Noch im Frühjahr prügelten 30.000 PolizistInnen unter der Schirmherrschaft von Bundes»umwelt«ministerin Angela Merkel einen Castortransport nach Ahaus. Wenige Monate später verhängt selbige Ministerin einen Transportstopp für alle Transporte ins In- und Ausland.

Was ist passiert? 15 Jahre lang verschwieg die Atomindustrie, das die Castorbehälter außen um ein vielfaches strahlten als maximal zulässig. Jetzt haben sich die Fronten (scheinbar?) verändert. Merkel hat angeblich von nix gewußt und schimpft auf die Atomindustrie. Die Polizeigewerkschaften und die bürgerliche Presse ebenso.

Wir haben uns die Mühe gemacht, die unübersichtlichen Ereignisse und Fakten zu ordnen und zu einer Dokumentation zusammenzustellen. Auf 72 Seiten haben wir eine Chronologie der Ereignisse, Hintergründe über die verstrahlten Castorbehälter und eine Auswahl aus Presseberichten und Kommentaren der letzten Zeit zusammengestellt.

Besonders lesenswert ist der Bericht von Mycle Schnei (Frankreich), dem im wesentlichen die Aufdeckung des Skandals zu verdanken ist. Abgerundet wird das ganze durch Analysen über die aus dem Skandal entstehenden Chancen für die Anti-Atom-Bewegung.

Die Broschüre hat 72 Seiten DIN A4 und ist für 10 DM zzgl. 2 DM Porto/ Verpackung erhältlich bei folgenden Adressen:
Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, D-27283 Verden, Fax. 04231-81048, eMail: UW-Verden@LINK-Goe.de
Tolstefanz, D-29439 Jeetzel 41, Fax. 05841-4521, eMail Tolstefanz@JPBerlin.de
Für WiederverkäuferInnen gibt es Rabatte: ab 10 Exemplaren (30%) und ab 25 Exemplaren (40%).●

Reiseführer Polen

Nur etwa achtzig Kilometer südöstlich von Berlin, hinter der auf westlicher Seite zum Bollwerk ausgebauten Grenze nach Polen beginnt eine Landschaft, die sich immer mehr zu einem beliebten Ziel für Ausflüge und UrlauberInnen entwickelt. Der Berliner Trescher Verlag setzt mit dieser Neuerscheinung die Entdeckung der grenznahen Landschaften in Polen fort. Das Gebiet östlich von Oder und Neiße zwischen Slubice und Swiebodzin lädt mit seinen weiten Wäldern, klaren Seen und sanften Bergen naturliebende und ruhesuchende TouristInnen ein. In der nur dünnbesiedelten und ursprünglichen Landschaft kann man an Flüssen und Seen wandern oder reiten, quer durch weite Wälder streifen, oder mit dem Rad auf idyllischen Straßen von einem Dorf zum nächsten fahren.

Der Reiseführer gibt Tips für Wasserwanderungen, Radtouren, Urlaub auf dem Land (mit zahlreichen Anschriften). Auch Hinweise auf Gedenkstätten, wie z.B. ein Denkmal auf dem Gelände einer psychiatrischen Klinik bei Obryzyce, das an 10.000 von den Nazis ermordete Kranke erinnert, fehlen nicht. Befremdlich in diesem Zusammenhang ist allerdings die Tatsache, daß im Anhang auch die Anschriften der revisionistischen Landsmannschaften aufgeführt werden.●

dp

Jörg Lüderitz: Das Sternberger Land, Trescher Verlag Berlin, Juni 1998, 216 S., zahlreiche Abbildungen, Karten, Stadtpläne, 19,80 DM, ISBN 3-928409-76-X

Presse-Taschenbuch

Informationstechnik 1998/99

Im Kroll-Verlag erscheint alle zwei Jahre dieses überaus nützliche Verzeichnis mit detaillierten Angaben zu 1.100 Fachjournalisten, 1.800 in- und ausländischen Fachpublikationen, 1.200 Pressestellen und einer Fülle weiterer Informationen, zum Beispiel Fachverbände und Behörden oder dem Kapitel 3.6.: Bibliotheken, Dokumentationsstellen, Datenbanken und Informationsvermittlung. Das Namenverzeichnis verweist auf 11.000 Personen.

Außer der gedruckten Version (500 Seiten im DIN A6-Format) zum Preis von 48,00 DM (zzgl. Versand) gibt es auch eine Diskettendatenbank; die Online-Version ist über »SPACOM European Databases« zugänglich.●

Karl Dietz

Kontakt: Kroll-Verlag, Postfach 11 53, D-82224 Seefeld, Telefon 08152/980420, Telefax 08152/79222 Internet http://www.kroll-verlag.de bzw.
SPACOM European Databases, Telefon 08022/24133, Telefax 08022/24065

Anzeige

PROJEKTIDEEN FÜR DIE PRAXIS

160 Seiten, Unna 1997
ISBN 3-931949-04-4, 36 DM

Peter Apel, Reinhard Pach
KINDER PLANEN MIT
Neue Wege zur kinderfreundlichen Stadt

Ein Praxishandbuch für StadtplanerInnen und PädagogInnen sowie für alle, die gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen die verlorenen Spielräume in der Stadt zurückerobern und sich dabei aufs Abenteuer der Planungsbeteiligung einlassen wollen.

LKD-Verlag
Luisenstr. 22, 59425 Unna
Tel. 0 23 03 - 6 56 18 / 6 93 24
Fax 0 23 03 - 6 50 57
E-Mail BJKE_LKD@compuserve.com

PROJEKTE

Für den Start eines Projektes in Mitteldeutschland suche ich engagierte Leute mit Gemeinschaftssinn. Es soll darum gehen, einerseits menschen andere als materielle Werte erfahren zu lassen (Natur...) und andererseits Wissen zu vermitteln. Gedacht sind folgende Themen: Natur, Gesellschaft, Tiere, alternativer Urlaub. Für die Vermittlung von Erleben und Wissen in diesen Gebieten wünsche ich mir Mitstreiter, die sowohl praktisch arbeiten als auch theoretisch hinterfragen wollen. Keine Esoterik, nichts Spirituelles!
☎(02 28) 28 36 56 (Susanne)

Die **Kommune Niederkaufungen**, z. Zt. 53 Erwachsene und 18 Kinder, orientiert sich an den Grundsätzen

- linkes Politikverständnis
- Konsensprinzip
- gemeinsame Verantwortung füreinander
- Aufhebung kleinfamiliärer und geschlechtsspezifischer Machtstrukturen
- gemeinsame Ökonomie

sucht: Menschen mit Interesse/Erfahrung im Bereich bedürfnisorientierter Pflege, Arbeit im Kollektiv und Leben in der Kommune, zum Aufbau einer Einrichtung für pflegebedürftige Menschen.
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 8 00 70

Selbstorg. Bauprojekt in ehem. Fabrik in Freiburg sucht neue MitarbeiterIn mit Lust auf Arbeit ohne Chef, Bauerfahrung (Sanit./Heiz.install. bevorz.) und langf. Interesse. Schriftl. Anfragen und Infos: Grether Ost, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg

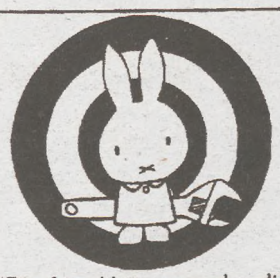
Malerin su. Frau/Mann f. Zusammenleben u. Arbeiten in S-Portugal (Selbstversorgung Gemüse/Obst) o. Komfort aber mit Freude u. Spaß an Natur u. am einf. Leben. Keine Finanzbeteiligung!
☎(02 21) 640 33 73

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos:
Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14, D-40223 Düsseldorf.

JOBSUCHE

Wandernder **Naturgartengestalter** mit Ideen sucht neue Herausforderungen in der ökologischen Landschaftsgestaltung. Renaturierungs-, Selbstversorgungs-, Kulturlandschafts- und Sanfte Tourismusprojekte sind willkommen.
Uwe A. Schidder, Postfach 14 01 32, D-70071 Stuttgart
☎(01 77) 521 53 27



"Direkte Aktionen oder die kleine Blockadefibel"

Erweiterte Neuauflage, 50 Seiten randvoll mit Tips und Ideen zu Direkten Aktionen.

Unter anderem: Baumhüttendörfer/Klettern; Blockadetechniken; Bauplatzinvasionen; Tripods; Reclaim the Streets Parties; Carwalking; Tunnel; Polizei; Jahreshauptversammlungen; Rechtliches; Schnellverfahren,...

Gegen 3,50 DM + 2 DM Porto (5,50 DM) bei: Dryads; c/o Projekt DA; Willy-Brandt-Allee 9; 23554 Lübeck

KURDISTAN

Eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD

AutorInnen Team der AKTION 3.WELT Saar
50 Seiten, 4,-DM, Magazin Verlag,
Kiel, Reihe BRD + 3.Welt Nr. 52

- historische Entwicklung
- aktuelle Situation
- Interessen der Türkei und BRD
- Möglichkeiten einer politischen Lösung
- Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD
- Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse; WiederverkäuferInnen und Büchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM); kostenlose Rezensionsexemplare. Bankverbindung: Konto 01382618, BLZ 591 900 00, Saarbank Losheim

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim
Tel: 06872/9930-56, Fax -57

Spendenaufruf

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

Wir Angehörige bitten mit diesem Aufruf darum, die politischen Gefangenen finanziell zu unterstützen. Wir benötigen das Geld für Lebensmittelpakete, sowie für Zeitungsabos und Bücher.

Immer häufiger benötigen wir dringend Geld zur Absicherung der gesundheitlichen Versorgung der Gefangenen (Ärzte, Zahnärtze, Medikamente, Krankengymnastik usw.). Wenn Ihr nicht selber in der Lage seid, regelmäßig oder einmalig zu spenden, gibt es sicher immer wieder Veranstaltungen, die Gelegenheit bieten, Geld für diesen Zweck zu sammeln.

Bitte richtet Eure Spende an das Angehörigenkonto:

Sonderkonto Kiener Landesgirokasse Stuttgart
BLZ 600 501 01 • Konto Nr. 54 54 194

Wer ein Zeitungsabo für eine oder einen der Gefangenen übernehmen möchte, schreibt uns.

Herzlichen Dank an alle, die in der Vergangenheit durch ihre Spenden unsere Arbeit unterstützt haben.

Angehörige der politischen Gefangenen
in der BRD • PF 1205, 55002 Mainz

Erich Mühsam
Der Humbug der Wahlen

ISBN 3-88220-157-6

56 Seiten / 6,--DM

Klaus Guhl Verlag
Knobelsdorffstr. 8
14059 Berlin

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

9. Jahrgang, Nr. 34, Juni 1998, 258 Seiten

Höhme – Asienkrise und Wirtschaftsentwicklung

Staatsverschuldung / "Schlanker Staat"

Steinitz – Staatsverschuldung / Dähne – Arbeitslosigkeit und öffentliche Armut / Bischoff – Inflation der Schuldpapiere / Luft – Öffentliches Eigentum / Nick - Gemeineigentum heute / Böttcher/Lieberam – Der „schlanke Staat" / Felder - Strategien der Verwaltungsmodernisierung / Köppe - Neoliberale Steuerpolitik

1848 - Marx - 150 Jahre Manifest (II)

Bleiber – 48er-Rezeption in DDR und BRD / Krätke – Marx' Politische Ökonomie (II) / Strutynski – Vordenker der Globalisierung / Veranstaltungen „150 Jahre Kommunistisches Manifest" in Wuppertal, Berlin, Frankfurt/M

Weitere Berichte: Russische Revolution 1917 / Werner Hofmann / Rechte an den Hochschulen / Globalisierung

Diskussionen, Kritik, Zuschriften Peter zu Seppmann, Jacobs zu Sève

und Rezensionen / Annotationen

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 54,-; Auslandsabo 60,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

FAHRRAD-TOUR '98 geGEN

Fahrradfahren für eine gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft. Von Dresden bis Bebra, über die grünsten Freisetzungsfelder Sachsens, Thüringens und Hessens. Vom 2. bis 9. August. Alles für nur 100 Mark (75,- ermäßigt).

Mehr Infos gibt´s beim:

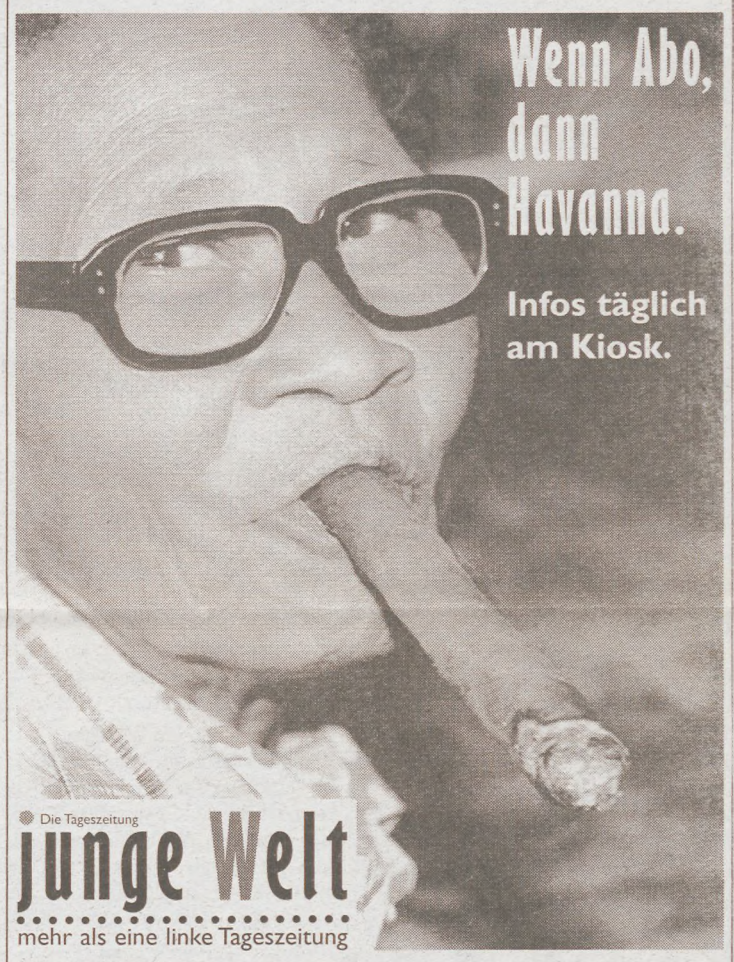
Gen-ethischen Netzwerk e.V.
Schöneweider Str. 3
12055 Berlin
Fon: 030-685 70 73
Fax: 030-684 11 83
eMail:
GeNBerlin@aol.com
http://members.aol.com
/genberlin

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

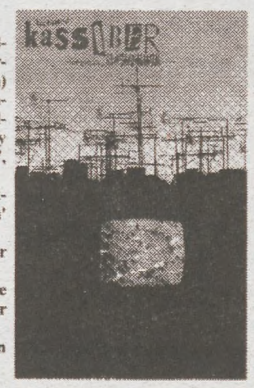
Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL



kassiber 35 (Juni 98)

> Gibt es einen 'linken Fußball'? - Interview mit Marco Bode (Werder Bremen) über Rassismus, Nationalismus und Schwulenfeindlichkeit im Stadion, Hany Ramzys 'Hitler-Gruß', Fußballberichterstattung und Ideologie, das Selbstverständnis eines 'linken' Profis u.a.m.
> Hirnforschung an der Bremer Uni
> Bundeswehrgelöbnisse und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik
> Erfahrungen mit dem 'kleinen' Lauschangriff



> Weitere Themen: Die DNA-Analyse im Ermittlungsverfahren, die 'Auflösungserklärung' der RAF u.v.a.m.
64 Seiten für 5 Mark,
Abo (6 Ausgaben): 35 Mark

kassiber gibt es im gut sortierten Infoladen oder beim VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682. Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm
eMail:
kassiber@brainlift.de

Neuerscheinung!

Agenda, Expo, Sponsoring · Recherchen im Naturschutzfilz

Geld regiert den Umweltschutz! Das Buch zeigt den Filz zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltverbänden, den Einfluß rechter und esoterischer Kreise sowie Mängel in Strukturen und Strategien der Umweltbewegung.
Autor: Jörg Bergstedt ISBN: 3-88939-615-5 39,80 DM IKO-Verlag

Bestelladresse: Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.
Nähere Infos einschl. ReferentInnenliste gegen 1,10 DM in Briefmarken.

Weitere Bücher erhältlich:

Nachhaltige Weltbilder
Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte. 189 S., 7 DM.

Ö-Punkte 1/98
Aktuelle Ausgabe des Umwelt-Infodienstes mit Schwerpunkt zur Agenda 21. 64 S., 5 DM.

Graue Seiten
Kommentiere Umweltadressenliste. 56 S., 4 DM.

Aktionsmappe Umwelt
Tips für Basis-Umweltgruppen. A4-Ordner mit 280 S., 20 DM.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: R.BUCH@partisan.net; 18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: A.KUESTERMANN@link-n.cl.sub.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; 50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: H.WEINHAUSEN@link-k.gun.de; 60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Blumenstr. 12, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: P.STREIFF@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: K.REGENAUER@link-n.cl.sub.de, Internet: http://members.aol.com/KRegen/redaktion.html

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: P.RUEDEN@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de
oder CONTRASTE@t-online.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Sommerseminar:
»Globalisierung und ihre Alternativen«
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, wird in diesem Jahr 20 Jahre alt. Er hat in der Zeit seines Bestehens so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten, gelegentlich auch mit vorangetrieben. Sein Jubiläum feiert der TAK AÖ vom 21.-27.08.1998 in der Schule der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Vom abendlichen Kulturprogramm abgesehen, wird die Jubiläumstagung aus drei Schwerpunkten bestehen:

- Vom 21.-23.08. findet, in Kooperation mit der Schule der Gewerkschaftsjugend, eine Erörterung zur »Globalisierung« statt, zu der namhafte Referierende eingeladen werden. In diesem Schwerpunkt wird es um die allgemeine Betrachtung und Kritik dieser weltweiten Tendenzen gehen.
- Ab dem 23.08. soll das Augenmerk auf die Frage gelegt werden, was die Globalisierungstendenzen für die Entwicklungsprozesse Alternativer Ökonomie bedeuten. Am 24. und 25.08. wird angestrebt (wie dies auch 1988 in der Evangelischen Akademie in Arnoldsheim und 1993 in der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg der Fall war) in einer Vielzahl kleiner Arbeitsgruppen dies im einzelnen zu erörtern. Dabei sind sowohl branchenbezogene Arbeitsgruppen (z.B. Regionalentwicklung, Genossenschaften, Weiterbildungsträger, alternative Gruppen im Internetbereich, Assistenzgenossenschaften, Tauschringe, Stiftungen ...) als auch strukturelle Arbeitsgruppen (Qualifikation, Finanzierung, Vernetzung ...) geplant.
- Schließlich ist daran gedacht, die Tagung am 26.08. (einschließlich der Diskussion der Ergebnisse am 27.08.) in einige kleine Zukunftswerkstätten einmünden zu lassen, in denen die Lage der Alternativen Ökonomie im 3. Jahrtausend angesichts der Globalisierung utopisch und strategisch gewendet werden soll.

Termin: 21.-27.8.98
Wer inhaltlich oder organisatorisch sich an den Vorbereitungen oder der Durchführung der Tagung beteiligen will, kann sich wenden an Martina Racki, Scheffelstraße 46, D-79102 Freiburg oder an Prof. Dr. Dr. Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel.

COMUNIDAD A

Sommer-Camps '98
Wer hat Lust zur Instandsetzung von Häusern, Gärten, Wegen und Energieversorgung; zum Austausch von Erfahrungen, Informationen; zum Feiern (Dorffest am 18. Juli) und auf einen Versuch unsere Utopien von einem selbstbestimmten und kollektiven Leben zu teilen?
San Adrian ist ein verlassenes Dorf in den Bergen von Leon.
Termine:
1.-15.7./16.-31.7./1.-15.8./16.-31.8.98
Wer mehr wissen will, schreibt an:
COMUNIDAD A, A.P. 315, E-Ponferrada, Spanien

ÖKODORF-SOMMERCAMP

Nachdem wir im Frühjahr letzten Jahres das Gelände für das Dorf gekauft haben, wird aller Voraussicht nach der Bebauungsplan bis zum Sommer genehmigt werden. Dies ist eine Besonderheit, da es sich um ein eigenständiges Dorf mit einer engen Verbindung von Wohnen, Kultur, Arbeit und Gemeinschaftsleben handelt. Um das Dorf wachsen zu lassen, suchen wir weitere EinsteigerInnen und UnterstützerInnen. Wir möchten daher alle Siedlungsinteressierte zu unserem diesjährigen Sommercamp vom 26.7. bis 2.8.98 auf den Standort des Ökodorfes einladen. Neben Schwerpunkten wie Existenzgründung und detaillierter Siedlungsplanung findet am 1.8.98 als Höhepunkt das »Fest der Region« mit vielfältigen kulturellen Angeboten und einem Markt der ökologisch und sozial wirtschaftenden Betriebe und Initiativen der Region statt. Der Preis für das Sommercamp beträgt incl. vegetarischer Vollverpflegung 320 DM. Bitte rechtzeitig anmelden.
Veranstaltungskalender für 3 DM, SiedlerInnen-Informationen für 8 DM (jeweils in Briefmarken) anfordern bei:
Ökodorf-Projektzentrum, Dorfstr. 4, D-29416 Groß Chüden.

NETZ

Wie halte ich mein Büro auf dem Laufenden?
Oft werden Eigeninitiative und Ideen in der Mühle eines desorganisierten Büros erstickt. Bürotechnische und organisatorische Arbeiten müssen reibungslos ablaufen. Deshalb sollte das Büro zweckmäßig und funktionsgerecht eingerichtet sein. Das Seminar dient der Aktualisierung und der Erweiterung Ihrer Fachkenntnisse.
Termin: 16.7.98, München

Unser Profil – unsere Kunden: Wie präsentieren wir unser Projekt?
Die Konkurrenz wird stärker, der Markt enger, Zuschüsse und Subventionen nehmen ab. Ein neues Denken und Weiterentwicklung sind angesagt. Wie können wir unsere Dienstleistungen / Produkte marktgängiger machen? In diesem Seminar werden die eigenen Betriebs-/ Projekt-Profile weiterentwickelt und geplant, wie alle MitarbeiterInnen dabei mitwirken können. Weiterer Schwerpunkt ist die Betrachtung der KundInnen, deren Wünsche, deren Sicht des Betriebs / Projekts und des Angebotes. Daraus werden Ideen entwickelt, wie die Angebotspalette gefestigt, bzw. erweitert werden kan.
Termin: 11./12.9.98, Bremen

Grundlagen der Lohnbuchhaltung
Das Seminar ist für Anfänger in der Lohnbuchhaltung konzipiert oder zur Überprüfung bzw. Vertiefung der bereits laufenden Arbeiten.
Termin: 19.9.98, Frankfurt
Information & Anmeldung:
netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Fundament für Existenzgründerinnen
In Kooperation mit dem FrauenTechnik-Zentrum bieten wir einen Kurs für Frauen an, die für sich kären wollen, ob sie sich eine selbständige Existenz als Unternehmerin aufbauen wollen.
Termin: 20.8.-20.9.98
Do 17 bis 20 Uhr
inkl. zwei Kompaktwochenenden:
22.-23.8.98, 19.-20.9.98, jeweils 9-16 Uhr
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43,
D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

OSTERESCH

Kunst aus dem Feuer –Metallgestaltung mit Schmieden
Schmiede das Eisen, solange es glüht! Feuer schüren und berühren. Schmiede dein Glück!, einen Plan?, eine Gestalt? Oder ein Möbel?!
Ich möchte mit Euch an den Zauber der Gestaltung von Eisen und Kupfer herangehen. Zu lernen gibt's dabei, mit Schmiedefeuer, Amboß und Hammer umzugehen und verschiedenste Möglichkeiten des elektrischen Schweißens. Selbstverständlich gehören auch noch weitere Grundtechniken der Metallverarbeitung wie Schneiden, Sägen, Trennschleifen, Bohren, Bürsten, Biegen – dazu.
Feuer, Eisen, Werkzeug und Maschinen bringe ich mit – somit ist alles da, um mit Feuer und Flamme loszulegen. Es ist eine Woche Zeit, mit Formen, Schwüngen, Spannungen, Gegensätzen und Grenzen am und im Metall zu experimentieren und zu spielen.
JUNIE, 40 J., Schmiedin und Metall-Bildhauerin in eigener Regie, seit '90 Anleitung von Schmiedekursen.
Bildungsurlaub vom 9. bis 16.8.98
Anmeldung:
Frauenbildungshaus Osteresch, Strautweg 4, D-48496 Hopsten-Schale
☎(0 54 57) 15 13, Fax 16 94

FRAUENCOMPUTERSCHULE

Internet für Einsteigerinnen
Aus der Bürokommunikation sind sie nicht mehr wegzudenken: die elektronische Post (E-Mail) und der Anschluß ans Internet, das »Netz der Netze«. Was bedeuten »World Wide Web«, was »ftp«, »chat« und »news«? Wer nutzt E-Mail, und wozu brauche ich eine E-Mail-Adresse? Wie ist das Internet entstanden, und wohin geht die Reise? Am PC probieren wir das »Netsurfing« aus.
Tagesseminare jeweils von 10-17 Uhr, FCS-München. Termine: 11.9./ 25.9./ 3.10./ 9.10./ 3.11./ 21.11./ 9.12.
Information & Anmeldung:
Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: fsc-m@link-m.de
Internet: http://www.frauen-computer-schulen.de

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche/ -gründung
Termine: 25.-26.7.98 (Schopfheim)
9.-10.10.98 (Lebensgarten bei Hannover)

2. ÖKODORF-Festival bei Mainz
Termin: 16.-23.8.98

»Die inneren Fesseln sprengen« (Visionsklärung, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung & Kennelernen der Delphin-Gemeinschaft)
Info: Karl-Heinz Meyer, Goethestr. 21, D-79650 Schopfheim
☎/Fax (0 76 22) 6 53 02

INTERNET

Politik kreativ im Web: Die eigene Homepage
Ortsvereine, Verbände und politische Initiativen können preiswert ihre eigene Homepage im Internet veröffentlichen. Was es kostet, wie es geht, welche Hilfsmittel Sie benötigen, erfahren Sie auf diesem Seminar. Mit einer Einführung in die Seitengestaltung mit HTML (Hyper Text Markup Language).
Voraussetzung: Grundkenntnisse im Internet.
Termin: 23. Juli 1998

Politische Vernetzung preiswert
Bürgernetze wie das CL-Netz (Bürgerrechte, Umwelt- und Menschenrechtsthemen), die Frauennetze FEMNET und WOMAN (Frauenthemen, Feminismus) oder das SOLINET (Gewerkschaften und Arbeitsrecht) verwenden äußerst preisgünstige Technologie: sogenannte »Offline-Reader« für Mail und News wie Crosspoint, Forte-Agent oder Charon. Wie Ihr damit politische Kontakte knüpfen und vertiefen könnt, erfahrt Ihr auf diesem Tagesseminar.
Termin: 8. August 1998
Information & Anmeldung:
BSP e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

Sommerakademie im Frohburger Medienhaus:
Internet und Web-Auftritt
24./25.8.98, Internet: Grundlagen, E-Mail, Online-Recherche
26./27.8.98, Der eigene Web-Auftritt: Professionell mit HTML. Grafik, Links, Anker, Tabellen, Frames.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Preis je 199 DM incl. Vollpension und 1 Übernachtung. Beide Seminare zusammen: 399 DM incl. 3 Übernachtungen. Jeweils 9.30 bis 16.30 Uhr.
Anmeldung:
(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

SOMMER-CAMPS

Die Kurve Wustrow, das Jugendumweltbüro Wendland und Patchwork organisieren gemeinsam ein Sommercamp von X-tausendmal quer, das vom 2. bis 9. August 1998 unter dem Motto »gewaltfrei – ökologisch – ungehorsam« auf einer Wiese ca. 3 km von Lüchow stattfindet.
Information & Anmeldung:
Sommercamp im Wendland, X-tausendmal quer, Bahnhofstr. 9, D-29479 Jameln
Fax (0 58 83) 4 14
E-Mail: X-1000quer@t-online.de

3. Arnachistisches Sommercamp in Berlin
Nach 1995 und 1997 in Hamburg soll es vom 31. Juli bis 9. August wieder ein anarchistisches Sommercamp geben, und zwar diesmal in Berlin.
Auf den letzten beiden Camps versammelten sich jeweils ca. 300 AnarchistInnen jeden Alters, um sich auszutauschen und kennenzulernen.
Das Camp ist natürlich wieder selbstorganisiert, d.h. es wird nicht nur zusammen gekocht, geschrubbt und auf's Gemüse aufgepaßt, sondern auch das Tanzen, Singen, Diskutieren, Klettern, Streiten, Spielen usw. kommt von euch oder gar nicht...
Das Gelände, das uns zur Verfügung stehen wird, liegt am Stadtrand von Berlin im Wald, besitzt Sport- und Spielplätze und ist etwa einen Kilometer von einer Wildwasserbadestelle entfernt.
Information & Anmeldung:
Jugendumweltladen, c/o Andreas, Jagowstr. 12, D-10555 Berlin
☎(0 30) 272 49 03, Fax 40 53 36 39
E-Mail: acamp@jpberlin.de

CASTOR

»Keine Atempause, Geschichte wird gemacht!«
Seminar zur Analyse der Anti-Castor-Bewegung vom 28.- 30.08.1998 im Wendland
Das Seminar bietet die Gelegenheit sich einmal intensiver mit der Anti-Castor-Bewegung auseinanderzusetzen. Hierfür wird Hintergrundwissen vermittelt und mit Hilfe des Movement Action Plan (Aktionsplan für soziale Bewegungen) eine Analyse der Bewegung durchgeführt.
Anmeldung und Info's bei Patchwork, Kaiserstraße 24, D-26122 Oldenburg
☎(04 41) 1 71 11
email: patchwork@oln.comlink.apc.org

RHETORIK & KOMMUNIKATION

Kommunikative Fähigkeiten trainieren
Termin: 24.-26.7.98
Information & Anmeldung:
BSP e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06

geGEN-TOUR '98

Fahrradtour geGEN (2.-9.8.98):
Von Sachsen nach Hessen radeln für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Nähere Infos beim Gen-ethischen Netzwerk; Cornelia Schindler, Schöneweider Str. 3, D-12055 Berlin
☎(0 30) 685 70 73, Fax 684 11 83
E-Mail: GeNBerlin@aol.com

IBPRO

Anfang Juli erschien das neue Seminarprogramm Herbst/Winter 98/99 des Münchner Instituts für Beratung und Projektentwicklung. Es enhält u.a. Angebote zu folgenden Themen:
- Internet-Anwendungen in der Sozialarbeit
- Buchhaltung
- Sozial-Marketing
- Führen durch Zielvereinbarung

Bezug und nähere Information: IBPro, Flurstr. 2, D-81675 München
☎(0 89) 47 50 61, Fax 470 59 20

AGÖF

4. Fachkongreß:
Der diesjährige Fachkongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) zum Thema »Gebäudestandard 2000: Energie & Raumluftqualität findet am 25./26.9.98 an der Nürnberger Georg-Simon-Ohm Fachhochschule statt.
Information & Anmeldung:
AGÖF-Kongreßbüro, c/o AnBUS e.V., Rudolf-Breitscheid-Str. 49, D-90762 Fürth
☎(09 11) 749 90 39, Fax 77 07 64
E-Mail: anbus@t-online.de

REISEN AUF DIE SANFTE TOUR

Wenn Sie mehr darüber wissen möchten, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.

Naturfreundejugend Deutschlands
Bundesjugendleitung
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

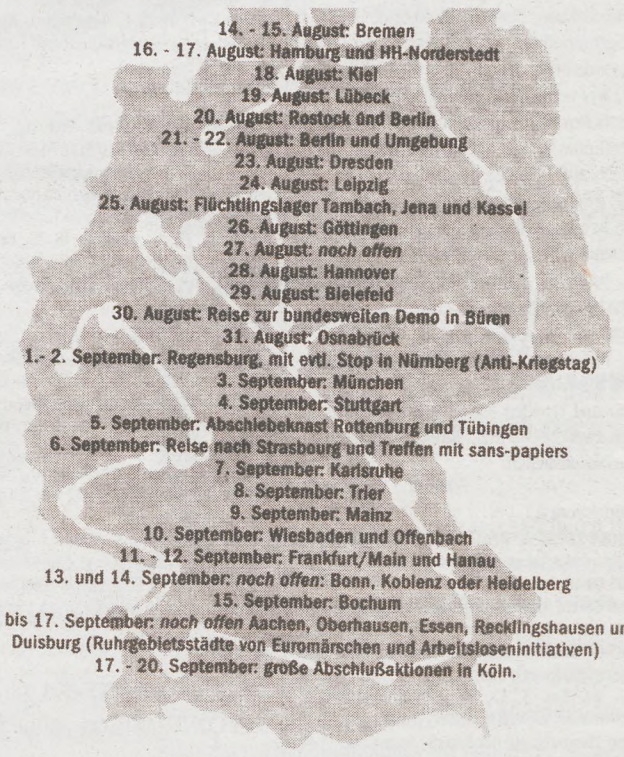
Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

KARAWANE — Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Vorläufige Route:

Die hier aufgeführten Termine der einzelnen Karawane-Stationen stehen bereits fest. Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß sich nicht noch andere Gruppen aus anderen Städten an der Karawane beteiligen können. Entweder, indem sie sich den bestehenden Stationen anschließen, oder auf den Reiserouten als »Quereinsteiger« dazustoßen. Wie auch immer, sollen sich alle, die dies tun wollen, an der Karawane beteiligen können!



14. - 15. August: Bremen
16. - 17. August: Hamburg und HH-Norderstedt
18. August: Kiel
19. August: Lübeck
20. August: Rostock und Berlin
21. - 22. August: Berlin und Umgebung
23. August: Dresden
24. August: Leipzig
25. August: Flüchtlingslager Tambach, Jena und Kassel
26. August: Göttingen
27. August: *noch offen*
28. August: Hannover
29. August: Bielefeld
30. August: Reise zur bundesweiten Demo in Büren
31. August: Osnabrück
1.- 2. September: Regensburg, mit evtl. Stop in Nürnberg (Anti-Kriegstag)
3. September: München
4. September: Stuttgart
5. September: Abschiebeknast Rottenburg und Tübingen
6. September: Reise nach Strasbourg und Treffen mit sans-papiers
7. September: Karlsruhe
8. September: Trier
9. September: Mainz
10. September: Wiesbaden und Offenbach
11. - 12. September: Frankfurt/Main und Hanau
13. und 14. September: *noch offen*: Bonn, Koblenz oder Heidelberg
15. September: Bochum
16. bis 17. September: *noch offen* Aachen, Oberhausen, Essen, Recklingshausen und Duisburg (Ruhrgebietsstädte von Euromärschen und Arbeitsloseninitiativen)
17. - 20. September: große Abschlußaktionen in Köln.

Kontakt:
Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Kornstr. 51, D-28201 Bremen, Tel. (04 21) 557 70 93, Fax 557 70 94
E-Mail: mail@humanrights.de,
Internet: http://www.humanrights.de